

129. Bergedorfer Gesprächskreis

**Grenzen und Horizonte der EU –
Die neuen Nachbarn Ukraine, Belarus und Moldawien**

15.–17. Oktober 2004, Lemberg/Lviv





INHALT

Fotodokumentation	1
Teilnehmer	20
Ein Blick auf den 129. Bergedorfer Gesprächskreis von Alexander Rahr	21



Die sitzende Freiheitsstatue hat ihren Platz auf dem Dach des Museums für Ethnographie und Kunsthandwerk am Swoboda-Prospekt in Lviv.

linke Seite: Die Europa-Statue steht an der Fassade des George-Hotels am Mickiewicz-Platz in Lviv.

Protokoll

Begrüßung	24
I.	
Wege nach Europa? Die Perspektive der neuen Nachbarn	25
II.	
Ziele und Instrumente der EU-Nachbarschaftspolitik	59
III.	
Das strategische Dreieck EU – neue Nachbarn – Russland	82

Anhang

Teilnehmer	107
Literaturhinweise	112
Glossar	114
Sachregister	123
Personenregister	128
Bisherige Gesprächskreise	129
Die Körber-Stiftung	141
Impressum	142

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

DISKUSSIONSLEITER

Roger de Weck,
Präsident des Stiftungsrates, Graduate Institute of
International Studies, Genf

REFERENTEN

Botschafter Ian Boag,
Leiter der Delegation der EU-Kommission in
der Ukraine, Moldawien und Belarus, Kiew
Gernot Erler, MdB,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion, Berlin
Professor Yaroslav Hrytsak,
Universität Lviv
Professor Danuta Hübner,
Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel
Dr. Evgenii M. Kozhokin,
Direktor, Russia's Institute for Strategic Studies, Moskau
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB,
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion, Berlin
Botschafter Oleksandr O. Tschaly,
Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter
der Ukraine, Kiew
Jakub T. Wolski,
Staatssekretär im Außenministerium der Republik
Polen, Warschau

TEILNEHMER

Rafał Antczak,
Senior Economist, Center for Social and Economic
Research, Warschau
Dumitru Braghis,
Vorsitzender, Alliance Our Moldova, Chisinau
Nicolae Chirtoaca,
Direktor, European Institute for Political Studies of
Moldova, Chisinau
Dr. Patrick Cohrs,
Research Fellow, Humboldt-Universität zu Berlin
Dr. Eckart Cuntz,
Ministerialdirektor, Europaabteilung, Auswärtiges Amt,
Berlin
Botschafter Toomas H. Ilves, MdEP,
Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Professor Anatoli Michailow,
Rektor, Europäische Humanistische Universität, Minsk
Dr. Thomas Paulsen,
Projektleiter Bergedorfer Gesprächskreis,
Körber-Stiftung, Berlin
Inna Pidluska,
Präsidentin, Foundation Europe XXI, Kiew
Alexander Rahr,
Programmdirektor, Körber-Zentrum Russland/GUS an
der DGAP, Berlin
Botschafter Janusz Reiter,
Präsident, Zentrum für Internationale Beziehungen,
Warschau
Professor Dr. Karl Schlögel,
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder
Dr. Timothy D. Snyder,
Associate Professor, Yale University, New Haven
Carl-Andreas von Stenglin,
Büro Richard von Weizsäcker, Berlin
Botschafter Dietmar Stüdemann,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der
Ukraine, Kiew
Stefan Wagstyl,
Ressortleiter Mittel- und Osteuropa, Financial Times,
London
Dr. Klaus Wehmeier,
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands,
Körber-Stiftung, Hamburg
Dr. Richard von Weizsäcker,
Bundespräsident a. D., Berlin
Christian Wriedt,
Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg
Andrei Yeudachenka,
Sonderbotschafter, Außenministerium der Republik
Belarus, Minsk

Die orangefarbene Revolution in der Ukraine und die EU-Nachbarschaftspolitik

Ein Blick auf den 129. Bergedorfer Gesprächskreis von Alexander Rahr

Die ukrainische Revolution vom November 2004 stellt einen bedeutenden Einschnitt in der Geschichte Europas seit dem Zusammenbruch des Kommunismus dar. Ein fast schon aus dem internationalen Blickfeld verschwundenes Volk erkämpfte sich in einer friedlichen Massenkundgebung den Regimewechsel, nachdem zuvor die Wahl des Reformers Viktor Juschtschenko zum Präsidenten durch Wahlfälschungen verhindert worden war. Ist die orangefarbene Revolution die Fortsetzung der vor 15 Jahren in den mittelosteuropäischen Staaten begonnenen historischen Umwälzungen? Was sind die Handlungsoptionen des Westens?

Das vorliegende 129. Bergedorfer Protokoll analysiert die geopolitische Lage der Ukraine, Belarus' und Moldawiens und die Optionen dieser Länder zwischen Russland und der EU. Kurz vor den dramatischen Ereignissen in der Ukraine diskutierte der Bergedorfer Gesprächskreis in Lemberg/Lviv am 15.–17. Oktober 2004 die Lage und Zukunft der östlichen Nachbarn der Europäischen Union.

Die hier dokumentierte Diskussion behandelt grundsätzliche Fragen und Positionen zur Ukraine, die durch die tagesaktuelle Entwicklung ins Rampenlicht gerückt sind: Bringt der Westen – die EU und die USA – die Kraft auf, die Ukraine zu einem modernen demokratischen Staat aufzurüsten und sie in die westlichen Strukturen zu integrieren? Kann die EU, die erst einmal ihre Vergrößerung von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten verkraften muss, der Ukraine mehr anbieten als einen »10-Punkte-Plan« im Rahmen einer »privilegierten Partnerschaft«? Wie kann und soll die Rolle Russlands aussehen, und was will die ukrainische Gesellschaft?

Vor der orangefarbenen Revolution schien sich die Europäische Union, nach ihrer Erweiterung im Mai 2004, eine lange Erweiterungspause auferlegt zu haben. Rumänien und Bulgarien sollten noch in die EU schlüpfen, den Ländern des westlichen Balkans und den ehemaligen Sowjetrepubliken unterbreitete Brüssel ein anderes Modell. Sie sollten, zusammen mit den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, in einen »Ring befreundeter Staaten« integriert werden. Je nach Bereitschaft wären entlang dieses Modells »strategische«, »privilegierte«, oder »pragmatische« Partnerschaften entstanden, die jedoch keine institutionelle Einbindung in die EU bedeutet hätten.

Vor zwei Jahren hatte die EU den Balkan und die Westteile des alten Großrussischen Reiches noch als »erweitertes Europa« (wider Europe) betrachtet. Das eröffnete für die Betroffenen die Perspektive einer Integration in ein künftiges »gemeinsames Haus Europa«, falls sie westliche demokratische Werte verinnerlichen würden. Doch 2003 strich die EU plötzlich das Konzept des »erweiterten Europa« aus ihrem Vokabular und konfrontierte ihre Nachbarn im Osten und Süden

mit der Idee der »EU-Nachbarschaft«. Eine Ausnahmeregelung wurde nur mit der Türkei getroffen; die Ukraine verlor jegliche Beitrittsperspektive.

Russland, die wieder erstarkte Macht im Osten, bot seinerseits den ehemaligen Sowjetrepubliken ein Integrationsmodell – einen »Einheitlichen Wirtschaftsraum« – an. Der Kreml sprach dabei von der Gründung einer »EU-Ost«, die auf denselben Regeln wie die EU aufgebaut werden und irgendwann sich mit dem EU-Europa vereinigen könnte. Doch von außen betrachtet, schien Russland mit dieser Idee eher eine Wiedererrichtung der verloren gegangenen Großmacht zu verfolgen. Als Moskau, ohne Absprache mit dem Westen, Moldawien ein Konföderationsmodell vorschlug, in dem die pro-russische separatistische Teilrepublik Transnistrien ein Veto über alle Staatsangelegenheiten erhalten hätte, schritt die EU rigoros ein und ließ das Projekt scheitern.

Zuvor hatte der russische Präsident Vladimir Putin Belarus zur raschen Wiedervereinigung mit Russland aufgerufen, worauf die Beziehungen zwischen Moskau und Minsk abkühlten. 2004 sollte die Ukraine zum Schlüsselland für die Reintegration im postsowjetischen Raum werden. Moskau gelang es, nachdem die Beziehungen zwischen dem damaligen Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma und der EU auf dem Tiefpunkt angelangt waren und die Ukraine ihr Ziel, sich in die EU und NATO zu integrieren offiziell aufgab, die zweitgrößte Nachfolgerepublik der untergegangenen Sowjetunion wirtschaftlich und sicherheitspolitisch wieder eng an sich zu binden. Die Vereinigung sollte nach der Wahl des Russlandfreundlichen Viktor Janukowitsch zum Nachfolger Kutschmas besiegelt werden.

Doch die Einmischung Russlands in den ukrainischen Wahlkampf auf der Seite Janukowitschs, die Fälschung der Wahlergebnisse und die Manipulation der Medien durch die ukrainische »Partei der Macht«, die mysteriöse Erkrankung Juschtschenkos – all diese Faktoren steigerten das Konfliktpotential im Land. Putin versuchte, der Ukraine das russische Modell der »gelenkten Demokratie« anzubieten. Viele Russen waren 1999 damit einverstanden, dass, um der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen willen, Demokratie und Menschenrechte eingeschränkt wurden. Die Ukrainer aber wollten das Oligarchenmodell abschütteln und erachteten ein westliches Modell als viel attraktiver als die Idee eines autoritären Ordnungsstaates.

Mit einem Ruck hat die Ukraine die politische Landkarte Europas wieder verändert, neue historische Chancen eröffnet, aber auch Gefahren erzeugt. Eines darf bei aller Euphorie über den Sieg der Demokratie in der Ukraine nicht vergessen werden: Viele im Osten und Süden der Ukraine bevorzugen eine andere

Politik und einen anderen Kandidaten. Die Ukraine bleibt also in gewissem Sinne gespalten, ihr Staatsgebilde fragil. Nur eine Minderheit will wirklich die Mitgliedschaft des Landes in der NATO; im Osten wünscht eine Mehrheit laut aktuellen Umfragen vor allem gute Beziehungen zu Russland. Wirtschaftlich bleibt die Ukraine von Russland abhängig, solange sie nicht in der EU aufgenommen ist.

Die Revolution in der Ukraine hat auch eine neue Seite in der Geschichte der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik aufgeschlagen. Die EU hat noch vor nicht allzu langer Zeit stets auf russische Befindlichkeiten im postsowjetischen Raum Rücksicht genommen. Die Lage hat sich geändert. Es kann davon ausgegangen werden, dass im Falle weiterer demokratischer Umwälzungen, beispielsweise in Kirgisien, Moldawien oder Belarus, die EU nicht mehr im abseits stehen wird. In dieser Hinsicht ist die EU, neben den USA, zu einem geopolitischen Rivalen Russlands geworden. Das Schwarze Meer könnte sich in wenigen Jahren durch die Integration der Ukraine, der Türkei, Rumäniens, Bulgariens und Georgiens mit der EU in ein EU-Binnenmeer verwandeln. Die EU wird bei der Lösung der ethnisch-territorialen Konflikte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion in Zukunft mehr als nur eine Beobachterrolle spielen wollen. Gleichzeitig wird die EU versuchen, Russland in eine gesamteuropäische Lösung einzubinden. Gegen Russland kann eine neue europäische Ordnung nicht errichtet werden. Ohne eine enge Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Energiesicherheit, Ökologie, Klimaschutz und Terrorbekämpfung, kann es in Europa keine Stabilität geben.

Die EU hat beschlossen, den unter Kutschma eingefrorenen Aktionsplan mit der Ukraine auszubauen. Gleichzeitig erwartet die internationale Gemeinschaft von Juschtschenko marktgerechte Reformen, den Aufbau eines Rechtsstaates und einer Zivilgesellschaft. Die EU erhofft sich von der Ukraine eine auf EU-Interessen abgestimmte Außenpolitik, beispielsweise bei der Lösung des Transnistrien-Problems in Moldawien oder beim Demokratietransfer nach Belarus. Noch in diesem Jahr werden die EU und die USA der Ukraine den Status eines Landes mit einer Marktwirtschaft gewähren, der bestehende Handelsbarrieren mindern würde. Danach könnte die Aufnahme der Ukraine in die WTO folgen. Entlang dieser »road map« könnte die Ukraine schon nach einem Jahr einen entscheidenden Schritt zu einer EU-Beitrittsperspektive (wie sie der Türkei angeboten wurde), getan haben. Doch wäre es für die Ukraine ratsam, sich ein gewichtiges Land innerhalb der EU als »Anwalt« zu suchen. Deutschland und/oder Polen könnten der Ukraine helfen, ihre Interessen gegenüber Brüssel stärker zur Geltung zu bringen.

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker



Willkommen im kulturell vielleicht eindrucksvollsten Sitzungsraum, den der Bergedorfer Gesprächskreis bisher hatte. Im Königssaal des Historischen Museums von Lemberg wuchs der polnische König Jan Sobieski auf, und an der Wand sehen wir einen deutschen Fürsten, August den Starken, der von Dresden aus als polnischer König auch über diese, heute ukrainische Stadt herrschte.

Die Europäische Kommission hat vor einigen Tagen ein Votum zur Türkei abgegeben, und sowohl in Belarus als auch in der Ukraine stehen Wahlen unmittelbar bevor. Über diese aktuellen Ereignisse möchten wir in den kommenden Tagen aber bewusst hinausblicken, um langfristig und grundsätzlich über Europas Grenzen, die Erweiterung der EU und ihre Beziehungen zu ihren Nachbarn vor allem im Osten nachzudenken. Roger de Weck hat es freundlicherweise übernommen, die Diskussion zu leiten.

Das Protokoll enthält eine autorisierte überarbeitete Version der mündlichen Beiträge.

I. Wege nach Europa? Die Perspektive der neuen Nachbarn

Unter dem strengen Auge der polnischen Könige und Augusts des Starken stehen wir gleichsam in der Pflicht, ein bedeutendes Gespräch zu führen. Ich freue mich, dass dieses Gespräch in Lemberg stattfindet, das Josef Roth »die Stadt der verwischten Grenzen« genannt hat. Lassen Sie mich unsere Diskussion über Grenzen mit einer kleinen Anekdote eröffnen: Bundeskanzler Gerhard Schröder und der türkische Ministerpräsident Erdogan treten vor Gott, und Schröder fragt Gott: »Sag mir, wann wird die Türkei der EU beitreten?« Gott überlegt und sagt schließlich: »Nicht in meiner Amtszeit!« Wie steht es um dem Beitritt der Ukraine, Herr Hrytsak?

de Weck

Lassen Sie mich mein Referat mit einem persönlichen Wort beginnen: Ich zweifle nicht im mindesten daran, dass die Ukraine eines Tages Mitglied der EU sein wird. Nur bin ich mir nicht sicher, ob ich das noch erleben werde.

Hrytsak
Referat

Meine Gewissheit basiert auf meinem Fachwissen als Historiker. Als solcher sehe ich, dass die Ukraine und das ukrainische Territorium in vielfacher Weise mit Europa verknüpft sind. Sie erwarten jetzt vielleicht ein Referat, das die europäisch-ukrainischen Verflechtungen von Herodot bis in die heutige Zeit aufzählt. Aber da muss ich Sie leider enttäuschen. Ich werde aus zwei Gründen nicht so vorgehen. Erstens glaube ich, dass das ein eher rührendes als erfolversprechendes Unterfangen wäre. Ein ukrainischer Historiker hat es einmal kurz und bündig auf den Punkt gebracht: Äußerungen über den europäischen Charakter der Ukraine mögen zwar sachlich im Großen und Ganzen richtig sein. Sie haben aber immer etwas von der Prahlerei armer Leute, die sich einer reichen Verwandtschaft rühmen.¹ Zweitens überzeugen solche Argumente, so richtig sie sein mögen, reiche Verwandte sowieso nicht. Romano Prodi hat gesagt die Tatsache, dass so viele Ukrainer und Armenier sich als Europäer sehen, bedeute ihm nicht viel, weil das für die Neuseeländer ebenso gelte.²

Die Ukraine und Europa sind eng verbunden

Ich schlage darum eine andere Vorgehensweise vor: Ich möchte ein anderes Kriterium zur Überprüfung des europäischen Charakters einer Nation einführen. Das ist ein rein historisches Unterfangen. Historiker wissen, dass das, was die Menschen denken, in der Geschichte wichtiger war und ist als die tatsächlichen Fakten.³ Wenn man das bedenkt, ist die Intensität der Diskussionen über Europa

Kriterien für den europäischen
Charakter einer Nation

1 Ivan L. Rudnytsky, *Essays on modern Ukrainian history*, Edmonton: 1987, S. 3.

2 zitiert nach: Roman Solchanyk, »Ukraine, Europe, and ... Albania«, in: *Ukrainian Weekly*, 9. März 2003.

3 A. J. P. Taylor, *The Struggle for Mastery in Europe, 1848–1918* Oxford/New York: 1991, S. 17.



ein sicheres Indiz für den europäischen Charakter eines Landes. Russland hat ohne jeden Zweifel eine europäische Kultur und zahlreiche Verflechtungen mit dem Westen. Trotz ihrer europäischen Kultur aber haben die Russen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine EU-Mitgliedschaft Russlands ebenso wenig diskutiert wie Neuseeland.

Diskussionen über Europa in der Ukraine

In der Ukraine dagegen finden solche Diskussionen seit dem 19. Jahrhundert unaufhörlich statt. Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus haben sie sogar an Intensität so sehr zugenommen, dass sie die heutigen akademischen, literarischen und politischen Diskurse beherrschen. Mehr noch, gerade die historischen Begegnungen mit Europa werden als Kern der ukrainischen Identität betrachtet.

Die Ukraine ist viel europäischer als Russland

Führende ukrainische Intellektuelle und Politiker glaubten und glauben immer noch, dass die meisten nationalen Unterschiede zwischen der Ukraine und Russland dadurch erklärt werden könnten, dass die Ukraine im 18. Jahrhundert entweder direkt oder über Polen mit Westeuropa verbunden war. Deshalb sollten die Hauptunterschiede zwischen der Ukraine und Russland nicht in der Sprache oder dem Menschenschlag gesucht werden, sondern in unterschiedlichen politischen Traditionen, dem unterschiedlichen Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und unterschiedlichen Organisationsprinzipien.⁴

Mängel ...

Sicherlich bereitet die Ukraine dem Westen Kopfschmerzen; sie sieht aus und verhält sich wie »der kranke Mann Europas«. Ein autoritäres und korruptes Regime schränkt die politischen Rechte ein und unterdrückt die Pressefreiheit. Oppositionsführer und führende Journalisten sterben unter mysteriösen Umständen; Menschen leiden unter der hohen Arbeitslosigkeit, dem Mangel an sozialer Sicherheit und miserablen Löhnen.

... und Erfolge der Ukraine

Umso erstaunlicher sind die Erfolge der heutigen Ukraine. Erstens hat das Land einen Bürgerkrieg und ethnische Konflikte abwenden können, die sich wegen der tiefen ethnischen und politischen Spaltung innerhalb der Gesellschaft und des andauernden Fremdenhasses anbahnten. Denken wir nur an den Wahlabend der zweiten ukrainischen Präsidentschaftswahlen vor zehn Jahren zurück. Damals prophezeite die CIA, dass die Ukraine auf dem Weg zu einem blutigen Bürgerkrieg sei, der im Nachhinein den Jugoslawienkrieg wie ein harmloses Picknick aussehen lassen würde.⁵ Glücklicherweise erwies sich diese Prophezeiung als

4 M. P. Drahomanov, *Vybrani tvory*, Prag: 1937, 1:70; V. Lypynsky, *Lysty do brativ-khliborobiv*, Wien: 1926, XXV. Beide zitiert in: Ivan L. Rudnytsky, *Op.cit.*, S. 18.

Der ukrainische Präsidentschaftswahlkampf
erscheint wie ein Albtraum, aber
trotz allem ist die Demokratie am Werk.

Hrytsak

falsch. Es gab kein zweites Nargony-Karabach, kein Abchasien oder Tschetschenien in der Ukraine.

Zweitens hat der ukrainische Staat, im Gegensatz zu Belarus oder Russland, die Gesellschaft nicht unterjocht. Die ukrainische Gesellschaft handelt als unabhängiger Akteur. Der neue Oppositionskandidat Viktor Juschtschenko war zwei Jahre lang in Umfragen ununterbrochen der beliebteste Politiker, und trotz des staatlichen Druckes hat er immer noch eine Chance, die kommenden Präsidentschaftswahlen zu gewinnen. Der ukrainische Präsidentschaftswahlkampf erscheint dem Betrachter wie ein Albtraum und steht deshalb sowohl in der Ukraine selbst als auch im Ausland unter scharfer Beobachtung. Aber, wie die *Financial Times* vor einigen Tagen in ihrer Sonderbeilage über den ukrainischen Wahlkampf berichtete: »trotz allem ist die Demokratie am Werk.«⁶ Trotz ihrer Uneinigkeit verhält sich die Ukraine auf eine befremdliche, paradoxe und deshalb oft kaum wahrnehmbarer Weise wie ein »normales« europäisches Land.

Tatsächlich ist die Ukraine ein normales europäisches Land, aber in einer sehr speziellen Art und Weise. Ebenso wie Osteuropa im weiteren Sinne ist sie zwar normales Europa, aber ein Europa aus zweiter Hand.⁷ Mit »zweiter Hand« ist kein Werturteil gemeint. Vielmehr bezeichnet diese Formulierung den Umstand, dass die meisten modernen politischen und kulturellen Stömungen nicht hier entstanden sind. Der Faschismus, der Nationalismus, der Liberalismus, der Sozialismus, die Aufklärung, die Renaissance, der Barock, das Christentum – um nur einige zu nennen – haben sich nicht ursprünglich hier entwickelt; sie wurden importiert und mit der lokalen Kultur amalgamiert.

Ich persönlich kann mich nur an zwei größere Beispiele für Exporte aus Osteuropa erinnern, die Pest im 14. Jahrhundert und der Kommunismus im 20. Jahrhundert, aber angeben kann man damit kaum. Als Europa aus zweiter Hand ist die Ukraine zwar europäisch, aber eben auf andere Art und Weise als zum Beispiel Frankreich, England oder Deutschland. Ihr europäischer Character ist dem von Griechenland, Portugal, Rumänien, Bulgarien und dem Balkan vergleichbar. Gemeinsam mit diesen Ländern an der europäischen Peripherie gehört die Ukraine

Osteuropa ist ein Europa aus zweiter Hand

5 D. Williams/R. J. Smith, »U.S. Intelligence Sees Economic Flight Leading to Breakup of Ukraine«, in: *Washington Post*, 25. Januar 1994.

6 Chrystia Freeland/Stefan Wagstyl/Tom Warner, »East or West: Ukraine's election could alter relations with Russia and Europe«, in: *Financial Times*, 12. Oktober 2004.

7 Gale Stokes, *Three Eras of Political Change in Eastern Europe*, New York/Oxford: 1997.

zu einem Kreis von Ländern, die die byzantinische Tradition teilen. Wenn jemand zwei Listen machen würde, eine mit den »Gewinnern« und eine mit den »Verlierern« der postkommunistischen Transformation in Zentral- und Osteuropa, würde die Trennlinie in etwa der zwischen westlichem und östlichem Christentum entsprechen. Vieles wurde über die Unterschiede zwischen westlichen und östlichen Christen gesagt, und möglicherweise noch mehr spekuliert. Ich möchte nicht die allgemeine Verwirrung verstärken indem ich dem noch meine eigenen Ideen hinzufüge. Vielmehr möchte ich wiederholen, was einige sehr erfahrene Historiker vor mir gesagt haben: Das Problem Osteuropas ist, dass die soziale Transformation Dinge miteinander verschmilzt, die nur wenig oder gar keine natürlichen Berührungspunkte haben. So treffen etwa die westlichen technischen Errungenschaften auf die bestehenden nichtwestlichen kulturellen und politischen Muster.

Die Ukraine konnte nicht
2004 EU-Mitglied werden ...

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich fordere keinen Sonderweg für Osteuropa. Was ich fordere, ist, dass den verschiedenen historischen Vermächtnissen Rechnung getragen wird. Oder, im Sinne der Pfad-Abhängigkeits-Theorie, »wo du hingehst, hängt davon ab, wo du herkommst«.⁸ Als Kenner der ukrainischen Geschichte habe ich nicht erwartet, dass die Ukraine schon 10–15 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus EU-Mitglied wird. Ich sehe nicht, wie wir es hätten gemeinsam mit Polen, Ungarn, Tschechien und den Baltischen Länder bis 2004 schaffen können. Meiner Ansicht nach sollte die Ukraine zusammen mit Belarus, Serbien, Rumänien, Moldawien und meinetwegen auch mit Russland, falls es wirklich der EU beitreten möchte, im Fegefeuer schmoren, bevor sie im Paradies der Europäischen Union willkommen geheißen wird.

... aber sie gehört in die EU

Was macht mich so sicher, dass die Ukraine dort sein sollte und sein könnte? In der Geschichte finden sich viele Gründe. 1981 hätten viele Menschen nicht geglaubt, dass zehn Jahre später der Kommunismus zusammenbrechen würde. Trotzdem ist es dazu gekommen. Die Anzahl der historischen Gelegenheiten aber ist begrenzt. Die Geschichte hat zwar ermöglicht, dass der Kommunismus in Polen und der Ukraine zusammenbrach, aber sie sah keinen ähnlichen Verlauf der jeweiligen postkommunistischen Transformationen vor. Dem Kalender nach existieren das postkommunistische Polen und die postkommunistische Ukraine

⁸ Robert D. Putnam, *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton NJ: 1993, S. 179.



in der gleichen Zeit, historisch gesehen gehören sie in verschiedene Zeiten. Wenn jemand die Ukraine 15 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit mit Polen vergleichen will, darf er nicht das heutige Polen nehmen, sondern das von 1934, 15 Jahre nach seiner eigenen Unabhängigkeit. Dann erst versteht man die Zwangslagen einer schwachen Demokratie, denen sich die meisten jungen Staaten gegenüber sehen.

Das heißt aber nicht, dass die Ukraine noch einmal 70 Jahre auf ihren Beitritt zur EU warten muss, wie Polen es musste. Die Zeiten haben sich geändert. Anders als 1934 gibt es 2004 keine reale Gefahr durch Nationalsozialismus oder Kommunismus; weder Deutschland noch Russland sind bereit, um Osteuropa zu kämpfen; die Idee einer europäischen Föderation ist keine Chimäre mehr und hat heute sogar die Grenze zur Ukraine erreicht. Und schließlich hat die Globalisierung zu einer rasanten Beschleunigung politisch-gesellschaftlicher Entwicklungen geführt. Die Unterschiede zwischen Generationen manifestieren sich nicht mehr darin, welche Bücher gelesen oder welche Musik gehört wird, sondern darin, welche Computer-Programme die Jugendlichen nutzen. Also, warum noch einmal 70 Jahre warten?

Historische Geografie, historische Zeit und historisches Vermächtnis sind keine theoretischen Konstrukte, sondern Teil der Wirklichkeit. Sie dürfen nicht vernachlässigt werden. Und alle diese Faktoren laufen darauf hinaus, dass die Ukraine Europa ebenso wenig entkommen kann wie Europa der Ukraine. Alle diese Fakten der historischen Vergangenheit wiegen aber nicht so schwer wie der intensive, kontinuierliche und beiderseitige Austausch von Menschen und Ideen zwischen der Ukraine und Europa in der Gegenwart. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems nimmt die Präsenz der Ukrainer im Westen mehr und mehr zu. Etwa 5 Millionen Ukrainer arbeiten heute im Ausland. Sie stellen die größte Minderheit in Portugal. Ukrainisch wird heute in Venedig, Rom und Florenz gesprochen. Auf meinen Reisen habe ich erlebt, wie viele ukrainische Studenten mittlerweile an Universitäten in Wien, Rom, München oder Cambridge studieren, von Warschau und Budapest ganz zu schweigen. In Portugal sagt man heute von den Ukrainern, sie seien »fertige Europäer«. Wenn Sie so möchten, sind sie wie Fisch aus der Dose – man muss die Dose nur öffnen, um ihn zu verzehren.

Wie könnten Millionen von Ukrainern ohne Europa existieren, wenn ihr Leben von Europa abhängt? Wie könnten die Europäer ohne die Ukrainer existieren, wenn Europa altert, wenn das Verhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern

Die Ukraine muss nicht 70 Jahre auf den Beitritt warten

Europa kann der Ukraine nicht entkommen, denn immer mehr Ukrainer leben im Westen ...

... und das alternde Europa braucht die Ukraine



in absehbarer Zukunft eins zu eins betragen wird? In Schottland denkt man heute schon darüber nach, durch die Einwanderung ukrainischer Arbeitskräfte den Arbeitskräftemangel in der eigenen Landwirtschaft zu verringern. Natürlich ist mir klar, dass das ein schmerzhafter und mühsamer Prozess ist, der von vielen, vielleicht zu vielen persönlichen Tragödien begleitet wird. Aber wenige Länder der europäischen Peripherie könnten ohne diesen Prozess auskommen. Denken Sie nur an die Millionen von Italienern, Türken oder Polen. Niemand, weder die Ukraine noch die Europäische Union, könnte diese Flut stoppen, selbst wenn er wollte. Das gilt umso mehr, als die Ukraine und die Europäische Union heute direkte Nachbarn geworden sind.

Wie immer die Wahl ausgeht: die Ukraine
wird sich dem Westen zuwenden ...

Mein nächster Punkt ist eher unkonventionell, vielleicht sogar ketzerisch, auf jeden Fall nicht angenehm für meine Mitbürger aus der West-Ukraine: Ich glaube nicht, dass der Ausgang der Präsidentschaftswahlen einen großen Unterschied in der ukrainischen Politik machen wird. Seit 1991 ist die Ukraine von einer Dynamik gekennzeichnet, die niemand aufhalten oder ändern könnte. Es gibt eine langsame, aber stabile Hinwendung zur Demokratie und zum Westen. Das gilt noch mehr, seit die Europäische Union direkter Nachbar der Ukraine ist. Die Ukraine wird zwischen West und Ost hin- und herpendeln, voller Ambivalenz, aber mit einer unzweifelhaften Tendenz hin zum Westen. Auch Janukowitsch könnte daran nichts ändern. Der wirkliche Unterschied zwischen Juschtschenko und Janukowitsch in Bezug auf die europäische Integration der Ukraine ist, wie lange dieser Prozess dauert und welchen Preis wir dafür zahlen müssen. Mit Juschtschenko als Präsidenten wäre die europäische Integration verlässlicher und hätte ein menschlicheres Gesicht. Und schließlich wäre seine Vorgehensweise effizienter.

... aber wo sind die europäischen
Fürsprecher der Ukraine?

Ich wünsche mir, dass die europäische Integration der Ukraine noch zu meinen Lebzeiten gelingt, daher werde ich definitiv für Juschtschenko stimmen. Was mich beunruhigt und mich ängstigt, ist das frustrierende Schweigen Europas gegenüber der Ukraine im Allgemeinen und den Präsidentschaftswahlen im Besonderen. Bei meinem kürzlichen USA-Aufenthalt konnte ich direkt vergleichen, wie die Situation in der Ukraine auf beiden Seiten des Atlantiks diskutiert wird. Dieser Vergleich fällt für Europa wenig schmeichelhaft aus. Nicht die Zahl von Berichten in den führenden Zeitungen beunruhigt mich, sondern das Fehlen starker und klar vernehmbarer Stimmen. Weder Jürgen Habermas noch Joschka Fischer haben gesagt, dass die Ukraine wichtig ist und auf die eine oder andere Weise, wenn auch langfristig, integriert werden muss.

Die EU-Erweiterung hat Europa geopolitisch in zwei Blöcke gespalten: die EU und die NATO auf der einen Seite, Russland mit der ODKP auf der anderen.

Tschaly

Wie es scheint, sind die meisten europäischen Intellektuellen von der Größe Russlands verzaubert. Und wenn Russland nicht Teil von Europa sein möchte, warum sollte es dann die Ukraine wollen? Auf diese Weise wird am Ende die Ukraine dafür bestraft, dass sich Russland weder geopolitisch noch politisch für Europa entschieden hat. Das ist höchst unglücklich. Ich glaube dass die Europäische Union, unabhängig von ihren pragmatischen Grundlagen und bürokratischen Überlegungen, eine wagemutige, von vielen Intellektuellen entwickelte Vision ist. Die Europäische Union ist in vielerlei Hinsicht ein intellektuelles Projekt. Intellektuelle haben daher ein gewichtiges Wort. Andernfalls bleibt die europäische Integration der Ukraine ausschließlich in den Händen der Brüsseler Bürokraten. In diesem Fall würde ich die Integration kaum mehr erleben, es sei denn, ich lebte sehr, sehr lange.

Der Historiker Heinrich August Winkler hat kürzlich eine Geschichte Deutschlands unter dem Titel »Der lange Weg nach Westen« veröffentlicht. In Ihrem Vortrag haben Sie das Bild eines solchen langen Wegs für die Ukraine gezeichnet, vor dem Hintergrund des frustrierenden Schweigens des Westens. Wir sind heute auch zusammengekommen, um dieses Schweigen zu überwinden. Herr Tschaly, wie sehen Sie die Perspektive der Ukraine?

Ich sehe die Beitrittchancen der Ukraine weniger optimistisch als Herr Hrytsak. Zweifellos ist die Ukraine Teil Europas – und in manchen Bereichen europäischer als viele EU-Mitglieder. Aber wir müssen zwischen der EU und Europa unterscheiden und zwischen europäischer Integration als gesellschaftlicher Transformation im Sinn europäischer Werte einerseits und EU-Mitgliedschaft andererseits. Länder wie Norwegen und die Schweiz sind durch und durch europäisch, ohne der EU anzugehören. Die Ukraine hat nicht nur die Wahl, entweder der EU anzugehören oder gar nicht zu Europa zu gehören. Wer immer der nächste Präsident sein wird, die außenpolitischen Optionen des Landes bleiben von objektiven geopolitischen Gegebenheiten bestimmt. Deren nüchterne Analyse muss die Grundlage der ukrainischen Außenpolitik bilden. Drei Faktoren sind hierbei entscheidend:

Erstens hat die während der Gorbatschow-Ära entstandene Idee eines geeinten Europa oder eines einigen europäischen Hauses im Jahr 2004 ihr Ende gefunden. Die Erweiterungen haben Putins Russland, innenpolitisch inzwischen ausreichend konsolidiert, dazu gebracht, eine Vision für eine russische Erweiterungspolitik zu entwickeln. Als Folge dieser Entwicklung ist Europa heute geo-

de Weck

Tschaly

Referat

Die Ukraine ist Teil Europas – aber Europa ist nicht identisch mit der EU

politisch in zwei wirtschaftliche und militärisch-politische Blöcke gespalten: die EU und die NATO auf der einen Seite, Russland mit seiner Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAEC) und der Vertragsorganisation für kollektive Sicherheit (ODKP) auf der anderen Seite.

Die Ukraine steht zwischen den Blöcken

Zweitens: Als einzige große europäische Nation bleibt die Ukraine außerhalb des europäischen und des russischen Blocks. Sie findet sich, mit Michael Emersons Worten, »zwischen dem Elefanten und dem Bären«. Ihr bleibt nur zu hoffen, dass der russische Bär liberalere Züge annimmt und der Europäische Elefant seinen Club nicht für Neuzugänge schließt. Paradoxerweise erkennt man zwar allgemein die strategische Bedeutung der Ukraine für Europa an, aber gleichzeitig bleibt ihr geopolitischer und gewirtschaftlicher Status unklar.

Drittens: 1995 hat die Ukraine freiwillig das weltweit drittgrößte Atomwaffenarsenal aufgegeben. Heute steht sie ohne einen verlässlichen Sicherheitsschirm da. Der undefinierte Status der Ukraine als Mitglied weder der EU noch der NATO noch des russischen Sicherheitspakts lässt ihr nur den Sicherheitsschirm der Vereinten Nationen. Der Irakkrieg hat bewiesen, dass das kein sehr zuverlässiger Schutz ist. Auch der Tula-Konflikt hat gezeigt, wie unsicher der Status der Ukraine ist. In dieser kritischen Situation haben die Sicherheitsgarantien des beim Beitritt der Ukraine zum Atomwaffensperrvertrag entstandenen Budapest-Memorandums versagt. Die Ukraine stand gegenüber Russland praktisch alleine da. Für die Ukraine als großes Land, das freiwillig seine Atomwaffen abgegeben hat und noch immer Atomwaffen produzieren kann, ist Unsicherheit neu und wenig wünschenswert.

Wie kann sie sich in Europa integrieren?

Angesichts dieser Realität braucht die Ukraine eine neue geopolitische Strategie. Wie immer auch die Wahlen in der Ukraine ausgehen, eine Integration in europäische Strukturen wird der Wunsch der Bevölkerung und das eigentliche außenpolitische Ziel des Landes bleiben. Aber wie kann die Ukraine ihr europäisches Ideal umsetzen? Es gibt vier Optionen.

Die EU-Mitgliedschaft ist keine realistische Option ...

Die erste Option ist eine Strategie, die auf die volle Mitgliedschaft des Landes in der EU abzielt. Damit würde die Ukraine ihre Beziehungen zu Russland gefährden, weil sie ihre Politik den Prinzipien der EU unterordnen müsste. Vermutlich müsste sie die Grenze zu Russland einem Visaregime unterwerfen, das den Personenverkehr stark behindern würde. Diese Strategie sollte die Ukraine nicht ernsthaft in Betracht ziehen. Sie wäre gefährlich, weil sie ein außenpolitisches Ziel verfolgt, das auch langfristig vollkommen unrealistisch erscheint. So enttäuscht man nur die Erwartungen der Bürger.

Die Ukraine könnte eine Art Schweiz
des 21. Jahrhunderts werden.

Tschaly



Natürlich wäre es ein Gottesgeschenk, wenn die EU nach einem Sieg Juschtschenkos der Ukraine einen Kandidatenstatus eröffnen würde. Im westlichen Balkan hat sie das nach Constantinescus Sieg für Rumänien und nach Meciar's Abwahl für die Slowakische Republik getan. Die ukrainische Bevölkerung erwartet von Juschtschenko nach einem Sieg eine Beitrittsperspektive. Wenn diese ausbleibt, wird er unter Druck geraten. Man muss aber bedenken, dass sowohl Rumänien als auch die Slowakei im Gegensatz zur Ukraine assoziierte Mitglieder der EU waren. Volle Mitgliedschaft ist darum aus heutiger Sicht kein realistisches Ziel.

Die zweite Option der Ukraine ist eine Reintegration in den russischen Einflussbereich. Die dann unumgängliche Anpassung an die Normen der Russischen Union würde eine strategische Entscheidung gegen engere Beziehungen mit der EU bedeuten. Das Ziel dieser Strategie wäre eine vollständige Einbeziehung der Ukraine in die Zoll-, Währungs- und Wirtschaftsunion mit Russland im Rahmen des Einheitlichen Wirtschaftsraums.

Drittens könnte die Ukraine ihre derzeitige Strategie weiter verfolgen, einen Schritt nach Westen zu tun und dann einen nach Osten und in Brüssel das Gegenteil von dem zu erklären, was man in Moskau sagt. Eine solche Schaukelpolitik zwischen Ost und West schafft aber nur Misstrauen und sonst gar nichts. Nach der historischen Erfahrung würde diese Politik dazu führen, dass die Ukraine sich letztlich wieder in den russisch kontrollierten eurasischen Raum integriert.

Die vierte Option wäre Blockfreiheit oder Neutralität. Sie besteht in einem klaren Bekenntnis zur Integration in die europäische und die euro-atlantische Gemeinschaft, das aber nicht an eine volle EU-Mitgliedschaft gebunden ist. Diese Politik bedeutet eine rein pragmatische Verfolgung ukrainischer Interessen in der Außenpolitik. Der Präsident der Ukraine würde in Brüssel und Moskau dieselben Aussagen machen. Er würde nicht das sagen, was die EU oder Russland hören wollen, sondern was aus seiner Sicht den nationalen Interessen der Ukraine am besten entspricht. So könnte die Ukraine dem Beispiel der Schweiz oder Norwegens folgen und eine Art Schweiz des 21. Jahrhunderts werden. Damit könnte sie eine Brücke zwischen der erweiterten EU und Russland bilden. Die Ukraine müsste kein Visaregime gegenüber Russland einführen, sondern könnte ihre Grenzen öffnen und ihre Verkehrs- und Kommunikations-Infrastruktur ausbauen.

Führen wir uns noch einmal die heutige Realität vor Augen. Russland bietet sehr deutlich, ja aggressiv seine Vorstellung der geopolitischen Zukunft der Uk-

... eine Integration mit Russland würde
die Ukraine von der EU trennen ...

... ein Schaukelkurs zwischen Ost
und West schafft nur Misstrauen ...

... darum sollte die Ukraine unabhängig sein:
die Schweiz des 21. Jahrhunderts



raine innerhalb des eurasischen Blocks an. Dagegen beantwortet die EU den Wunsch der Ukraine nach einer Mitgliedschaft weder mit Ja noch mit Nein, also letztlich mit Nein. 2001 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgeschlagen, der Ukraine einen Status als assoziiertes Mitglied anzubieten, aber die EU hat nicht reagiert.

Vermutlich wird die EU auch dann keine klare Strategie für die Ukraine entwickeln, wenn die ukrainische Opposition die Oberhand gewinnt. Denn die EU und vor allem Deutschland fürchten, mit der Eröffnung einer Beitrittsperspektive russische Interessen zu verletzen. Das während des Irakkriegs entstandene französisch-deutsch-russische Dreieck hat die europäische Rücksichtnahme auf Russland noch verstärkt und die Situation der Ukraine damit weiter verschlechtert.

Die EU muss klar sagen, ob sie die Ukraine als Mitglied möchte oder nicht

Ein großer Teil der Ukraine ist europäisch orientiert und davon überzeugt, dass das Schicksal des Landes in der europäischen Integration liegt. Aber Europa muss klarmachen, welche Ukraine es möchte. Allgemeinplätze wie »demokratisch und stabil« sind nicht zielführend. Die Ukraine braucht eine konkrete Aussage zu ihrer NATO- und EU-Mitgliedschaft. Wenn die EU die Ukraine aufnehmen möchte, muss sie das klar zum Ausdruck bringen. Wenn nicht, wird die Ukraine das akzeptieren – so ist das Leben – und eine neue geopolitische Rolle als Brücke oder Kommunikationszentrum übernehmen. Dazu braucht sie aber auch neue Sicherheitsgarantien.

Wer immer der nächste Präsident sein wird, die Ukraine und die EU müssen ihre Beziehung neu definieren. Aber kann die EU eine neue strategische Vision für die Zukunft der Ukraine entwickeln? Ist sie bereit, der Ukraine eine Integrations- und letztlich auch Mitgliedschaftsperspektive zu eröffnen? Wenn ja, wäre das ein wichtiger Beitrag zur Förderung von Frieden und Stabilität in einem europäischen Land von zentraler geostrategischer Bedeutung. Wenn nicht, verpassen wir eine bedeutende Gelegenheit. Deutschland spielt in dieser Frage eine führende Rolle. Kanzler Schröders Erwähnung einer Assoziierungsperspektive für die Ukraine hat 2001 die proeuropäische Elite in der Ukraine aufhorchen lassen. Leider wurde die Idee nicht durch konkrete Maßnahmen unterfüttert. Heute braucht die Ukraine mutigere Integrationsangebote der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Deutschland kann und sollte einen entscheidenden Beitrag zu einer neuen europäischen Vision für die Ukraine leisten.

Schließlich noch ein Wort zu Belarus. So sicher ich den Platz der Ukraine weder im europäischen noch im russischen Block sehe, so sicher glaube ich, dass Belarus einen dauernden Platz an der Seite Russlands gefunden hat. Die zukünft-

tige Grenze zwischen der EU und dem Rest Europas – solange wir nicht ein einiges Europa schaffen – wird die Grenze zwischen der EU und Belarus sein. Selbst eine demokratische belarussische Regierung könnte die Entscheidung nicht mehr rückgängig machen, eine Sicherheits-, Wirtschafts- und Zollunion mit Russland zu schaffen. Ich wüsste gerne von den belarussischen Teilnehmern, ob sie die Union mit Russland innerhalb der nächsten 15 oder 20 Jahre für auflösbar halten.

Die wachsende Sorge westlicher Demokratien über die aktuellen Entwicklungen im postsowjetischen Raum wird nicht immer von sorgfältig durchdachten außenpolitischen Strategien begleitet. Während die euphorischen Hoffnungen auf eine sanfte Demokratisierung totalitärer Gesellschaften langsam schwinden, beschränkt man sich oft genug darauf, Entwicklungen in den post-sowjetischen Staaten im Nachhinein zu konstatieren.

Belarus stellt in diesem Kontext eine besondere Herausforderung für die westliche Außenpolitik dar, sowohl in analytischer Hinsicht als auch in Bezug auf konkrete Handlungskonzepte. Tendierte Belarus noch zu Beginn der 1990er Jahre – im Gegensatz zu vielen anderen postsowjetischen Staaten – eher zu sozialen Transformationen, gerät das Land derzeit weltweit in Isolation und Konfrontation zur zivilen Welt. Noch vor zehn Jahren war niemand in der Lage, ein solches Szenario im geographischen Zentrum Europas vorherzusehen.

Die Ursachen dieser beunruhigenden Entwicklung liegen in Belarus, ähnlich wie in anderen ehemaligen sowjetischen Staaten, in der kollektiven Ohnmacht der Bevölkerung gegenüber der totalitären Vergangenheit mit ihren Vorurteilen, ihrer Verkümmerng selbstständiger Handlungsfähigkeit und ihrer Angst vor der Unabhängigkeit. Außerdem waren die in Moskau ausgebildeten intellektuellen und fachlichen Eliten der einzelnen Länder unfähig, mit den Schwierigkeiten während der Transformationsperiode umzugehen; stattdessen blieben sie gefangen in Wunschdenken und in Ideen anderer historischer und kultureller Prägung, ohne jedoch der eigenen historischen Realität Rechnung zu tragen.

Unsere westlichen Partner wiederum haben nicht immer erkannt, dass ihre heutige Zivilgesellschaft entstanden ist aus dem Zusammenspiel verschiedener Faktoren jahrhundertelanger kultureller Entwicklung ist. Um ähnliche Entwicklungen in verschiedenen Ländern anzustoßen, muss man die großen Herausforderungen der jeweiligen Akteure verstehen. Wir müssen erkennen, dass es keine Wissensbasis gibt, die a priori auf die gegenwärtige Wirklichkeit ange-

Michailow

Der Westen braucht eine Strategie für Belarus ...

... das mit seiner totalitären Vergangenheit kämpft



wendet werden könnte. Leider wurde viel zu oft die dringend benötigte Unterstützung durch allgemeine und abstrakte Empfehlungen ersetzt, und auf Konferenzen und Seminaren wurden manchmal sogar kontraproduktive Ergebnisse erzielt.

Es bleibt abzuwarten, ob man im Rahmen der Neuen Nachbarschaftspolitik der EU aus den Fehlern der Vergangenheit lernt und eine realistische, auf den tatsächlichen Gegebenheiten beruhende Langzeitstrategie entwickelt. Die Zeit läuft, und es ist sehr wahrscheinlich, dass wir es bald mit einer noch komplizierteren Situation zu tun haben.

... und die EU muss die Transformation mit einer verlässlichen Strategie unterstützen

de Weck

Botschafter Yeudachenka, wie sehen Sie die Lage aus Sicht der Minsker Administration?

Yeudachenka

Die Position zwischen der EU und Russland ...

Wie die Ukraine ist Belarus seit dem 1. Mai 2004 in einer sehr speziellen Lage. Hinter den belarussischen Städten Brest and Ashmiany liegen nicht mehr Polen und Litauen, sondern der Riese EU als unser unmittelbarer Nachbar. Im Osten befindet sich der eurasische Riese Russland – und Belarus liegt in der Mitte.

Aber im Gegensatz zu ukrainischen Kollegen glauben wir, dass Belarus weder ein Pufferstaat geworden ist noch in der Falle sitzt. Im Gegenteil, unsere Geschichte und geographische Lage geben uns eine einzigartige Chance, den Wohlstand unseres Landes weiter zu heben. Darum begrüßen wir die europäische Integration, die viele positive Veränderungen und Erfahrungen mit sich bringt. Die EU ist nicht nur deshalb von höchstem Interesse für uns, weil direkte Nachbarn immer höchste außenpolitische Priorität haben, sondern auch wegen der 700.000 Belarussen, die in den zehn neuen EU-Staaten leben.

Zurzeit sind unsere Beziehungen zur EU sehr begrenzt. Die Union hält ihre Resolution von 1997 aufrecht, die unser Land scharf kritisiert. Die EU hat die Ratifikation unseres Partnerschafts- und Kooperationsabkommens ebenso suspendiert wie das Inkrafttreten unseres vorläufigen Handelsabkommens. Belarus wünscht eine umfassende und systematische Zusammenarbeit, die politischen Dialog ebenso umfasst wie Kooperation in den Bereichen Handel, Wirtschaft, Kultur und Erziehung. Da der politische Dialog zurzeit eingeschränkt ist, stehen Wirtschaftsbeziehungen im Zentrum unseres Interesses.

Exporte machen 55 Prozent unseres Bruttonutzenprodukts aus und umfassen 80 Prozent unserer Industrieproduktion. Von Januar bis August 2004 gingen 37 Prozent unserer Exporte in die EU, 47 Prozent nach Russland. 37 zu 47 Prozent

... bietet Belarus eine einzigartige Chance

Weil die EU den politischen Dialog unterbrochen hat ...

... stehen für Belarus zurzeit wirtschaftliche Beziehungen im Zentrum



ist ein sehr viel ausgeglicheneres Verhältnis als die früheren 20 zu 80 Prozent. Es ist darum schlicht falsch zu sagen, dass Russland vom wirtschaftlichen Standpunkt aus unsere einzige Option ist. Außerdem ist die EU eine wichtige Quelle von Investitionen, Spezialmaschinen und Hochtechnologie. 95 Prozent unserer finanziellen Ressourcen erhalten wir aus europäischen Kredit- und Finanzierungsinstitutionen. Alles in allem ist die Nachbarschaft mit der erweiterten Europäischen Union strategisch sehr wichtig für Belarus.

Anfangs gab es Ressentiments gegen die EU-Erweiterung. Mit der Beseitigung vieler Probleme in den vergangenen Monaten sind die meisten davon aber verschwunden. Wir haben die wirtschaftlichen Abkommen neu abgeschlossen, unsere Handels- und Wirtschaftskommissionen weitergeführt und Abmachungen getroffen, die für uns, für Brüssel und für unsere Nachbarn akzeptabel sind. Sowohl bei der Zertifizierung und Standardisierung als auch im Bereich der Textilindustrie und der Anti-Dumping-Sanktionen haben wir Fortschritte gemacht. Anders als bei der NATO-Erweiterung, bei der wir gar nicht konsultiert wurden, wurde die EU-Erweiterung von regelmäßigen und konstruktiven Diskussionen und Verhandlungen begleitet. Im Interesse transparenter Grenzen, die keine Trennlinien darstellen sollten, begrüßen wir den Entwurf einer Regelung durch die EU, die die Einrichtung spezieller Grenzübergänge für die lokale Bevölkerung erlaubt. Wir sind bereit, diese Grenzübergänge aufzubauen und sie durch ein Netzwerk zu verbinden.

Ich bin bewusst ins Detail gegangen, um zu zeigen, welche bemerkenswerten Fortschritte wir mit unseren polnischen, litauischen, lettischen, tschechischen, slowakischen und ungarischen Partnern gemacht haben. Das Leben geht seine eigenen Wege, und wegen unserer gemeinsamen europäischen Interessen kann Belarus nicht isoliert werden. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Diese Erfolge auf praktischem Gebiet stehen aber in scharfem Gegensatz zur EU-Politik gegenüber Belarus, die letztlich auf Isolierung herausläuft. Diese Politik hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den neuen Ansatz der EU gegenüber ihren östlichen Nachbarn. Wir sind besonders zufrieden, dass die Kommission dem Rat und dem Parlament vorgeschlagen hat, Belarus in einen Prozess der schrittweisen Normalisierung einzubinden und uns eine Perspektive für die Einbeziehung in die Nachbarschaftspolitik zu bieten. Ich bin überzeugt, dass sowohl Belarus als auch Europa heute eine solche pragmatische und umfassende Nachbarschaftspolitik brauchen.

Belarus hat sein wirtschaftliches Regelwerk angepasst

Wir hoffen auf umfassende gute Beziehungen zur EU

Zurzeit sind unsere Staaten Geiseln
der politischen Machthaber.

Chirtoaca



de Weck Um das Panorama zu vervollständigen, möchte ich Herrn Chirtoaca bitten, die Situation aus moldawischer Sicht darzustellen.

Chirtoaca

Damit Moldawien ein Teil Europas und nicht des totalitär geprägten Ostens wird ...

Für ein kleines Land wie Moldawien, das eine Überlebensstrategie für eine sich rapide verändernde Welt braucht, ist die Nachbarschaft zur EU von überragender Bedeutung. Die entscheidende Frage für uns ist, wo die Grenze zwischen den östlichen Gesellschaften mit ihren autoritären Tendenzen und Europa verlaufen wird und wie die EU mit ihren kleinen Nachbarländern umgehen wird. Als kleines Land mit christlichen und lateinischen Wurzeln fühlt sich Moldawien Europa kulturell sehr nahe und möchte sich darum der Gemeinschaft der europäischen Staaten anschließen, von der es jahrzehntelang isoliert war.

... muss die EU uns beim Übergang vom Kommunismus zur Demokratie helfen ...

Moldawien braucht Hilfe beim bisher gescheiterten Übergang vom Kommunismus zu einer modernen Demokratie. Zurzeit sind unsere Staaten Geiseln der politischen Machthaber, die gemeinsam mit Vertretern des im Entstehen begriffenen privaten Sektors die Demokratisierung verhindern wollen. Das derzeitige wohlkontrollierte Chaos erlaubt es ihnen, im Handumdrehen reich zu werden.

Die USA haben sich bisher darauf konzentriert, über die NATO Kontrollstrukturen und strategische Korridore für den Kampf gegen den Terrorismus zu etablieren. Der OSZE fehlt die nötige Effizienz, und die EU hat es lange versäumt, eine aktive Strategie gegenüber ihren östlichen Nachbarn zu entwickeln, die auf einer Vision der Finalität der europäischen Integration beruht. Moldawien fehlen die dringend benötigten Partner für unsere schmerzhaften Transformationen.

... doch die Union hat keine aktive Strategie für Osteuropa

Darum haben wir in Moldawien das Nachbarschaftspapier mit großem Interesse gelesen. Wir zweifeln aber, ob es mehr als technische Hilfe bietet und über das TACIS-Programm hinausgeht. Die EU hat zwar ein schmuckes Strategiepapier zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlicht, eröffnet aber nicht einmal eine Repräsentanz in Moldawien. Es ist heuchlerisch, unter diesen Umständen über den Bedarf an Strategien für die EU-Nachbarschaftspolitik zu diskutieren.

Anderen mitteleuropäischen Ländern wie Rumänien oder Bulgarien hat man viel effizienter geholfen. Weshalb bietet die EU nicht uns, und vielleicht auch den Ländern des südlichen Kaukasus wie Georgien, Aserbeidschan und Armenien, ähnliche Hilfen für den Aufbau funktionierender demokratischer Strukturen an, die die Etablierung stabiler Demokratien in der Region erlauben würde? Die Per-

spektive einer assoziierten oder gar Vollmitgliedschaft würde die Konditionalität wirkungsvoll einsetzen. Die EU sollte auch die Konflikte in Moldawien, Georgien, Aserbeidschan und Armenien viel direkter angehen. Denn die dortige Instabilität bedroht die europäische Sicherheit massiv. Stabile Grenzen werden nur entstehen, wenn etwa Moldawien sich nach 15 Jahren der Stagnation endlich in Richtung auf ein stabiles demokratisches System entwickelt. Letztlich wird das Widerspiel von Kultur, Sicherheitspolitik und Geopolitik die Grenzen Europas bestimmen, nicht nur die Geographie oder die gegenwärtige Politik.

Die Stimmen der neuen Nachbarn der EU rufen nach Strategie und zeigen den Willen und Wunsch nach ernsthafter Auseinandersetzung. Nicht zuletzt ging es um konkrete Probleme an den neuen Grenzen seit der Osterweiterung, etwa bei der Freizügigkeit der Waren und der Personen. Diese Bereiche sollten wir uns weiter ansehen.

Beim Bergedorfer Gesprächskreis über Europas Grenzen in Warschau 1995 haben wir über einen möglichen Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik gesprochen. Als ich von einer EU-Perspektive für Estland zu sprechen wagte, sahen mich Günter Burghardt als Vertreter der EU-Kommission und Botschafter Robert Blackwill an, als ob ich wahnsinnig wäre. Das war vor neun Jahren – das heißt, die Dinge ändern sich, und das stimmt mich optimistisch. Heute aber fürchte ich, dass wir nach der Erweiterung eine Chinesische Mauer um die EU errichten. Nicht nur, dass sie das orthodoxe vom westlichen Christentum trennen wird, wie Herr Hrytsak gesagt hat, sie folgt genau den Linien von Samuel Huntingtons »Clash of Civilizations« und macht damit ein historisches Konstrukt zur physischen Realität. Griechenland und Zypern als EU-Mitglieder und Kroatien als Nichtmitglied sind die einzigen Ausnahmen. Die erfolgreichen Aspekte der EU-Politik – der gemeinsame Markt mit einheitlicher Handelspolitik und freiem Personenverkehr, oder Schengen – verlangen nach starken Grenzen. Die Furcht vor illegaler Immigration, Drogen und Kriminalität verstärkt den Wunsch nach hohen Mauern. Aber diese Mauern erschweren den Eintritt für die neuen Nachbarn. Unsere jetzigen Beziehungen zu diesen Ländern bestehen in den formalistischen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Schlimmer noch, während die EU Albanien dem Erweiterungskommissar zugeordnet hat, fällt die Ukraine in Zukunft ins Ressort des Außenkommissars. Albanien, das weder Schritte zur Integration unternommen hat noch eine Diskussion über seine europäische Be-

de Weck

Ilves

Errichtet die erweiterte EU eine Chinesische Mauer um ihre Grenzen?

Ich hoffe, dass wir Osteuropa durch
die Zäune an unseren Grenzen
nicht dauerhaft aussperren werden.

Ilves

rufung vorzuweisen hat, bekommt eine Mitgliedsperspektive, und die Ukraine bleibt draußen. Die EU steht an einer Wegscheide. Ich hoffe, dass wir Osteuropa durch die Zäune an unseren Grenzen nicht dauerhaft aussperren werden.

Cuntz

Erweiterung bedeutet nicht,
Mauern zu bauen, sondern
Trennlinien zu überwinden ...

Es hat mich doch etwas erschreckt, dass Herr Tschaly und Herr Ilves so stark auf die »negativen« Folgen der Erweiterung und die Gefahr einer neuen Mauer abgehoben haben. Die Erweiterung erfüllt die alte Hoffnung, dass Europa nicht nur über die Grenzen der ersten sechs Mitgliedsstaaten hinauswachsen, sondern auch den Eisernen Vorhang und die Berliner Mauer überwinden möge. Auch für die neuen Nachbarn ist die Erweiterung durchaus positiv, weil sie ihnen Freunde in der EU bringt: Polen oder Estland wirken innerhalb der Union zugunsten der osteuropäischen Nachbarn.

... und ein EU-Beitritt ist keine Frage
von »ja« oder »nein«, sondern
pragmatischer Einzelschritte

Moldawien und die Ukraine fordern von der EU eine Perspektive. Die Probleme einer neuen Mauer lassen sich nicht durch ein einfaches »ja« oder »nein« lösen. Ich möchte eine differenziertere und pragmatischere Herangehensweise vorschlagen. Erstens müssen wir akzeptieren, dass zur Nachbarschaft auch die Mittelmeerländer gehören. Zweitens sollten wir ganz konkret fragen, welchem Nachbarstaat gegenüber wir wie vorgehen sollen und was welcher Nachbarstaat beitragen muss, um neue Grenzwälle zu vermeiden, und was wir, beispielsweise im Verhältnis zur Ukraine, in der Substanz tun können. Der Schengen-Raum der Europäischen Union etwa verlangt nun einmal starke Außengrenzen. Eine Visaserleichterung gegenüber der Ukraine und anderen kann nur möglich sein, wenn diese Länder selbst ein gehöriges Stück Arbeit leisten. Das Gleiche gilt auch für die wirtschaftlichen Beziehungen, die ja durchaus florieren und sich für die neuen Mitgliedsstaaten ebenso positiv wie für die neuen Nachbarn auswirken.

Boag

Der EU-Aktionsplan bietet viele konkrete
Schritte an, etwa in Visafragen

Eine Priorität des Aktionsplans für die Ukraine ist der Aufbau eines konstruktiven Dialogs über Visafragen, um Verhandlungen über eine Visaserleichterung vorzubereiten. Der Plan für Moldawien enthält eine ähnliche Formulierung.

Wenn man bedenkt, dass die Ukraine erst seit sechs Monaten eine Grenze mit der EU hat, Russland dagegen schon seit zehn Jahren, scheint mir das ein faires Angebot. Die Diskrepanz zwischen diesen beiden Ländern ist zurzeit gerechtfertigt, und mit den richtigen Schritten können unsere osteuropäischen Partner sie in kürzester Zeit überwinden.



Nur eine kurze Bemerkung zur Visafrage: Wie kann es sein, dass Bürger vieler lateinamerikanischer und Maghreb-Staaten ohne Visen in die EU einreisen können und Bürger der Ukraine und Russlands nicht?

Die EU wäre tatsächlich gut beraten, zumindest für bestimmte Personen der östlichen Nachbarn Mehrfachvisen einzuführen. Damit würde man der Außenwahrnehmung einer geschlossenen Grenze und unnötigen Unterbrechungen der Beziehungen zu unseren Nachbarn entgegenwirken. Es würde der EU auch erlauben, mehr Einfluss auf ihre Nachbarn auszuüben als derzeit.

Aber lassen Sie mich das Argument umdrehen: Wieso schafft die Ukraine nicht umgehend die Visapflicht für Neuseeländer, Australier, Japaner, Amerikaner, Kanadier und Europäer ab? Das würde dem Tourismus und dem mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Nutzen Auftrieb geben und das Bild der Ukraine erheblich verbessern. Es würde insbesondere der Entwicklung der westlichen Ukraine, die trotz ihrer bevorzugten geographischen Lage in vielen Bereichen wirtschaftlich zurückgeblieben ist, helfen.

Ich kenne die ukrainischen Vorbehalte gegen diesen Vorschlag: man ist stolz, man verlangt Reziprozität. Die gleichen Vorbehalte hätten Polen, die Tschechoslowakei und andere Länder nach 1989 machen können. Doch statt solche Argumente vorzubringen, haben diese Länder die Visapflicht abgeschafft – sehr zu ihrem Vorteil. Das hat als einseitige Maßnahme ebenso Früchte getragen, wie es nun für die Ukraine Früchte tragen könnte.

Die Bilder Augusts des Dritten an den Wänden dieses Raums erinnern uns daran, dass dieser polnische König zwar kein intellektuelles Schwergewicht war, aber Metallstäbe mit bloßen Händen verbiegen konnte. Daher wurde er August der Starke genannt. Die Stärke, die sich aus gemeinsamen transparenten Regeln und Grundprinzipien der europäischen Familie speist, sollte auch die Politik der erweiterten EU gegenüber ihren Nachbarn und anderen Ländern bestimmen.

Das Fehlen langfristiger Ziele ist aus Sicht der neuen Mitgliedsstaaten eines der Hauptprobleme der EU-Außenpolitik. Vielleicht ist mehr Zeit notwendig, um über diese Ziele zu verhandeln, sie präzise zu definieren und die Zustimmung aller EU-Staaten zu erreichen. In der Zwischenzeit, die mehrere Jahre dauern könnte, scheint die neue EU-Politik gegenüber ihren östlichen Nachbarn, besonders gegenüber Ukraine, Belarus und Russland, ein Kompromiss zwischen Gesetz und Ordnung vs. Freiheit und Demokratie. Diese Politik mag ein Reflex auf die

Rahr

Eine Erleichterung des EU-Visaregimes ...

Snyder

... für ausgewählte Personen aus Osteuropa ...

... oder eine Öffnung der ukrainischen Grenze für EU- und US-Bürger könnte helfen

Antczak

Die EU sollte sich ein Beispiel an August dem Starken nehmen ...

... doch bisher kann sie sich zu keiner stringenten Politik gegenüber Osteuropa entschließen



Furcht einiger EU-Staaten vor einem potentiellen Konflikt zwischen der EU und Russland sein. Diese Länder würden vielleicht eine Sonderrolle Russlands in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder im »nahen Ausland« Russlands akzeptieren. Eine solche Sichtweise ist für die neuen EU-Mitgliedsstaaten, die noch immer die Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft in Erinnerung haben, kaum akzeptabel. Nehmen wir einmal an, dass Russland unter Präsident Putin nicht besonders daran interessiert ist, mit der EU-Kommission zusammenzuarbeiten, um Einfluss auf die Regime von Präsident Lukaschenko in Belarus oder die separatistischen Regierungen Transnistriens in Moldawien oder Abchasiens in Georgien auszuüben. In diesem Fall könnten wir den Schluss ziehen, dass solche Partnerschaften nichts ausrichten können. Wenn wir Außenbeziehungen auf Partikularinteressen stützen, die nicht einmal die Interessen ganzer Länder, sondern lediglich einzelner Regierungen widerspiegeln, dann sind die Aussichten für eine gemeinsame Politik gegenüber den neuen Nachbarn der EU wie auch gegenüber anderen Ländern in der Welt nicht gut. Solange dieser Zwiespalt zwischen Universalismus und Realpolitik den Entscheidungsprozess der EU bestimmt, können alle Diktatoren bei ihren Besuchen in Paris, Berlin, London oder Rom gut schlafen.

Konkrete Hilfe für Menschen
in den Nachbarstaaten

Selbst wenn sich die Regierungen der EU nicht auf die grundlegenden politischen Entscheidungen einigen können, können wir immer noch den Menschen in den Nachbarstaaten mit ganz einfachen Dingen helfen. Warum bietet die EU zum Beispiel nicht – wie die USA es tun – all denjenigen, die willkommen sind, das heißt jungen Leuten mit guter Ausbildung, Spezialisten oder Berufstätigen, langfristige Visa an? Solche Regeln funktionieren auf nationaler Ebene, warum führen wir sie dann nicht auf europäischer Ebene zusammen? Gleichzeitig kann ein Visa-Regime ein mächtiges Instrument sein, um Druck auf die Repräsentanten von Regimen auszuüben, von Diktatoren, über korrupte Bürokraten und Stellvertreter einflussreicher Minister, bis hin zu Oligarchen und zwielichtigen Geschäftsleuten – ein Instrument, das die EU viel mehr einsetzen sollte. Regime werden nie durch einen Diktator alleine regiert, es gibt immer eine unterstützende Schicht – eine Nomenklatura, die im Austausch für finanzielle Privilegien kriminelles Handeln und die Missachtung von Menschenrechten unterstützt, von der Verletzung demokratischer Prinzipien ganz zu schweigen. Diese Personen schmerzt es sehr, wenn sie in ihren Ländern zwar mächtig und reich sind, aber nicht in Paris einkaufen gehen können, ihre Kinder nach London in die Schule schicken können oder medizinische Hilfe in Berlin in Anspruch nehmen können – sogar Diktatoren

Die EU-Erweiterung schafft kein Europa der zwei Blöcke.

Snyder

werden einmal krank. Das Visa-Instrument ist noch effektiver, wenn es auch die Familien und die Kinder dieser Personen einbezieht. Die einfache Abwägung von Kosten und Nutzen, die jedes Mitglied der Nomenklatura angesichts eines solchen Visa-Regimes anstellen wird, könnte das Regime dazu bringen, seine Politik zu verändern. Die Standardprozeduren wirtschaftlicher Druckmittel wie zum Beispiel Handelsembargos treffen gewöhnlich in erster Linie die einfachen Bürger, nicht die Nomenklatura. Und sie sind nicht sehr wirksam, wenn die letzten makroökonomischen und politischen Einflussmöglichkeiten auf die Regime verloren gegangen sind. Normalerweise werden Handelsembargos mit der Zeit oder bei humanitären Krisen brüchig und scheitern schließlich – aktuelle Beispiele sind Kuba und Nordkorea. Eine andere, kaum akzeptable Option ist ein militärischer Konflikt nach dem Scheitern der Sanktionen – das beste aktuelle Beispiel ist der Irak.

Politischer und ökonomischer Druck auf einer niedrigeren Ebene, zum Beispiel durch Visa-Regime, kann zielgerichteter eingesetzt werden und ist wirksamer im Hinblick auf graduelle Veränderungen in den betroffenen Ländern. Gleichzeitig birgt eine solche Politik weniger politische Risiken für die EU. Der zielgerichtete Einsatz eines Visa-Regimes führt dazu, dass sich die gewöhnlichen Menschen auf der Straße außerhalb der EU Europa näher fühlen, während Diktatoren und Regime, die eine permanente Bedrohung darstellen, isoliert werden.

Das Bild einer neuen Mauer folgt einem alten Denkmuster: Vor einigen Jahren hat der ukrainische Außenminister in Warschau die Metapher einer neuen Berliner Mauer zwischen Mittel- und Osteuropa benutzt. Ich halte diese Metapher für falsch und irreführend. Ihre Wurzeln liegen in einer falschen Wahrnehmung der Schengen-Grenze.

Die EU-Erweiterung schafft kein Europa der zwei Blöcke. De facto sieht weder die finnisch-russische Grenze so aus wie die frühere finnisch-sowjetische Grenze, noch sind die US-europäischen Beziehungen tatsächlich das, was sie in den 1980er Jahren waren. Die EU ist keine geopolitische Organisation, sondern zum Leidwesen der USA eine Art antigeopolitischer internationaler Akteur. Ihre Politik geopolitisch zu interpretieren führt in eine Sackgasse. Warum sehen dann unsere russischen, ukrainischen, belarussischen und moldawischen Freunde die EU als Staat oder Block? Die Schaffung und Bewachung einer Außengrenze – und das ist die Schengen-Grenze – gehört in der Tat zu den klassischen Aufgaben des Nationalstaats im westfälischen System. Deshalb wird die Schengen-Grenze ungeachtet

Snyder

Es gibt weder eine neue Berliner Mauer
noch ein Europa der zwei Blöcke ...

... doch die Schengen-Grenze vermittelt
Menschen aus Osteuropa diesen Eindruck

der Mobilität, die sie innerhalb Europas schafft, als Grenze wahrgenommen, die Menschen draußen hält. Diese Entwicklung der EU ist ein Beispiel für einen Trend der Globalisierung, nämlich für die Schaffung regionaler Räume mit freier Mobilität, die von harten Grenzen umgeben sind. Wir sollten uns klarmachen, wie das nach außen wirkt.

Tatsächlich tun die EU-Osterweiterung und Schengen Folgendes: Sie verstärken die Tendenz der EU-Außenpolitik, sich auf innenpolitische Bereiche zu konzentrieren. Sollte sich die EU eines Tages bis nach Moldawien, in die Ukraine oder nach Belarus erstrecken, wird das die Folge von Reformen der politischen Systeme und der Innenpolitik dieser Länder sein. Schengen etwa verlangt, dass jeder zukünftige Mitgliedstaat seine Grenze verteidigen kann. Die Türkei etwa würde eine Grenze zum Irak verteidigen müssen, die Ukraine eine Grenze zu Russland. Davon ist sie noch weit entfernt.

Hübner

Bis zu einer gemeinsamen Außengrenze der EU ist es noch ein weiter Weg, denn wir haben noch keinen gemeinsamen Grenzschutz. Zurzeit versuchen wir, alle Mitgliedstaaten in die Finanzierung der Grenzsicherung einzubeziehen, aber eine gemeinschaftliche Grenzschutztruppe ist noch nicht in Planung. Solange es keine deutschen oder französischen Grenzpolizisten an der polnisch-russischen oder polnisch-ukrainischen Grenze gibt, wird man diese Grenze nicht als EU-Grenze wahrnehmen.

Rahr

Die Besserwisserei der EU irritiert
die osteuropäischen Länder

Herr Yeudachenka hat den Moment der Wahrheit für viele neue Nachbarn angesprochen: Wie halten sie es mit dem historischen Europa? Für die mittel- und osteuropäischen Länder war der Beitritt zur EU eine Art Wiedervereinigung mit dem in den Wirren des Zweiten Weltkriegs verlorenen Europa, doch für die slawische Welt sieht es anders aus. Die neuen Nachbarn streben weniger unter das Dach des gemeinsamen historischen europäischen Hauses – die West-Ukraine vielleicht, nicht aber die Ost-Ukraine. Ich sehe allerdings die Entscheidung, vor der diese Länder stehen, nicht als eine zwischen Blöcken.

Statt von einem Zwei-Block-Europa würde ich von einem EU-Europa und einem Nicht-EU-Europa sprechen. Hier liegt auch der Grund für Befürchtungen in den östlichen Ländern: Manche Gruppen in den neuen Nachbarländern fürchten, dass der Westen auf dem ganzen Kontinent ein striktes EU-Rahmenwerk durchsetzen will. Die EU verhandelt mit Moskau, Minsk und Kiew nicht mehr nur über Wirtschafts-, sondern zunehmend auch über politisch-zivilisatorische Fragen.



Dabei irritiert es die östlichen Partner, dass ungleich kleinere Staaten wie Estland und Luxemburg bei diesen Verhandlungen durch die EU-Strukturen mehr Gewicht haben als sie selber. Partnerschaftliche Strukturen wie der Nato-Russland-Rat oder der NATO-Ukraine-Rat funktionieren nicht gut; die OSZE führt im Auftrag des Westens einen Demokratietransfer nach Osten durch, und der Europarat gilt als Inquisitionsapparat des Westens.

Vor diesem Hintergrund versucht Putin, die Pause im EU-Erweiterungsprozess für den Aufbau einer Ost-EU zu nutzen, die der eurasischen Welt institutionelles politisches Gewicht verleihen soll. Diese Ost-EU ist aber kein Block. Sie ist kein Sicherheitsbündnis und wird auch keines werden. Die Wiedervereinigung Russlands mit Belarus ist 1995 gescheitert, und die Wirtschaftsunion mit der Ukraine beruht nur auf der Schwäche Kutschmas gegenüber dem Westen. Noch vor wenigen Monaten lagen Russland und die Ukraine in einem heftigen Streit um die Insel Tuzla, und man spekulierte über eine Aufnahme der Ukraine in die NATO und die Stationierung von NATO-Truppen im Asowschen Meer – der gegenwärtige russisch-ukrainische Frieden ist also durchaus fragil.

Die Lage könnte sich dramatisch verändern, wenn Russland wieder imperiale Tendenzen entwickelt und seine Orientierung Richtung EU und Westen aufgibt, die Putin bisher in der Tradition Gorbatschows und Jelzins verfolgt. Dann erst haben wir in der Tat, wie Herr Tschaly gesagt hat, ein Zwei-Block-Europa – eine Katastrophe für die Ukraine, Weißrussland und Moldawien, die in eine Grauzone geraten würden.

Ich glaube aber, dass die EU zurzeit strategisch wichtige Schritte unternimmt, um die Entwicklung zu beeinflussen, und im Gegensatz zu Herrn Snyder sehe ich dabei durchaus einen geopolitischen Ansatz der Union. In mehreren Strategiepapieren hat die EU die Ukraine, Moldawien, und Weißrussland als nahes Ausland der EU bezeichnet – Länder, die aus russischer Sicht das nahe Ausland Russlands bilden. Sie hat Russland entgegen dessen massiven Interessen daran gehindert, eine Friedenslösung für Transnistrien in Moldawien durchzuführen, als sie den Plan des stellvertretenden Chefs der russischen Präsidentschaft Dmitri Kosak zum Scheitern brachte. Die EU ist stark genug, dies zu tun, und verdrängt im Verein mit den USA Russland auch als Friedensmacht in Georgien immer stärker. Die EU will Russland nicht herausfordern, dazu reichen ihre Kräfte nicht aus. Die EU will aber imperiale Tendenzen verhindern und Russland vielmehr in eine gemeinsame pluralistische Sicherheitspolitik in Europa einzubinden versuchen.

Das macht die russische Ost-EU zu einer attraktiven Alternative

Zurzeit entwickelt sich die EU zu einem geopolitischen Akteur

Wer durch die Straßen Lembergs geht,
kann sich wohl kaum vorstellen,
dass in 15 Jahren die ostanatolischen Dörfer
zur EU gehören werden und Lemberg nicht.

Rahr

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Wer durch die Straßen Lembergs geht, das eine durch und durch europäische Stadt ist, kann sich wohl kaum vorstellen, dass in 15 Jahren die ostanatolischen Dörfer zur EU gehören werden und Lemberg nicht!

Kozhokin

Keine der russischen Allianzen ist ein »Block«

Ich bestreite, dass man irgendeine der supranationalen Organisationen, in denen Russland Mitglied ist, wirklich einen Block nennen kann. Russland ist Mitglied einiger regionaler Organisationen. Als Erstes sollte hier die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Erwähnung finden. Im Kern ist die GUS ein Forum, in dem die nationalen Oberhäupter der Mitgliedsstaaten die dringendsten und grundlegenden Herausforderungen ihrer jeweiligen Länder diskutieren. Wir können keine Parallelen zwischen der GUS und der EU und der NATO ziehen, da die GUS keine der EU und der NATO vergleichbaren Strukturen und Mechanismen der Implementierung besitzt. Es gibt eine Vertragsorganisation für kollektive Sicherheit (ODKP), die Russland, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan umfasst; diese ist die einzige Organisation, die eine explizite militärische Dimension besitzt, aber als militärischer Verbund wiederum sehr speziell ist. Belarus, zum Beispiel, ist zwar ein neutraler Staat, aber belarussische Behörden sind nicht befugt, belarussische Truppen irgendwohin ins Ausland zu schicken. Belarussische Soldaten beteiligen sich nicht einmal an Friedenseinsätzen. Zusammen mit den vier zentralasiatischen Ländern und China ist Russland Mitglied der Shanghai-Cooperation Organisation. Diese Organisation kann kaum als ein militärischer Verbund angesehen werden. Vielmehr widmet sie sich den Problemen des Kampfes gegen den Terrorismus. Die Central Asian Cooperation Organisation umfasst Russland und alle zentralasiatischen Länder außer Turkmenistan. Erst in diesem Jahr ist Russland Mitglied dieser Organisation, die sich v.a. der Lösung wirtschaftlicher und ökologischer Probleme verschrieben hat, geworden.

Schlögel

Europa wird bestimmt von der Wiederkehr
historischer Räume ...

Auch mir scheint das Bild Europas als zweigeteilter Block völlig unzulänglich, und zwar weil sich seit 1989 viel Gravierenderes ereignet hat als der Aufbau eines EU- und eines Nicht-EU-Raums. Das Bemerkenswerte ist die Wiederkehr geschichtlicher Regionen, großer historischer Räume von eigener Kohäsion, die viel älter sind als das 20. Jahrhundert. Da ist etwa der Ostseeraum und das Baltikum, da sind Mitteleuropa oder der Raum um das Schwarze Meer herum. Nicht Polarität, sondern Polyzentrik ist der Begriff, mit dem man die Tendenz der Veränderungen in Europa beschreiben kann.



Wichtiger als die Ausarbeitung politischer Strategien scheint mir darum die Vergegenwärtigung dessen, was Europa eigentlich ist. Wenn man den Mut zu dieser gewissermaßen antipolitischen Sicht aufbringt, erkennt man, dass Europa viel weiter ist, als immer beklagt wird. Auf der Ebene der Mobilität, der Kooperation und der millionenfachen Grenzübertritte ist in den letzten 20 Jahren so viel mehr passiert, als die gängigen politischen Statements konstatieren. Lemberg etwa, das ich vor 40 Jahren zum ersten Mal überhaupt und vor 20 Jahren zum ersten Mal mit Bewusstsein gesehen habe, war damals das Ende der Welt, sozusagen eine Hauptstadt der europäischen Provinz. Inzwischen ist die Stadt in eine Vielzahl von Beziehungen eingewoben, denen Beschreibungen wie »innerhalb« oder »außerhalb« der EU überhaupt nicht gerecht werden.

Neben dem Comeback historischer Regionen gehört dazu auch die Wiederkehr alter Achsen im Zeitalter der Globalisierung. Wie nichts sagend der Globalisierungsbegriff auch sein mag, es haben sich doch in den letzten 10 Jahren unzweifelhaft große dynamische Korridore entwickelt, die Europa gravierend verändern, ohne Rücksicht auf nationalstaatliche Territorien zu nehmen. Moskau ist heute eine Global City, nicht einfach eine europäische Stadt! Von Berlin über Warschau nach Minsk und Moskau erstrecken sich metropolitane Korridore, in denen ein ganz eigenes Tempo und ein eigener Lifestyle existieren. Auf das neue Netzwerk von Regionen und Achsen kann man viel mehr vertrauen, als uns die Strategiepapiere und Maßnahmenkataloge der Politiker glauben machen. Es passiert so unglaublich viel mehr zwischen Warschau und Berlin und Minsk, zwischen Petersburg und Helsinki, zwischen Riga und Stockholm, zwischen Odessa und Istanbul als die Rede von Nationalstaaten, von der Europäischen Union und von anderen politischen Organisationen erkennen lässt. Der Umformungsprozess Europas spielt sich in tieferen Schichten ab.

Botschafter Boag, Sie sind seit sechs Wochen in Kiew und haben noch einen frischen Blick auf die Beziehungen der EU zur Ukraine. Wo laufen die entscheidenden Transformationen ab?

Bei einem Treffen mit Ministerpräsident Janukowitsch und einer Gruppe von Botschaftern wurde mir klar, dass Romano Prodis Äußerung über eine zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine in der nationalen politischen Diskussion ein Eigenleben entwickelt hat. Aber unabhängig davon, was Herr Prodi gesagt oder nicht gesagt hat: Die EU-Verträge besagen eindeutig, dass jedes europäische Land sich

... und großer dynamischer Korridore

de Weck

Boag

Was immer Prodi gesagt hat:
Jedes europäische Land kann sich um
eine EU-Mitgliedschaft bewerben

Unentschlossenheit sehe ich
vor allem in der Ukraine selbst.

Erler



um eine Mitgliedschaft bewerben kann und dass die Kopenhagener Kriterien festlegen, was die Bewerber tun müssen.

Die Frage einer ukrainischen Mitgliedschaft ist eine Frage großer politischer Visionen und hat wichtige geostrategische Konsequenzen. Während ihrer gesamten Geschichte aber hat die EU ihre – sehr mutige – politische Vision durch einzelne wirtschaftliche und technische Schritte umgesetzt. Darum wurde die jüngste Erweiterung nicht von politischen Willenserklärungen begleitet, sondern von Verhandlungen über die 80.000 Seiten des *acquis communautaire*. Und deshalb hält die Europäische Kommission den Aktionsplan im Rahmen der Nachbarschaftspolitik für wichtiger als philosophische Diskussionen über die europäische Natur der Ukraine. Dieser Aktionsplan ist das Schlüsseldokument, das uns bei unserer Bemühung um engere Beziehungen von A nach B bringt. Vielleicht finden unsere ukrainischen Partner es nicht sehr sexy, weil ihm die geopolitischen Perspektiven fehlen; aber unsere zukünftigen Partner müssen sich unserer technizistischen, bürokratischen und innenpolitisch orientierten Herangehensweise anpassen.

Die Ukraine muss deutlich machen, dass
sie der EU beitreten will. Sie muss ihren ...

Wenn unsere ukrainischen Partner wie etwa Herr Tschaly sich darüber beschweren, dass die Botschaft der EU unklar ist, möchte ich das Argument gegen sie wenden: Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments hat gestern den Sprecher des ukrainischen Parlaments daran erinnert, dass die Ukraine zwischen einer Zollunion im Rahmen des von Russland aufgebauten Einheitlichen Wirtschaftsraums und der EU-Mitgliedschaft schwankt. Letztlich werden Sie sich für eine Option entscheiden müssen. Beide zu verfolgen mag eine Zeit lang eine gute Taktik sein. Eine klare Botschaft sendet man damit allerdings nicht.

Erler

Ich stimme Herrn Boag zu: Das Abschreiten einer Klagemauer über die Unentschlossenheit der EU, das wir bei Herrn Hrytsak, Herrn Tschaly und Herrn Michailow erlebt haben, hat mich nicht überzeugt. Unentschlossenheit sehe ich vor allem in der Ukraine selbst.

... Schaukelkurs beenden und ihr
politisches System reformieren ...

Es stimmt doch nicht, dass sowohl Juschtschenko als auch Janukowitsch sich gleichermaßen nach Europa orientieren und ihre Politik danach ausrichten. Ich meine nicht nur technische Fragen oder den Beitritt zum Einheitlichen Wirtschaftsraum. Der ukrainische Präsident konnte bis heute den Vorwurf nicht ausräumen in einen Mord verwickelt zu sein, er ist Teil eines räuberischen Oligarchensystems und will die Verfassung ändern, weil er nicht mehr sicher ist, ein drittes Mal gewählt zu werden. Nun soll nicht mehr der Präsident die meiste Macht haben, sondern das Parlament, wo Kutschmas Mehrheit sicher ist. Die Wahl

wird der Verlierer auf jeden Fall für gefälscht erklären, und der kranke und entstellte Oppositionskandidat beschuldigt die Regierung eines Giftattentats. Da sehe ich keine Bemühungen um einen europäischen Standard und keinen kontinuierlichen proeuropäischen Konsens in der ukrainischen Politik.

Ganz anders sah es in den letzten 12 Jahren etwa in Polen aus. Dort hat alle 4 Jahre in demokratischen Wahlen die Regierung gewechselt. Jede neue Regierung hat wieder die proeuropäische Politik und die Bemühung um Erfüllung des *acquis communautaire* fortgesetzt und hat sich dafür prompt nach vier Jahren wieder abwählen lassen. Wo zeigt sich in der Ukraine eine solche Bereitschaft, eine unpopuläre Reformpolitik im überparteilichen Konsens durchzusetzen? Es fehlt jede Voraussetzung für einen Annäherungsprozess an die EU, nicht nur aus Sicht der europäischen Politik, sondern auch aus Sicht der europäischen Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund erscheint es mir schwierig, der EU mangelnde Entschlossenheit vorzuwerfen und von ihr konkrete Angebote zu verlangen.

Ich bestreite auch, dass die EU keine Strategie hat. Wie kann man das »Wider Europe«-Konzept und das Neue Nachbarschaftskonzept als »leere Worte« abqualifizieren und damit die einzige vorhandene Strategie zurückweisen? Das Neue Nachbarschaftskonzept mag »nicht besonders sexy« sein, wie Herr Boag sagte, aber es ist langfristig angelegt und wird auf lange Zeit das einzige Angebot bleiben. Es bietet der Ukraine ganz erhebliche Chancen, wenn sie sich nur entschließt, es anzunehmen und zu nutzen.

Die Ukraine wäre auch gut beraten, die Chancen zu ergreifen, die ihr Nachbarland Polen bietet. Polen entwickelt seit einigen Jahren eine Ostpolitik, weil es die Bedeutung der Ukraine kennt und vielfältige Beziehungen vor allem zur West-Ukraine hat. Man ist sehr bereit, die eigenen Erfahrungen mit dem Integrationsprozess weiterzugeben und bei der Umsetzung des Neuen Nachbarschaftskonzepts eine führende Rolle zu übernehmen. Die Ukraine sollte die Gelegenheiten nutzen, die sich ihr bieten, und sollte Europa eine klare Botschaft senden, statt sich in Klagen zu ergehen.

Seit Jahren fordere ich meine ukrainischen Gesprächspartner auf, sich nicht immer nur als Opfer geopolitischer Veränderungen zu sehen. Wie Belarus und Moldawien ist die Ukraine zum ersten Mal ein unabhängiges und freies Land. Alle drei Staaten sollten nun ihre Rolle als selbstständige Akteure annehmen. Das bedeutet auch die Bereitschaft, Verpflichtungen einzugehen und das gesellschaftliche und politische System zu reformieren. Denn solange es in diesen Ländern keine kom-

... wie Polen in den 1990er Jahren

Da die Nachbarschaftspolitik auf lange Zeit das einzige Angebot der EU bleiben wird ...

... sollte die Ukraine die Chancen dieses Angebots nutzen

Stüdemann



patiblen Strukturen und Institutionen gibt, ist Partnerschaft nur zwischen Personen möglich, und das bleibt immer etwas Subjektives. Die ukrainische Verfassungsreform ist ein Negativbeispiel. Sie tariert die Machtbalance neu aus, ignoriert aber die Frage der Machtkontrolle und leistet damit keinen Beitrag zum Aufbau eines politischen Systems, dessen Strukturen den unseren entsprechen.

Die Ukrainer kritisieren oft, dass die EU bei ihrem Land andere Maßstäbe als bei Russland anlege. Natürlich tun wir das, denn die Ukraine will auch mehr als Russland, nämlich die Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Strukturen.

Wenn die Ukraine die Gefahr sieht, zwischen zwei Blöcken zerrieben zu werden, so antworte auch ich zuerst einmal: Diese Blöcke existieren noch nicht. Immerhin, sie mögen im Entstehen begriffen sein, denn wir leben in einer dynamischen Welt. Wenn dem aber so ist und die Ukraine die Entstehung eines russischen Imperiums befürchtet, dann muss sie aktiv etwas dagegen tun. Stattdessen lässt die Regierung es zu, dass das Land von Russland wirtschaftlich unterwandert wird und dass der russische Präsident mit aller Deutlichkeit seine Präferenzen bei der Präsidentenwahl ausdrückt. Nicht die Europäische Union lässt die Ukraine im Stich, denn gerade der Aktionsplan der Neuen Nachbarschaftspolitik bietet ganz konkrete Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Vielmehr fehlt es hier an Mut zum selbstständigen Handeln. Statt des ewigen Machtkampfes braucht die Ukraine klare politische Konzepte und den Willen, sie konsequent umzusetzen.

Tschaly

Ihre Reaktionen zeigen, dass die Ukraine allen Grund hat, über die Inkonsistenz und die mangelnde Kooperationsbereitschaft der EU verärgert zu sein. Mir scheint, die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten wollen uns offensichtlich einfach nicht zuhören. Sie erkennen nicht an, dass die Ukraine als erstes Land der Weltgeschichte freiwillig ihr Atomarsenal aufgegeben hat und dass sie die einzige ehemalige Sowjetrepublik ist, deren politische Transformation ohne Blutvergießen und Gewalt ablief. Sie sehen nicht, dass wir trotz der negativen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum erreicht haben. Die europäischen Geschäftsleute, die zum Arbeiten hierher kommen, haben eine weniger ideologisch verzerrte Sicht unseres Landes.

Der EU-Aktionsplan, auf den Sie so stolz sind, ist unausgewogen, enthält keine substantiellen Verpflichtungen und widerspricht der sehr brauchbaren gemeinsamen Strategie gegenüber der Ukraine, die der Europäische Rat 1999 verabschiedet hat. Und wie rechtfertigen Sie es, Albanien dem Dossier des Erweiterungskommissars zuzuschlagen, nicht aber die Ukraine? Besonders gefährlich ist es,

Die Ukraine fürchtet Russland? Wieso lässt sie es dann ihre Wirtschaft unterwandern?

Weil der EU-Aktionsplan für die Ukraine einen Rückschritt bedeutet ...

Nicht nur Juschtschenko, auch Janukowitsch würde europäische Integration zu einer Priorität machen müssen.

Pidluska

Moldawien eine Beitrittsperspektive zu verweigern. Wenn Rumänien 2007 der EU beitrifft, werden die vielen Moldawier mit doppelter Staatsbürgerschaft dauerhaft in die EU umziehen, falls Moldawien keine EU-Perspektive hat. Auf diese Weise ist die DDR 1989 als Staat zusammengebrochen.

Die Ukraine muss jetzt ihre Zukunft in ihre eigenen Hände nehmen. Während wir uns bemühen, unsere Rolle als Brücke und Kommunikationszentrum zwischen dem östlichen und dem westlichen Block zu finden, tut die EU alles, um uns zu einem Pufferstaat zu machen. Sie können anscheinend überhaupt nur in den Kategorien »EU« oder »nicht EU« denken, und die Grenze verstehen Sie als Außengrenze und nicht als gemeinsame Grenze. Während die EU über Öffnung spricht, gebraucht sie ihre enorme Wirtschaftskraft, um Europa mit ihrer diskriminierenden Handelspolitik zu spalten.

Als früherer Botschafter im Europarat bin ich auch zutiefst skeptisch gegenüber der EU-Strategie in dieser einzigen existierenden echt paneuropäischen Organisation. Statt etwa die Menschenrechtsinstrumente des Europarats zu stärken, schafft die EU eine alternative Rechtsprechung durch ihre Verfassung und Verträge, die Rechtshilfe bei der Strafverfolgung zusichern. Ihre 25 Sitze nutzt die EU nun dazu, den Europarat vollständig zu kontrollieren. Das hindert uns daran, unsere Meinung auszudrücken und die Entscheidungen des Europarats zu beeinflussen.

Ich habe bewusst über Probleme und Herausforderungen gesprochen. Tatsächlich glaube ich aber, dass die EU-Erweiterung langfristig mehr Gutes als Schlechtes bringen wird. Und ich hoffe, immer noch, dass die EU nach einem eventuellen Sieg Juschtschenkos diesen Triumph der Demokratie mit einer deutlichen Botschaft und echten Verpflichtungen beantworten wird.

Die Kritik der Opposition an der Verletzung demokratischer Prinzipien in der Ukraine ist zum großen Teil berechtigt. Aber ich bin sicher, auch nach den Wahlen wird die Sonne wieder aufgehen und wir werden die Ergebnisse akzeptieren. Die EU wird ebenso wie die OSZE feststellen, dass demokratische Standards verletzt wurden, dass die Verletzungen aber die Ergebnisse nicht entscheidend beeinflusst haben.

Darum ist es wichtig, dass die europäische Integration, wie Herr Tschaly sagte, unabhängig von der Person des Präsidenten das strategische Ziel der Ukraine bleiben wird. Natürlich sind die Politiker und Bürger unterschiedlicher Meinung, was Integration bedeutet und welche Aspekte davon wünschenswert sind. Aber nicht nur Juschtschenko, auch Janukowitsch würde europäische Integration im Sinn

... muss die Ukraine ihre eigene Rolle als Brücke zwischen Ost und West suchen

Die EU benutzt den Europarat für ihre Zwecke

Pidluska

Auch Janukowitschs Hintermänner wollen die europäische Integration



engerer Verbindungen auf praktischer Ebene zu einer Priorität machen müssen. Die ökonomischen Interessen seiner Unterstützer liegen in der EU. Diese Leute wollen die Aktien ihrer Unternehmen an den internationalen Börsen gehandelt sehen; sie wollen, dass ihre Firmen expandieren und dass ihre Kinder im Ausland studieren. Deshalb haben sie kein Interesse daran, im Ghetto des letzten autoritären Regimes Europas marginalisiert zu werden.

Hrytsak
In Westeuropa interessiert sich
niemand für die Ukraine ...

Natürlich muss die Ukraine ihre eigenen Probleme lösen. Doch das Ausland könnte viel tun, um den beklagenswerten Zustand unserer politischen Landschaft zu ändern. Das geschieht nicht, weil in ganz Westeuropa ein überwältigendes Desinteresse gegenüber der Ukraine herrscht. Ich will das mit einer Geschichte über die Medien illustrieren. Zum Beginn des Wahlkampfs um die Präsidentschaft im April wandte sich Viktor Juschtschenko an den Herausgeber der führenden polnischen Tageszeitung Gazeta Wyborcza, Adam Michnik. Juschtschenko bat ihn um Hilfe bei dem Versuch, Zugang zu den europäischen Zeitungen zu bekommen. Er fürchtete, sonst würden die Ereignisse in der Ukraine unbeachtet bleiben. Deshalb schlug er vor, gemeinsam mit Michnik einen Brief an die führenden europäischen Zeitungen zu schreiben. Michnik nannte es zu Recht eine traurige Ironie, dass der aussichtsreichste Kandidat für die Präsidentschaft des größten mitteleuropäischen Landes die Unterstützung eines Zeitungsherausgebers braucht, um einen Brief veröffentlichen zu lassen. Nachdem der Brief in »El Pais« erschienen war, meldeten sich aber weder »Le Monde« noch »Die Welt« bei Juschtschenko, um ein Interview zu führen.

Herr Erler ist einer der besten Ukraine-Kenner unter den Politikern. Aber auch er hat mit seiner Forderung nach einer Zusammenarbeit der Ukraine mit polnischen Politikern übersehen, dass diese Kooperation schon lange stattfindet. Seit mehr als 15 Jahren stehen wir im Dialog miteinander; aber das interessiert außerhalb Polens kaum jemanden.

... und niemand hat eine Vision
für die Zukunft Osteuropas

Das Desinteresse an der Ukraine in weiten Teilen EU-Europas geht Hand in Hand mit einem Mangel an politischen Visionen. Die aktuellen Ideen über eine polnisch-ukrainische Kooperation hat im Wesentlichen ein einziger Visionär entwickelt, der polnische Intellektuelle Jerzy Giedroyc. Während seines Exils in Paris in den 1940er Jahren hat er die Idee entwickelt, dass Polen und die Ukraine in einer strategischen Partnerschaft Osteuropa reformieren. Welcher EU-Politiker ist in der Lage, eine ähnliche Vision für die Osterweiterung der Union zu entwickeln? Der polnische Außenminister Cimoszewicz hat kürzlich ein eindrucksvolles Bild

Wir brauchen einen geduldigen Dialog mit der belarussischen Administration.

Wolski

der polnischen Außenpolitik in der globalisierten Welt nach dem 11. September 2001 gezeichnet, mit einer polnischen Sonderrolle in der transatlantischen Zusammenarbeit und einem starken Fokus auf die Ukraine. Auch Adam Michnik kann Visionen entwerfen. Aber in der EU und in den westlichen Medien sehe ich niemanden, der sich ausreichend für Osteuropa interessiert und gleichzeitig die intellektuelle Kapazität besitzt, eine langfristige Vision für die Ukraine zu entwickeln und für sie zu kämpfen.

Ganz sicher braucht die EU Visionen und langfristige Strategien für Osteuropa. Vielleicht verbessern sich die Chancen dafür durch den Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten und vor allem Polens. Die erweiterte EU ist erst fünf Monate alt. Ich halte es nicht für unmöglich, dass die Repräsentanten der 25 Mitgliedsstaaten etwas Sinnvolles zustande bringen, wenn sie sich zusammensetzen und die polnischen Erfahrungen nutzen.

Das gilt nicht nur für die Ukraine. Auch Belarus ist ein sehr wichtiger Nachbar für Polen – aus drei Gründen. Erstens sind etwa 600.000 Polen belarussische Bürger. Zweitens haben wir eine belarussische Minderheit in Polen, polnische Bürger, die ihre belarussische Sprache und Kultur bewahren. Drittens will Polen ein demokratisches und offenes Belarus, weil demokratische Nachbarn freundliche Nachbarn sind. Darum hat das polnische Parlament vor einigen Wochen eine Resolution über die Bedeutung fairer Wahlen in Belarus angenommen.

Polens Perspektive auf Belarus und die Ukraine ist natürlich eine andere als die unserer europäischen Partner in Lissabon oder Athen, denen die geographische Nähe ebenso fehlt wie die engen historischen Verbindungen. Doch die EU kann von den polnischen Erfahrungen und Beziehungen profitieren, wenn sie ihre Strategie entwickelt – eine Strategie, die wir dringend brauchen und die alle 25 Mitgliedsstaaten gemeinsam ausarbeiten müssen.

Ich möchte drei mögliche Aspekte einer solchen Strategie nennen. Erstens sollte Bildung im weiteren Sinne eine Priorität sein. Über die belarussischen Universitäten, Schulen und Medien müssen wir versuchen, nicht nur die Eliten zu erreichen, sondern weitere Teile der Gesellschaft. Zweitens müssen wir die Zivilgesellschaft in Belarus fördern, die zu einem großen Teil von der staatlichen Autorität abhängig ist. Dazu brauchen wir, drittens, einen geduldigen Dialog mit der belarussischen Administration. Polen hat in diesem Bereich Erfahrungen gesammelt und ist bereit, seinen Teil zum von Herrn Yeudachenka vorgeschlagenen umfassenden Dialog zwischen der EU und Belarus beizutragen.

Wolski

Die neuen Mitgliedsstaaten vertreten eine aktivere Politik gegenüber Osteuropa

Polen befürwortet einen Dialog mit der belarussischen Administration

Yeudachenka

Belarus wünscht einen Dialog ...

Herr Erlar und Herr Stüdemann verlangen, dass Belarus, die Ukraine und Moldawien als Vorbedingungen für Gespräche die gesamten Normen und Standards der EU übernehmen. Herr Wolski hat eine Alternative vorgeschlagen: Statt nur abzuwarten, ob unsere Länder sich diesen Werten anpassen, kann die EU uns im Transformationsprozess unterstützen. Weil unsere Länder unterschiedliche Geschichten haben, ist es nur natürlich, dass wir uns in verschiedenen Stadien der Entwicklung der Demokratie befinden. Sieben Jahre Isolation haben im Fall von Belarus nicht viel geholfen, oder?

Die ungleichen Maßstäbe der EU enttäuschen Belarus ebenso sehr wie die Ukraine. Belarus hat mehr konventionelle Waffen vernichtet als die meisten anderen europäischen Nationen zusammengenommen. Sollten wir dafür nicht ein wenig Anerkennung erhalten?

... der auch für die Union
Früchte tragen könnte

Auch für die EU wäre ein gewisses Maß an Zusammenarbeit nützlich – vielleicht sogar unverzichtbar. Wenn die EU Atomkraftwerke in Litauen und in der Ukraine effektiv gegen Terroristen schützen möchte, muss sie mit Belarus kooperieren. Es genügt nicht, enorme politische und finanzielle Ressourcen in die Schließung von Ignalina und in den Schutz des havarierten Reaktors in Tschernobyl zu investieren, weil beide Reaktoren praktisch an der Grenze liegen. Belarus ist auch als Partner bei der Kooperation mit Russland im Energiebereich unverzichtbar. 50 Prozent des russischen Öls und 25 Prozent des russischen Gases für Westeuropa fließen über belarussisches Gebiet. In diesem und anderen Bereichen würde eine Politik der Einbeziehung gegenüber Belarus praktische Verbesserungen erlauben, während eine Politik der Exklusion mögliche Fortschritte nur um weitere 10 Jahre verschieben würde.

Michailow

So wichtig ein ehrlicher und offener Dialog sein mag: Es bleibt letztlich fruchtlos, sich gegenseitig mangelndes Verständnis und mangelnde Reformfähigkeit vorzuwerfen. Das wahre Problem ist gleichzeitig spezifischer und grundsätzlicher.

Belarus kämpft darum, sein totalitäres Vermächtnis zu überwinden. Deshalb verlangt Herr Stüdemann zu viel, wenn er fordert, wir sollten sofort vollwertige autonome Akteure der internationalen Politik werden. Wir können unsere neue Rolle noch nicht richtig spielen. Gerade ein Deutscher sollte das verstehen. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Westmächte Deutschland nicht mit der Ermutigung allein gelassen, selbst seinen Weg zu finden. Die USA haben den Marshallplan erfunden, um Deutschland bei der Überwindung der Folgen seines totalitären Regimes zu helfen.

Belarus kann seine totalitäre Vergangenheit
nicht aus eigener Kraft überwinden



Herr Erler, ich wollte Ihnen nicht zu nahe treten, als ich die EU-Nachbarschaftspolitik skeptisch beurteilt habe. Aber angesichts der Umstände in Belarus muss ich darauf bestehen, dass die EU ihre alten Konzepte nicht unverändert umsetzt. Sie muss diese Konzepte gemeinsam mit neuen Mitgliedsstaaten wie Litauen und Polen überarbeiten, die die belarussische Situation besser verstehen. Wenn die Konzepte keiner Verbesserung bedürfen, wie kann es dann sein, dass sich die Situation in Belarus so rapide verschlechtert?

Als wir vor 12 Jahren in meinem Land diskutierten, ob die EU oder Estland sich zuerst bewegen sollten, habe ich die Position vertreten, die Herr Erler heute einnimmt. Ich bin heute so überzeugt wie damals, dass die EU ein Land akzeptieren wird, das die nötigen Schritte unternimmt. Umgekehrt wird kein Bewerber aus politischen Gründen akzeptiert oder weil man ihm etwas schuldet, solange er nicht praktische Verbesserungen vorweisen kann.

Visafreiheit ist ein praktisches Beispiel. Wir mussten hart arbeiten, um eine sichere Grenze aufzubauen. Aber der Lohn war die Aufhebung der Visapflicht. Es bringt nichts, unsere Einstellungen gegenüber der Ukraine zu diskutieren, solange die Ukraine nicht konkrete Verbesserungen vorweisen kann. Es ist auch Zeitverschwendung, über ungleiche Maßstäbe zu lamentieren. Ungleiche Maßstäbe gibt es nun einmal – damit zu leben gehört zum Leben jedes Erwachsenen. Keine Beschwerde hat hieran jemals etwas geändert.

Das Ziel der EU muss es nun sein, sich auf einen möglichen Sieg Juschtschenkos vorzubereiten. Als Saakaschwili Präsident Georgiens wurde, fragte ich im außenpolitischen Ausschuss des europäischen Parlaments den italienischen Außenminister Frattini: Donald Rumsfeld macht gerade seinen Antrittsbesuch bei Saakaschwili, wann fährt ein EU-Vertreter dorthin? Frattini antwortete: Nicht bevor wir mit unseren russischen Freunden gesprochen haben. Diesem Muster sollten wir in der Ukraine nicht folgen.

Die gute Nachricht ist: Am Ende des Tunnels leuchtet Licht. Denn die neuen EU-Mitgliedsstaaten haben andere Prioritäten. Als der Generaldirektor für Erweiterung, Eneko Landáburu, im außenpolitischen Ausschuss zwei Fragen zur Ukraine hintereinander gestellt bekam, sagte er: »Die Ukraine habe ich bereits erwähnt.« Das war die falsche Antwort. Die nächsten 17 Fragen kamen von Polen, Tschechen und Ungarn und hatten die Ukraine zum Thema. Das Bewusstsein für die Ukraine in der EU ist viel größer geworden, und das Land hat viel mehr Freunde als zuvor. Aber diese Freunde können nichts für die

Ilves

Die Ukraine muss die ersten Schritte tun, etwa im Bereich der Visafreiheit ...

... und die EU muss angemessene Reaktionen auf diese Schritte vorbereiten

Durch die Erweiterung hat Osteuropa viele neue Freunde in der EU gewonnen

Moldawien hat einige seiner Märkte verloren –
es wäre gut, zumindest den Status quo
vor der Erweiterung wieder herzustellen.

Braghis



Ukraine tun, solange das Land nicht selbst einige Fortschritte erzielt – wir sind eben Politiker.

Mein letzter Vorschlag für die osteuropäischen Länder ist, mehr über die Mitgliedschaft in der NATO als in der EU nachzudenken. Dort sind die Standards für Demokratie, Korruption und ähnliche Bereiche niedriger. Die Türkei ist schon eine Weile NATO-Mitglied. Vielleicht könnte die NATO-Mitgliedschaft ein erster Schritt in Richtung EU-Integration sein.

Braghis

Moldawien ist froh, dass durch die Erweiterung Länder wie Polen, Tschechien oder die Slowakei in die EU gekommen sind. Sie verstehen unser Land sehr gut. Die Erweiterung hat fast alle wichtigen politischen Parteien in Moldawien dazu gebracht, die europäische Integration zu ihrem strategischen Ziel zu erklären – auch wenn das bei den Kommunisten reine Rhetorik sein mag.

Länder wie Moldawien haben Märkte
in den neuen Mitgliedsstaaten verloren

Eine weniger angenehme Konsequenz ist, dass Moldawien einige seiner Märkte in Polen, Tschechien und Ungarn verloren hat. In Rumänien und Bulgarien steht uns das gleiche bevor. Wir haben im Austausch dafür fast nichts bekommen, und die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen sind ohne Ergebnis geblieben. Darum hat sich unsere Abhängigkeit von der GUS vergrößert. Es wäre für Moldawien und vermutlich auch für die EU gut, zumindest den Status quo vor der Erweiterung wieder herzustellen.

Rahr

Wenn Osteuropa die Nachbarschaftspolitik
zurückweist, wird sich die EU möglicherweise
auf den Kaukasus konzentrieren

Die entschiedene Ablehnung der EU-Nachbarschaftsstrategie durch die Präsidenten der Ukraine und Belarus' könnte zu einer Umorientierung der europäischen Integration führen. Vielleicht wird Europa nicht weiter in der Weise in östlicher Richtung zusammenwachsen, die Herr Schlögel so eindringlich geschildert hat. Stattdessen könnte die EU der amerikanischen Forderung nachgeben, sich mehr in Richtung Kaukasus zu orientieren. Dort nämlich kommt die Nachbarschaftsstrategie bereits zum Tragen, und zwar nicht im Sinne eines neuen Wertesystems, sondern im Sinne sicherheitspolitischer Überlegungen.

Georgien beispielsweise hat sich durch die friedliche Revolution entscheidend verändert, und auch im übrigen Kaukasus erleben wir wichtige geopolitische Veränderungen. So kritisieren zum Beispiel einige südkaukasische Länder im Europarat mittlerweile Belarus wegen seiner demokratischen Mängel. Die Europäische Union denkt über einen Kaukasus-Stabilitätspakt nach und ist aus sicherheitspolitischen Gründen vermutlich auch durchaus bereit, dafür Geld aufzuwenden.



Der polnischen Ukraine-Politik der letzten 10 Jahre fehlt die Standhaftigkeit, zumindest im Bereich der wirtschaftlichen Transformation. Für grundlegende wirtschaftliche Reformen in der Ukraine gab es ein »Fenster der Gelegenheit« in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Die polnischen Politiker und das Außenministerium haben jedoch nicht genügend Druck ausgeübt und stattdessen die Ukraine mehr oder wenig bedingungslos unterstützt. Giedroyc' Vision einer strategischen Partnerschaft zwischen Polen und der Ukraine hat das Urteilsvermögen unserer Politiker eingetrübt. Statt sich an dieser emotional verführerischen Idee festzuklammern, hätte sich die polnische Politik auf ihre Grundlagen besinnen und echte marktwirtschaftliche Reformen fordern sollen. Die Opportunitätskosten schwieriger innenpolitischer Reformen mögen als Entschuldigung für die polnische Politik gegenüber den östlichen Nachbarn dienen. Der Beitritt zur EU eröffnet Polen und anderen neuen Mitgliedsstaaten jedoch eine neue Chance, ihre Transformation zu vervollständigen und deutlicher auf Reformen in den Nachbarländern zu drängen, besonders in der Ukraine und Belarus. Wenn wir eine solche Richtschnur für unser Handeln einmal aufgestellt haben und verfolgen und nicht beim kleinsten Widerstand wieder davon abweichen, dann ist es nicht mehr so wichtig, wer die Wahlen in der Ukraine gewinnt.

Giedroyc' Erkenntnis, dass eine stabile und wohlhabende Ukraine für Polen von hoher Bedeutung ist, erfährt ihre Ergänzung durch Brzezinskis Definition der Ukraine als »stabilisierender« Faktor gegenüber einer expansionistischen russischen Außenpolitik in Europa. Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung. Die Ukraine ist viel zu wichtig, als dass sie von einer erweiterten und auf ihre interne Integration fixierten EU vernachlässigt werden dürfte. Eine neue EU-Politik sollte daher eher früher als später eine Perspektive für eine Mitgliedschaft der Ukraine entwickeln, selbst wenn es eine langfristige Perspektive wie im Falle der Türkei sein sollte. An einer solchen Beitrittsperspektive könnten sich auch andere Staaten der ehemaligen Sowjetunion orientieren, wenn sie eine engere Integration mit der EU verfolgen. Gelingt die Formulierung einer solchen Beitrittsperspektive nicht, würden die Interessen einzelner Mitgliedsstaaten oder sogar einzelner politischer Parteien in der Nachbarschaft der EU miteinander konkurrieren. Als Ökonom bin ich ein Verfechter von Wettbewerb in der Wirtschaft, aber als Pole und unter Berücksichtigung der europäischen Geschichte würde ich eine Rückkehr zu einer Politik der Einflussphären in der Nachbarschaft der EU nicht begrüßen.

Antczak

Polen muss die EU-Erweiterung nutzen, um Reformen in der Ukraine einzufordern

Die Ukraine ist zu wichtig, um sie zu vernachlässigen

de Weck Wir haben heute morgen das Verhältnis der EU zu ihren neuen Nachbarn auf verschiedenen Ebenen beleuchtet. Dabei haben wir etwa die historische Ebene mit der ganz handfesten und gelegentlich technokratischen Ebene der praktischen Politik konfrontiert. Dem Wunsch nach Strategien und Visionen stand die Erfahrung des langsamen und mühseligen europäischen Zusammenwachsens gegenüber, die die Geschichte der EU bestimmt. Unsere Diskussion hat die Ebene der Bilder in den Blick genommen – Bilder voneinander, Bilder des Trennenden und Bilder des Verbindenden. Und wir haben gesehen, wie bei der Frage der Integration die an das 19. Jahrhundert gemahnende machtpolitische Ebene ins Spiel kommt: Geht man eher zum einen oder zum anderen? Diese verschiedenen Ebenen haben sich manches Mal berührt, sie lagen manchmal parallel und standen mitunter quer zueinander. Diese Kombination hat Blickwinkel eröffnet, die sich auf einer einzigen Ebene nicht ergeben können.

II. Instrumente und Ziele der EU-Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Kommission hat im Mai 2004 ihr Strategiepapier zur »Europäischen Nachbarschaftspolitik« bekannt gegeben, die auch im Entwurf der europäischen Verfassung verankert ist. Diese Strategie bildet den Rahmen für die Beziehungen der Union zu ihren neuen Nachbarstaaten im Osten ebenso wie zu südlichen Nachbarn wie Marokko. Wie sollte diese Nachbarschaftspolitik konkret ausgestaltet werden?

Jakub Wolski wird zunächst als Staatssekretär im polnischen Außenministerium die Vorstellungen eines wichtigen neuen Mitgliedsstaates darlegen; dann ergänzt Ian Boag als neuer Delegationsleiter der EU-Kommission in der Ukraine, Moldawien und Belarus die Sicht der Kommission. Nach der Diskussion über die Instrumente der Nachbarschaftspolitik wird mit Wolfgang Schäuble der wohl profilierteste Außenpolitiker der CDU eine grundsätzliche Erörterung der Natur und Richtung der europäischen Integration eröffnen.

Als neues EU-Mitglied ist Polen sich vollkommen klar darüber, dass ein nächster Erweiterungsschritt ein langfristiges Projekt ist und die endgültigen Grenzen der Union eine offene Frage bleiben. Wir sind aber entschlossen, diejenigen unserer Nachbarn nicht zu vergessen, die erst einmal außerhalb der EU-Familie bleiben. Wir sind der EU nicht beigetreten, um uns von den osteuropäischen Ländern zu distanzieren, sondern um deren Integration in die EU voranzutreiben. Die Stabilität in den östlichen Nachbarländern zu fördern ist auch im Interesse der EU und der transatlantischen Gemeinschaft, die Verbündete in ihrem Kampf gegen den Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und das organisierte Verbrechen braucht. Deshalb meinen wir, dass die EU einer klaren und kühnen Vision und effektiver Konzepte für eine praktische Zusammenarbeit mit Osteuropa bedarf.

Um eine aktive und verantwortliche Rolle bei der Schaffung und Umsetzung einer Östlichen Dimension der EU-Außenpolitik zu übernehmen, hat Polen im Juli 2003 ein Non-Paper vorgestellt, das einige Grundziele und -prinzipien skizziert.

Die osteuropäischen Länder stehen wegen ihrer gemeinsamen Geschichte und gegenseitigen ökonomischen und politischen Abhängigkeit vor gemeinsamen Herausforderungen. Die EU braucht darum eine umfassende, spezifisch auf ihre östlichen Nachbarn zugeschnittene Politik. Diese Östliche Dimension der EU würde die Nördliche Dimension ergänzen und könnte die in diesem Kontext gemachten Erfahrungen nutzen. Um Synergien zu schaffen, sollte die EU ihre Akti-

de Weck

Wolski

Referat

Polen ist der EU beigetreten, um die Integration Osteuropas zu fördern

Die EU braucht eine umfassende Osteuropa-Strategie: eine Östliche Dimension, die ...



... einen gemeinsamen Raum politischer und wirtschaftlicher Kooperation etabliert ...

vitäten mit anderen Strukturen und Organisationen koordinieren und die Einbeziehung internationaler Finanzinstitutionen und privaten Kapitals erleichtern.

Der Aufbau eines gemeinsamen Raums politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit im »Wider Europe« wäre das mittelfristige Ziel dieser Politik, ohne aber die endgültige Form der Integration zu präjudizieren. Die Möglichkeit – nicht das Versprechen – einer EU-Mitgliedschaft könnte ein wichtiger Anreiz für die politischen Eliten und die Gesellschaften in der Ukraine und in Moldawien sein, demokratische Reformen voranzubringen. Das gilt auch für ein verändertes Belarus.

Um effizient mit ihren Nachbarn zusammenzuarbeiten, muss die EU unserer Meinung nach ihre Politik auf die jeweiligen Regionen, den Willen der Länder zur Zusammenarbeit und ihre Fortschritte im Transformationsprozess abstimmen. Dafür steht eine große Bandbreite von konkreten Schritten, Instrumenten und Institutionen zur Verfügung.

... Initiativen im Bereich neue Medien, lokale Regierung und Bildung umfasst ...

Zunächst zu den Handlungsfeldern: Die EU sollte Initiativen im Bereich neue Medien, lokale Regierung, europäische Erziehung – hier vor allem persönliche Kontakte für junge Führungspersönlichkeiten – und grenzüberschreitende und regionale Kooperation fördern.

... das TACIS-Programm nutzt und neue Fonds und Stipendienprogramme schafft ...

Zweitens, EU-Programme: Die Union sollte das TACIS-Programm und das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument nutzen, um demokratische und wirtschaftliche Reformen und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zu fördern. Polen schlägt auch die Schaffung neuer EU-Instrumente vor, insbesondere die eines Europäischen Zivilgesellschaftsfonds zur Förderung demokratischer Werte und der Zivilgesellschaft in Osteuropa. Um den osteuropäischen Akteuren das für den Transformationsprozess nötige Wissen zu vermitteln, schlagen wir ein europäisches Stipendien- und Praktikaprogramm vor, das Kontakte zwischen Gleichaltrigen erleichtert. Die EU sollte die Initiativen von NGOs in der Region stark unterstützen. Sie setzen aktiv zivilgesellschaftliche Projekte um und sind erfahren, flexibel und politisch unabhängig. Die finanzielle Unterstützung nationaler und europäischer Institutionen erlaubt es ihnen, ihre Arbeit auszudehnen. Effizienter kann die EU ihr Geld kaum einsetzen.

... sich auf bilaterale und trilaterale Initiativen stützt ...

Drittens, bilaterale und trilaterale Initiativen: Zusammen mit seinen russischen und litauischen Partnern bereitet Polen trilaterale Nachbarschaftsprogramme für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Ukraine und mit Belarus für die Jahre 2004–2006 vor. Wir halten es für eminent wichtig, dass der polnische Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz kürzlich gemeinsam mit

Die Nachbarschaftspolitik soll verhindern, dass die neuen Grenzen der EU neue Trennlinien werden.

Boag

dem deutschen Außenminister Joschka Fischer den EU-Kollegen Vorschläge zur Fortentwicklung der Beziehungen zur Ukraine gemacht hat.

Viertens, Kooperation und Konditionalität. Wir sprechen uns dafür aus, den politischen und sicherheitspolitischen Dialog zu fördern und die wirtschaftliche Integration zwischen der EU und der Ukraine zu stärken. Die EU sollte den ersten Schritt machen, indem sie die Ukraine als Marktwirtschaft anerkennt. Dann gilt es, eine Freihandelszone auszuhandeln und aufzubauen. Die Möglichkeit der EU-Mitgliedschaft ist unverzichtbar für die Eröffnung einer europäischen Perspektive für die Ukraine. Aber die Integration muss von ukrainischen Reformfortschritten abhängig gemacht werden, zum Beispiel bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Auf diese Weise hängen die Beziehungen der Ukraine zur EU von ihren internen politischen und wirtschaftlichen Reformen ab. Die EU-Mitgliedsstaaten, auch Polen, sollten bei diesem Prozess helfen, aber es bleibt vor allem die Verantwortung der ukrainischen Regierung, Reformen durchzusetzen und EU-Standards einzuführen.

Reformen erfordern sicherlich ernsthafte Anstrengungen und Kampagnen zur Überzeugung der Öffentlichkeit, aber sie lohnen sich. Good Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Fairness im wirtschaftlichen und politischen Leben nützen dem Staat und den Bürgern. Die Umsetzung europäischer Produktstandards ist zwar teuer, öffnet aber auch neue Märkte und Wachstumsmöglichkeiten.

Die Ukraine in die EU-Strukturen zu integrieren wird nicht einfach sein. Mit der Verhandlung des EU-Aktionsplans und der bevorstehenden Präsidentschaftswahl werden die kommenden Monate den Kurs unserer Beziehungen bestimmen. Wir meinen, dass die ukrainische Regierung und die großen Parteien ehrgeizige Entscheidungen treffen sollten, um die Ukraine näher an Europa anzubinden.

Im vergangenen Jahrzehnt war die erste Priorität der EU-Außenpolitik die Erweiterung, die wir am 1. Mai 2004 erfolgreich abgeschlossen haben. Nun konzentrieren sich die EU und ihre Kommission auf ihre Nachbarn im weitesten Sinne als nächste Priorität. Romano Prodi setzt sich mit seinem Konzept eines »Wider Europe« zum Ziel, einen »Ring von Freunden« in Osteuropa und dann auch im Kaukasus und den Ländern südlich und östlich des Mittelmeers aufzubauen. Die Nachbarschaftspolitik setzt dieses Konzept um, indem sie die neuen Nachbarn durch die Stärkung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand an den Früchten der Erweiterung teilhaben lässt. Damit will sie verhindern, dass die neuen Grenzen

... und Kooperation und Konditionalität nutzt

Reformen werden sich für die Bürger und für die Wirtschaft auszahlen ...

... darum bestimmen die nächsten Schritte der Ukraine die Zukunft des Landes

Boag

Referat

Nach der Erweiterung ist die Nachbarschaft die nächste Priorität der EU-Außenpolitik

der EU neue Trennlinien werden. Das gilt vor allem in Osteuropa, wo unsere Grenzen sich effektiv nach Osten verschoben haben.

Warum noch eine weitere Initiative?
Die Nachbarschaftspolitik
bietet enge Beziehungen ...

Die Kritik an der Nachbarschaftspolitik in dieser Diskussion erinnert mich an das, was ich als Leiter der EU-Delegation in Kairo im vergangenen Jahr gehört habe. Die Ägypter haben mich praktisch das Gleiche gefragt wie unsere osteuropäischen Partner. Erstens: Wieso bedarf es über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit seinem Freihandelsabkommen, über die Greater Middle East Initiative und zahllosen multilateralen und bilateralen Initiativen hinaus noch einer neuen Initiative? Zweitens: Was ist neu an der Nachbarschaftspolitik, und welchen zusätzlichen Nutzen wird sie uns bringen? Lassen Sie mich diese Frage zu beantworten versuchen.

Die Nachbarschaftspolitik bietet unseren Nachbarn eine viel engere Bindung an die EU an als vorher. Sie ermöglicht einen erweiterten politischen Dialog und verstärkte Teilnahme am EU-Binnenmarkt und stützt sich auf die Teilhabe an den europäischen Grundwerten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Zivilgesellschaft, Marktwirtschaft und nachhaltige Entwicklung.

... die durch Aktionspläne individuell
maßgeschneidert werden

Zur Umsetzung der Nachbarschaftspolitik verhandelt die EU mit jedem Nachbarland Aktionspläne. Der Aktionsplan für die Ukraine zum Beispiel skizziert eine ganze Reihe von Projekten zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte und erwähnt ausdrücklich, dass die Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr und die Parlamentswahlen 2006 den OSZE-Standards entsprechen müssen.

Der Aktionsplan beschreibt auch konkrete Schritte, um die Wirtschaft der Ukraine – und auch Moldawiens – näher an die EU heranzubringen. Langfristig wird die Angleichung der Gesetze, Industrienormen, Hygienevorschriften und anderer Standards der Ukraine eine vollständige Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ermöglichen. Das ist deutlich mehr als das Freihandelsabkommen, das wir der Ukraine anbieten, sobald sie Mitglied der WTO ist. Ein Freihandelsabkommen nutzt nichts, solange Produkte nicht über die Grenze kommen, weil sie die Standards des Marktes nicht erfüllen, für den sie bestimmt sind. Wenn dagegen der Aktionsplan umgesetzt wird, garantiert das den Zugang zum EU-Markt. Das macht das Land nicht nur für Handelsunternehmen attraktiver, sondern auch für Investoren.

Außerdem bietet der Aktionsplan konkrete Schritte für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Er stellt einen Plan zur Verbesserung regionaler Regierungsstrukturen, die Vereinfachung des Grenzverkehrs und schließlich auch des Grenzübertritts für Bewohner von Grenzregionen auf.



Die Methoden des Aktionsplans gleichen denen, mit denen die EU die neuen Mitgliedsstaaten auf ihren Beitritt vorbereitet hat. Dazu zählt etwa das Twinning, bei dem die Ministerien der Partnerländer zusammen mit Beamten der Mitgliedsstaaten bestimmte Probleme entsprechend den Gepflogenheiten der EU lösen. Hier können die neuen Mitgliedsländer durch ihre Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre viel helfen.

Der Mehrwert der Nachbarschaftspolitik besteht darin, die EU-Instrumente zu differenzieren und zu fokussieren. Zunächst zur Differenzierung: Es gibt kein Konzept, das auf alle passt. Darum führt die EU individuelle Verhandlungen mit ihren Nachbarländern in Osteuropa, im Mittelmeerraum und im Kaukasus. Die politischen Strategien sollen den Bedürfnissen der betroffenen Länder entsprechen, nicht einem Masterplan aus Brüssel.

Zweitens, die Fokussierung unserer Instrumente. Die Nachbarschaftspolitik konzentriert all die verschiedenen EU-Instrumentarien auf ein gemeinsames Ziel. Wir können so von der Kooperation zu einem höheren Grad der Integration fortschreiten und das Gefühl des Ausgeschlossenseins in den Nachbarländern mindern. Die Cooperation Councils treffen sich regelmäßig, um politische Probleme zu besprechen; und wir haben einen weiteren Ausbau dieser Kontakte angeboten. Wenn der Rat unserem Vorschlag folgt, werden wir ein neues Finanzinstrument schaffen, das alle bisherigen Instrumente und Fonds zusammenfasst, um die Nachbarschaftspolitik effektiv umzusetzen. Außerdem plant die Kommission eine deutliche Erhöhung der Mittel für die betroffenen Länder – das Budget ist allerdings noch nicht verabschiedet. Die Union will auch verstärkte Beteiligung an EU-Programmen vor allem im Bereich Kultur, Jugend, Bildung und technische oder wissenschaftliche Zusammenarbeit anbieten, so dass Ukrainer zukünftig am Erasmus Mundi-Programm teilnehmen könnten. Wir werden möglicherweise auch bald ein neues, viel weiter reichendes Kooperationsabkommen abschließen.

Im Grunde dienen die Nachbarschaftspolitik und ihre Aktionspläne dazu, dass die bisherigen vertraglichen Beziehungen Fleisch auf die Knochen bekommen. Das ist meine Antwort auf die Frage, warum wir noch eine weitere Initiative entwickelt haben; und meine Antwort auf die Frage »Was haben wir davon?« lautet: Unsere Partnerländer haben sehr viel davon, wenn sie dieses Angebot annehmen. Ich würde ihnen sehr empfehlen, die EU und die Kommission auf die Probe zu stellen. Auch wenn wir nicht spezifizieren können, wo die Reise der europäischen Integration enden wird, haben wir doch jetzt die Gelegenheit zu einem großen Schritt nach vorne. Und Integration, so haben es mir hier in der Ukraine

Die Methoden der Aktionspläne gleichen denen der Beitrittsvorbereitung

In der Nachbarschaftspolitik werden erstmals alle Instrumente der EU vereinigt

Das ist eine große Chance für die osteuropäischen Länder – wenn sie zugreifen

Nicht alles, was sich Deutschland
und Polen vorstellen, wird auf
einvernehmliche Zustimmung stoßen.

Cuntz



während der vergangenen sechs Wochen alle gesagt, ist doch das Ziel der Ukrainer – unabhängig davon, ob wir über Mitgliedschaft oder über Nachbarschaft reden.

de Weck Das Angebot liegt auf dem Tisch, wie Herr Boag sagt, und ich schlage vor, dass wir nun über seine Qualitäten und Mängel diskutieren. Ist die EU-Nachbarschaftspolitik mit ihrem Weg von der Kooperation zur Integration, mit ihren differenzierten Ansätzen und der Vision einer Teilnahme am freien Kapital-, Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr eine faire Offerte? Oder wird das Geschöpf, das da angeboten wird, vielleicht nie richtig Fleisch auf die Knochen bekommen, wie das beim Barcelona-Prozess der Fall ist, den Herr Boag von Kairo her sehr gut kennt? Müsste die EU viel wagemutiger sein, etwa in Richtung der von Herrn Wolski angedeuteten Vision eines neuen europäischen Wirtschaftsraums?

Cuntz Der konkrete Inhalt der Nachbarschaftspolitik hängt davon ab, was die Kommission mit den jeweiligen Partnern in den Aktionsplänen aushandelt. Wie Herr Boag richtig sagte, ähnelt der Aktionsplan für die Ukraine in der Substanz sehr dem Vorgehen beim Erweiterungsprozess – ohne natürlich die Beitrittsperspektive zu eröffnen.

Allerdings müssen die Mitgliedsstaaten im Ministerrat diese Vorschläge der Kommission genehmigen. Nicht alles, was sich Polen und Deutschland vorstellen, Herr Wolski, wird auf einvernehmliche Zustimmung aller anderen EU-Mitgliedsstaaten stoßen. Hieran werden wir arbeiten müssen, wenn wir unsere strategischen Ziele in Europa erreichen wollen.

Tschaly Nachdem ich bis zum 1. Mai für die Ukraine den Aktionsplan verhandelt habe, möchte ich Ihnen sagen, weshalb er uns enttäuscht. Der Ministerrat hatte der Kommission ein sehr klares Mandat gegeben: Der Aktionsplan sollte ein konkretes Papier sein, das gegenseitige Verpflichtungen enthält und klare Bewertungsmaßstäbe aufstellt.

Der Aktionsplan bleibt abstrakt ...

Die Kommission aber hat uns ein abstraktes Dokument vorgelegt, das weder klare Kriterien zur Messung unserer Fortschritte noch eine Grundlage für Verhandlungen über die vier Freiheiten enthält. In Verletzung des Mandats des Ministerrats beschreibt das Dokument nur ganz generell die Möglichkeit der Integration und verschiebt die Diskussion aller konkreten Projekte wie etwa einer Freihandelszone. Gleichzeitig hat die EU aber begonnen, mit Moldawien ein Frei-

handelsabkommen zu verhandeln, weil Moldawien WTO-Mitglied ist. Aber das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine stellt keinen direkten Zusammenhang zwischen einer WTO-Mitgliedschaft und Verhandlungen über eine Freihandelszone her. Weshalb sollte die Ukraine den Versprechungen der EU noch glauben?

Um zusammenzufassen: Der Aktionsplan bietet keinen Mehrwert. In unseren Beziehungen zu den neuen Mitgliedsstaaten wie Polen bedeutet er einen Rückschritt. Last but not least weiß doch jeder, auch die EU-Vertreter, dass es zumindest bis 2007 keine finanziellen Ressourcen zur Umsetzung des Aktionsplans gibt. Der einzige Mechanismus, für den die EU Mittel zur Verfügung stellen will, ist das Neue Nachbarschaftsinstrument. Dieses Instrument ist darum für uns viel interessanter.

Die Kommission hätte die polnischen, ungarischen, österreichischen und tschechischen Vorschläge berücksichtigen sollen, als sie ihre Nachbarschaftspolitik formulierte. Sie hat diejenigen nicht gefragt, die sich am besten auskennen. Damit hat sie ein altes Vorurteil bestätigt: Zwischen den Vorstellungen in Brüssel und der Realität besteht eine riesige Kluft, und Brüssel ist am besten im Verfassen von Strategiepapieren.

Allen potentiellen Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft möchte ich entschieden von überzogener Kritik an der Europäischen Kommission abraten. Denn wenn sie überhaupt auf Unterstützung hoffen können, dann doch am ehesten auf die der Kommission. Bei der Erweiterung von 2004 war sie eine außerordentlich wichtige Triebkraft.

Die Ukraine ist geteilt: zwischen denen, die die EU-Nachbarschaftspolitik kritisieren, und denen, die sie gar nicht kennen. Die politische Elite sieht sie als einen Ersatz für die EU-Mitgliedschaft und damit im besten Falle als temporär attraktiv an. Die Idee eines »Rings von Freunden« scheint aber auf Dauer angelegt. Denn in einem Ring muss jedes Glied an seinem Platz bleiben, sonst entsteht ein Loch.

Wir waren besonders enttäuscht, dass die vier Freiheiten nicht länger Teil des Angebots sind, wie es das »Wider Europe«-Konzept zu Anfang vorgeschlagen hatte. Uns fehlt auch eine Vision. Gerade der Aktionsplan beschränkt sich auf eine Liste praktischer Schritte, ohne aber ein endgültiges Ziel anzugeben.

... dem Aktionsplan fehlt der Mehrwert, die Finanzierung ...

Reiter

Pidluska

... dem Plan fehlt eine Perspektive ...

... und eine Vision



Stüdemann

Eigentlich beklagen sich die Vertreter der Ukraine immer darüber, dass sie mit allgemeinen Floskeln abgespeist werden. Nun bietet die EU konkrete Projekte, Kooperationsfelder und Prioritäten an – nichts anderes ist der Aktionsplan –, aber Sie nennen auch das ungenügend.

Pidluska

Die Ukraine muss den Aktionsplan für konkrete Verbesserungen nutzen ...

In der Tat muss die Ukraine ihre romantische Sicht der EU fürs Erste beiseite schieben und realistischerweise akzeptieren, dass die Nachbarschaftspolitik und der Aktionsplan nicht so bald verschwinden werden. Unsere Entscheidungsträger begreifen rasch, dass wir das Beste aus dem Angebot der EU machen müssen.

... etwa für die Verbesserung der Infrastruktur ...

Die Nachbarschaftspolitik könnte sich tatsächlich als nützlich erweisen, wenn sie zu konkreten Verbesserungen in den EU-ukrainischen Beziehungen führt. Eine der obersten Prioritäten ist der Aufbau von Infrastruktur, von Kommunikations- und Transportmitteln und der Abbau von Hindernissen an den Grenzen und Botschaften. Wenn Sie wissen wollen, was die Ukrainer gegenüber der EU empfinden, sollten Sie sich einmal in einer Schlange vor einer EU-Botschaft anstellen. Diese Bedingungen zu ändern wäre ein großer Schritt vorwärts.

... die Schaffung des Finanzierungsinstrumentes »Neues Nachbarschaftsinstrument« ...

Ein viel versprechendes Instrument der Nachbarschaftspolitik ist das Neue Nachbarschaftsinstrument. Die Ukraine und die EU könnten, damit ein Instrument von einer neuen Qualität schaffen, wenn sie aus den Erfahrungen mit den vorherigen Instrumenten lernen. TACIS etwa wird nicht wegen des Umfangs der verfügbaren Mittel kritisiert, sondern wegen seiner bürokratischen Prozeduren und seiner Schwerpunkte. Das Neue Nachbarschaftsinstrument muss eine neue Art der Interaktion zwischen Gebern und Empfängern etablieren und die Prioritäten der Empfänger berücksichtigen. Es sollte sich auch mehr auf Investitionen konzentrieren, statt sich auf die Entsendung von Experten zu beschränken. Gleichzeitig müssen die ukrainischen Institutionen gestärkt werden um ihre Aufnahmefähigkeit zu erhöhen.

... die Verbindung des Twinning-Mechanismus mit institutionellen Reformen ...

Der Twinning-Mechanismus könnte sehr effektiv sein, aber nur, wenn vor dem Austausch von Beratern unsere Institutionen reformiert werden. Solange diese Institutionen inkompatibel mit denen der EU sind, gibt es keine Twinning-Partner für die EU-Experten.

Der Aktionsplan sollte meiner Meinung nach nicht mehr als vier Jahre abdecken und sollte ein neues Regelwerk für die Beziehungen der EU zur Ukraine zum Ziel haben. Unser Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wird dann auslaufen, es ist in seiner derzeitigen Form auch völlig überholt. Bei der Umsetzung des

Wie kann man ohne das Mittel
der Konditionalität der EU-Mitgliedschaft
die schwachen Staaten in Osteuropa
in stabile Demokratien verwandeln?

Chirtoaca

Aktionsplans sollten die Polen ihre Erfahrungen mit der Einhaltung von Zeitplänen und Fortschrittskriterien an die Ukraine weitergeben.

Schließlich glaube ich, dass eine Wiederbelebung der Euro-Regionen ein Weg sein könnte, die ukrainisch-europäische Partnerschaft effektiv voranzubringen. Um zuletzt noch so etwas wie eine Vision zu formulieren: Vielleicht wäre es ein wenig sinnvoll, Demokratie zum Gesprächsthema zu erklären, aber sehr wohl Good Governance, Transparenz und größere Spielräume für die Zivilgesellschaft. Damit könnten wir die Grundlage für eine fruchtbare Diskussion legen, die letztlich das Vertrauen auf beiden Seiten erhöht.

Herr Stüdemann, was sagen Sie zur Praxis der Visaerteilung bei den deutschen Botschaften?

Die Menschenmassen vor unserer Botschaft sind nicht nur unangenehm für unsere Außendarstellung, sondern stimmen auch traurig. Ich denke, wir sollten den Mut haben, sowohl bilateral als auch im europäischen Kontext mit der Ukraine gemeinsam die Durchlässigkeit der Grenzen und die Visavergabe zu verbessern. Die Schleuserprozesse betreffen nur einen verschwindend kleinen Anteil der Menschen, die mit unseren Visen ausreisen. Alle anderen kommen wieder zurück. Mir ist unbegreiflich, warum wir uns durch zwei oder drei Prozesse zu einer Panikreaktion drängen lassen. Natürlich müssen wir im Rahmen von Schengen ein einheitliches europäisches Vorgehen finden. Aber gegenüber Russland war eine deutsch-russische und eine französisch-russische Vereinbarung zur Visaverleichterung möglich, wieso dann nicht gegenüber der Ukraine?

Auf den ersten Blick scheint das Ziel der EU-Nachbarschaftspolitik unerreichbar zu sein. Wie kann man ohne das Mittel der Konditionalität der EU-Mitgliedschaft die schwachen Staaten in Osteuropa in stabile Demokratien verwandeln? Stabilisierung liegt im Interesse sowohl der EU als auch der osteuropäischen Regierungen, aber Konditionalität war der wichtigste Hebel zur Beeinflussung der neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Zurzeit haben wir den Transformationsprozess in Osteuropa auf halbem Wege unterbrochen. Die alten totalitären Strukturen funktionieren nicht mehr, aber wir haben auch noch keine neuen funktionierenden Institutionen aufgebaut. Der vielversprechendste Aspekt der Situation in Moldawien – wie in allen osteuropäischen Ländern – ist die Offenheit des Landes gegenüber Europa. Große



... und die Wiederbelebung
der Euro-Regionen

de Weck

Stüdemann

Chirtoaca

Auch ohne die Perspektive
einer EU-Mitgliedschaft ...

... muss die Nachbarschaftspolitik die
Transformation in Osteuropa fördern ...

... um die Stabilität an
den EU-Grenzen zu sichern

Teile der politischen Klasse in diesen Ländern vertrauen Brüssel, selbst die Kommunisten in Moldawien, die derzeit die Regierungsmehrheit haben. Sie haben in einem Brief an die Kommission die EU-Mitgliedschaft für Moldawien beantragt. Zwar haben sie leider nicht verstanden, dass sie als Vorbedingung dafür das Land an europäische Werte und Normen anpassen müssen, aber sie wollen sich Europa annähern.

Was sollte die EU also tun? Ich bin gegen eine Ausdehnung des auf technische Hilfe fokussierten TACIS-Programms, sondern halte ein Programm wie PHARE für hilfreicher, das den Bedürfnissen der spezifischen Länder angepasst ist und Hilfe bei der Restrukturierung der Wirtschaft leistet. Die EU muss ihren neuen Nachbarn helfen, die durch unvollendete demokratische Reformen verursachte Stagnation zu überwinden. Der makroökonomischen Stabilisierung der Nachbarländer muss ein Zufluss privaten Kapitals folgen, der eine neue Managementkultur etablieren und neue Märkte schaffen würde. Die EU muss ihre Programme auf die Schwachstellen konzentrieren und muss die Nachbarländer ihre eigenen Vorstellungen beitragen lassen. Sonst werden Missverständnisse statt Zusammenarbeit unsere Beziehungen bestimmen, und die EU wird sich über Jahrzehnte mit Instabilität an ihren Grenzen herumschlagen müssen.

Ilves
Wird die EU neben der Integration
der neuen Mitgliedsländer ...

Die Erweiterung als oberste Priorität der EU-Außenpolitik im vergangenen Jahrzehnt ist erfolgreich abgeschlossen, wie Herr Boag richtig gesagt hat. Im kommenden Jahrzehnt wird die Integration der neuen Mitgliedsstaaten die oberste innenpolitische Priorität der Union darstellen. Estland etwa mag formal ein Mitglied der EU-Wettbewerbspolitik sein, aber weder wir noch irgendein anderes neues Mitglied weiß, wie diese Politik eigentlich funktioniert. Vertreter Finnlands haben mir gesagt, dass sie erst nach fünf Jahren die Spielregeln wirklich verstanden hatten – wir werden vielleicht noch länger brauchen.

... Ressourcen für die neuen Nachbarn
verfügbar haben? Der Union fehlt Geld ...

Weil diese Verdauungsperiode ihre Zeit brauchen wird und die Disparitäten innerhalb der EU nicht so schnell verschwinden werden, werden vielleicht sogar Bulgarien und Rumänien nicht die nötige Unterstützung erhalten, um 2007 beizutreten. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten werden ihren Bürgern nur schwer erklären können, weshalb man Unsummen für Programme in den Nachbarländern ausgeben muss, warum es innerhalb der Union noch erhebliche Ungleichheiten gibt. Die großen Mitgliedsländer wollen ihre Zahlungen reduzieren, während die neuen Mitglieder möglichst schnell den Abstand zu den alten aufholen wollen. Darum bezweifle ich, dass für die Nachbarn vor 2007 oder 2012 ernst zu

nehmende finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen werden. Robert Coopers Rat »speak softly and carry a big carrot« ist theoretisch sehr nützlich für die Integration von Ländern wie der Ukraine oder Moldawien. Tatsächlich wird die EU aber im kommenden Jahrzehnt wohl keine sehr große Karotte haben.

Was die EU aber hat, ist ein kompetenter Mitarbeiterstab, der die Erweiterung von 2004 durchgeführt hat. Einige dieser Mitarbeiter werden den Beitritt Rumäniens und Bulgariens bearbeiten, aber die anderen sollte man für die neuen Nachbarn einsetzen. Sie wissen, welche Strategien in welchen Ländern funktioniert haben und wer dafür verantwortlich war.

Wir sollten auch die beachtliche Expertise und die Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer nutzen, wie Herr Boag gesagt hat. Der deutsche Bundesgrenzschutz hat beispielsweise der georgischen Polizei beim Aufbau einer Grenzpolizei sehr geholfen. Doch die Deutschen waren auf einige Probleme dort nicht vorbereitet, die sich beim Aufbau einer solchen Truppe aus dem Nichts ergeben, weil sie schon seit 150 Jahren einen Grenzschutz haben. Hier war die Erfahrung Estlands von Nutzen, das seine Grenzpolizei erst vor 10 Jahren geschaffen hat. Abgesehen davon genießen die neuen Mitglieder eine gewisse Glaubwürdigkeit, die ihnen die Beschwerde erspart, dass »Ihr aus dem Westen unsere Lage sowieso nicht versteht«. Wer ein ehemals kommunistisches Land transformieren will, respektiert eher diejenigen, die ihr Land schon erfolgreich umgebaut haben.

Ich halte darum eine Kombination von Mitarbeitern des Generaldirektorats Erweiterung, der Kommission und der Ministerien der neuen Mitgliedsstaaten für ein sehr wirksames Werkzeug, das den Mangel an finanziellen Ressourcen in gewissem Maße ausgleichen könnte.

Herr Boag, in welchem Zusammenhang wird die Neue Nachbarschaftspolitik mit der Nördlichen Dimension der EU stehen? Und wie wird die Union mit den 480.000 Menschen in Lettland und den 160.000 in Estland umgehen, die keine Staatsbürgerschaft und damit keine Bürgerrechte besitzen?

Die Nachbarschaftspolitik wird mit der Nördlichen Dimension zusammenhängen, ich kann Ihnen aber noch nicht sagen, wie.

Was die Staatsbürgerschaft angeht, so fällt sie eher ins Ressort der nationalen Regierungen als in das der EU. Viele EU-Länder haben große Bevölkerungsgruppen, die keine Staatsbürger sind. Die Türken in Deutschland etwa müssen einen viel schwierigeren Nationalisierungsprozess durchlaufen als die Menschen in

... aber sie kann ihre Mitarbeiter, die die Erweiterung durchgeführt haben ...

... und die Expertise der neuen Mitgliedsstaaten nutzen

Kozhokin

Wie wird die EU die Nicht-Bürger in ihren neuen Mitgliedsstaaten behandeln?

Boag

Die Gesellschaften im Osten der Ukraine,
in Russland und in Belarus möchten
eine Modernisierungspartnerschaft.

Rahr



Estland oder Lettland. Die Frage scheint mir nicht so drängend zu sein, wie Sie meinen. Die Menschenrechte der Nicht-Staatsbürger werden ja nicht verletzt. Sie dürfen sogar bei Lokalwahlen ihre Stimme abgeben – das ist mehr, als in den meisten EU-Mitgliedsstaaten möglich ist.

Snyder

Die russische Minderheit in der Ukraine
bedarf keines besonderen Schutzes ...

Minderheitenrechte sollten mit Vorsicht behandelt werden. Die russische Minderheit mit 17% Anteil an der Bevölkerung in der Ukraine ist in den Medien und anderen Bereichen massiv überrepräsentiert. Der gesamte ukrainische Büchermarkt, zum Beispiel, wird von russischen Büchern dominiert. Weit mehr Filme sind in russischer Sprache denn in ukrainischer erhältlich. Die russische Minderheit in der Ukraine ist keine Gruppe, deren Muttersprache bedroht ist. Es ist eine Gruppe, deren Muttersprache überall im Land benutzt werden kann.

... die ukrainische und belarussische
Minderheit Polens wird als Brücke dienen

Es gibt eine andere, kreativere Sichtweise, wie man Minderheiten in diesem Kontext betrachten kann. Die belarussischen und ukrainischen Minderheiten in Polen dagegen könnten eine natürliche Brücke zwischen Brüssel, Warschau und Kiew bilden. Viele dieser Leute sind kosmopolitisch, gut ausgebildet und bi- oder trilingual. Darum sind sie eine wichtige Ressource für die Verbindung der neuen Nachbarn mit der EU.

Was die Öffnung der Bildungseinrichtungen der EU für Menschen aus dem Osten angeht, so sollte die Bildung auf beiden Seiten verbessert werden. Das historische Verständnis könnte die Solidarität und Identität verbessern, die hinter der Erweiterung herhinken. Das Leiden des Zweiten Weltkriegs ist eine europäische Narrative, die man im Lauf der EU-Integration als Gegengift zum Krieg eingesetzt hat. Es ist aber noch nicht ins allgemeine Bewusstsein vorgedrungen, dass die am meisten vom Krieg verwüsteten Länder Polen, Belarus und die Ukraine waren. Wenn diese osteuropäische Erfahrung erst einmal in den Mittelpunkt des Geschichtsverständnisses der EU rückt, werden die Gesellschaften innerhalb der EU ihre östlichen Nachbarn als Teil Europas verstehen. Diese Wahrnehmung kann die EU unabhängig vom Verhalten der Ukraine oder Belarus' fördern. Es ist eine Frage der Selbsterziehung der Europäischen Union über Europa.

Rahr

Nicht eine Demokratisierungspartnerschaft
wollen die Länder Osteuropas ...

Wir scheinen in unserer Diskussion von falschen Prämissen auszugehen. In den osteuropäischen – oder ostslawischen – Ländern haben sich die Vorstellungen über das Verhältnis zur EU seit den neunziger Jahren massiv verschoben. Die Herrschaftseliten im Osten der Ukraine, in Russland und in Belarus streben heute nicht mehr eine Demokratisierungspartnerschaft mit der EU an, sondern eine

Modernisierungspartnerschaft. Sie möchten keine Wertegemeinschaft, sondern eine Interessengemeinschaft, keinen zivilgesellschaftlichen Dialog, sondern eine rein pragmatische Wirtschaftspartnerschaft. Die Eliten sind gegen einen weiteren Demokratietransfer, den sie als Lehrmeisterei oder pastorale Mission des Westens empfinden. Immerhin hat man die OSZE in den vergangenen Wochen aus diesen Ländern mehr oder weniger hinauszuerwerfen versucht. Die Nachbarschaftsstrategie der EU gilt als Abschottungsstrategie, nicht zuletzt weil ihre Schwerpunkte Grenzsicherheit, internationale Kriminalität und Migration den Westen sehr viel mehr interessieren als den Osten, der seinerseits an einer Marktöffnung der EU Interesse hat. Bildung ist das einzige Gebiet, wo sich – wenn überhaupt – Gemeinsamkeiten ergeben.

Die EU muss diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen – bei allem Respekt für Demokratie, Menschenrechte und Zivilgesellschaft –, wenn sie ihre strategischen Interessen nicht aus den Augen verlieren will. Osteuropa und Russland werden für unsere Energiesicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnen, vor allem wenn das Öl und Gas vom Persischen Golf nicht mehr so fließen wie bisher. Wir brauchen die Rohstoffe des Ostens, und nicht zuletzt sind wir angesichts der terroristischen Bedrohung auf eine Sicherheitspartnerschaft angewiesen.

Für eine Wirtschaftspartnerschaft bestehen bessere Voraussetzungen, als viele meinen. Die östlichen Märkte haben sich in den letzten Jahren für westliche Investitionen zunehmend geöffnet. Präsident Putin hat sogar im Deutschen Bundestag am 25. September 2001 der EU angeboten, das Rohstoffpotential Sibiriens und des Fernen Ostens strategisch mit dem technologisch weiterentwickelten EU-Raum zu verschmelzen. Die EU hat darauf leider bisher noch nicht geantwortet.

Konkrete Perspektiven eröffnen sich zum einen durch die WTO. Russland, die Ukraine und Belarus werden in die EU mittelfristig weder eintreten können noch wollen, aber alle streben in die WTO. Moldawien ist schon Mitglied, und Russlands Ratifizierung des Kyoto-Protokolls ist ein Schritt zur pragmatischen Zusammenarbeit innerhalb der WTO. Das ist die Stunde der Wahrheit, hier muss der Westen seine Märkte öffnen und seine Versäumnisse der neunziger Jahre aufholen.

Zum anderen sehe ich die Vier-Räume-Strategie der EU mit Russland – Zusammenarbeit in Fragen der Wirtschaft, Außenpolitik, inneren Sicherheit und Kultur – als Meilenstein. Ich schlage vor, diese Vier-Räume-Strategie innerhalb der Nachbarschaftsstrategie auch auf die Ukraine oder Belarus auszudehnen. Das eröffnete einen Weg zu pragmatischer Zusammenarbeit und substantieller Annäherung.

... sondern eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft ...

... die allen nutzen würde

Ich wünschte mir sehnlichst, dass die Macher Europas in Brüssel einmal ihre Hochebene verließen und herabstiegen, um endlich Kontakt aufzunehmen mit den lebendigen Kräften, die Europa schaffen.

Schlögel



Schlögel
Aktionspläne und Strategien
bewirken weniger ...

... als die Händlerinnen aus Kaunas
und die Spediteure von Eurolines

Zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich die Aktionspläne der Europäischen Union gar nicht kenne. Trotzdem nehme ich mir die Freiheit, über Europa nachzudenken. Ich glaube sogar, dass Strategien und Pläne gar nichts bewirken, wenn sie nicht von geschichtlichen Kräften getragen werden. Ich wünschte mir sehnlichst, dass die Macher Europas in Brüssel einmal ihre Hochebene verließen und herabstiegen, um endlich Kontakt aufzunehmen mit den lebendigen Kräften, die Europa schaffen.

Nehmen Sie die Frauen, die sechs Mal im Monat aus Kaunas nach Warschau ins Stadion fahren, um auf dem Basar dort ihre Sachen zu verkaufen. Sie sind es, die in den letzten zehn Jahren die Wirtschaft am Laufen gehalten und die Stabilität unseres Kontinents bewahrt haben. Die Hunderttausenden und Millionen von Menschen, die auf den Basaren von »Sedmoi Kilometr« in Odessa, in Tuszyn bei Lodz, in Czernowzy oder in Luschniki in Moskau ihr »bisznes« betreiben, sind die Träger der europäischen Normalisierung. Die Pioniere des zusammenwachsenden Europa sind die Spediteure von Eurolines mit ihrem Busnetz von Cadiz in Spanien bis ans Ende von Finnland und die Flugunternehmer von Ryan Air. Die Kinder des neuen Europa sind die Studenten an der Viadrina. Für sie gibt es kein »Europa des Kalten Kriegs« – sie wissen zum Teil nicht einmal mehr, was Solidarnosc war –, und sie bewegen sich selbstverständlich in einem Europa ohne die alte Grenze.

Auch die Ukraine ist viel mehr als das Objekt eines EU-Aktionsplans. Sie selbst ist ein Europa im Kleinen, mit all den extremen Gegensätzen dieses Kontinents. Mir erscheint es als Wunder, wie dieses Land seine unglaubliche Spannweite von Kulturgeschichten und Nachbarschaften aushält, die Gegensätze vom industriellen Charkiv bis zum mitteleuropäischen Lemberg, von der osmanischen Dimension an der Südküste der Krim bis nach Dnepropetrovsk. Irgendwie hat dieses Land der Gegensätze den Übergang von 1989 bewältigt, ohne dass die Gewalt wie etwa auf dem Balkan oder im nördlichen Kaukasus die Herrschaft übernommen hat. Dies sind die wirklich bedeutsamen Ereignisse.

Der Prozess des Verstehens
lässt sich nicht abkürzen

Wir müssen nicht bange sein vor der hier so ausführlich besprochenen konzeptionellen Schwäche der EU-Strategien oder den vielfältigen Implementierungsschwierigkeiten, weil im Untergrund viel entscheidendere Kräfte wirksam sind. Umgekehrt dürfen wir uns nicht der Hoffnung hingeben, mit Brüsseler Aktionsplänen historische Prozesse der *longue durée* einfach abkürzen zu können. Bis man etwa im Westen wirklich versteht, in welchem Maß die Geschichte des östlichen Europa im 20. Jahrhundert eine Geschichte der Gewalt mit entsetzlichen Menschenopfern, eine Geschichte ohne normale und kontinuierliche Tra-



dition gewesen ist, das wird sehr lange dauern. Eine Re-Orientierung des gesamten geschichtlichen Wahrnehmungsraumes kann man durch keine Direktiven abkürzen.

Die Politik hinkt immer hinter dem her, was Menschen wollen. Der Wille der Menschen ist jedoch etwas sehr Vitales und setzt ungeheure Fähigkeiten frei, Grenzen zu überschreiten und Probleme zu bewältigen. Da ist fast eine subversive Kraft aktiv: Wie die Ameisen strömen sie aus, überwinden alle Hindernisse und finden immer wieder ihre Plätze.

Eine andere Ebene der Entwicklung, die wir bei unseren technischen Erörterungen oft vergessen, ist die geistige Haltung der Menschen in Europa. Wir tun bei unseren Verhandlungen zum Beispiel oft so, als würde die ukrainische Bevölkerung geschlossen zu uns ausreisen wollen. Das ist keineswegs so. Eine ungeheure Zahl von jungen Leuten hier ist zutiefst davon überzeugt, dass ihr Platz in der Ukraine ist. Diese Menschen kommen aus dem Ausland wieder zurück, und sie wollen und werden dieses Land verändern. Sie sind beseelt von einer Erfahrung, die wir in ihrer Bedeutung überhaupt nicht verstehen, weil sie uns selbstverständlich erscheint: Die Menschen hier lernen, ihr Leben selbst zu bestimmen. Machen Sie sich einmal klar, was das in einem Land bedeutet, in dem die Generation der Eltern, und in der Ostukraine sogar der Großeltern, weder ihren Beruf noch ihren Lebensort noch ihre Partner frei wählen konnte. Diese elementare Erfahrung der Menschen kann man nicht wieder auslöschen, und darum sehe ich nicht die Gefahr eines Rückfalls der Ukraine. Die Gefahr besteht darin, dass wir die Veränderungen und den Hunger nach Wandel in der Ukraine nicht ernst genug nehmen und darum zu wenig helfen.

Die Wirtschaft spielt bei der Erweiterung der EU und in der Entwicklung unserer Beziehungen zu den Ländern im Osten eine wichtige Rolle. Zwar war der Fall der Berliner Mauer eine politische Handlung. Doch die Wirtschaft hat die Integration Mitte der 1990er Jahre viel schneller vorangetrieben als die Politiker, die die Erweiterung damals zu verschieben versuchten. Durch massive Investitionen in den zukünftigen Mitgliedsstaaten hat die Wirtschaft zur Überwindung der Teilung Europas beigetragen. Ebenso kann sie heute im Zusammenhang mit den östlichen Nachbarn der EU helfen. Die Wirtschaft bringt nicht nur Technologie und Kapital in diese Länder und schafft dort Märkte. Großunternehmen bilden meistens auch mächtige Lobbygruppen für die Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern,

Stüdemann

Junge Leute in der Ukraine wollen in ihrem Land bleiben, um es zu verändern

Wagstyl

Wenn die Wirtschaft investieren darf, fördert sie die Integration

Die tschechische Republik ist der
Allgemeinheit wenig bekannt, aber
jeder kennt Prag: »Natürlich, diese
reizende Stadt im Zentrum Europas!
Selbstverständlich sollte sie Teil der EU sein!«

Wagstyl



Die Wirtschaft verbessert
das kulturelle Verständnis

in denen sie investieren, und für den Aufbau politischer und institutioneller Strukturen – bis hin zur EU-Mitgliedschaft.

Die Wirtschaft kann auch das kulturelle Verständnis verbessern, weil Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Ein Grund für die lebhafte Debatte über die Türkei in Europa ist, dass viele Menschen das Land von ihren Urlaubsreisen kennen. Oder nehmen Sie die tschechische Republik – das Land ist der Allgemeinheit wenig bekannt, aber jeder kennt Prag: »Natürlich, diese reizende Stadt im Zentrum Europas! Selbstverständlich sollte sie Teil der EU sein!« Bilder haben einen wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung dessen, was die Politik und die Diplomatie tun sollten.

Was kann man also – und was kann die EU – für die Entwicklung der Wirtschaft tun? Die Union könnte wirtschaftliche Aktivitäten im Osten zum Beispiel durch die Förderung wirtschaftlicher Ausbildungsgänge ermutigen. In Polen und auch in Slowenien gibt es sehr gute Management-Hochschulen, die Ausbildung auf höchstem Niveau sehr viel billiger anbieten als Schulen in westlichen Ländern. Diese Hochschulen werden viel für den Aufbau von Kontakten zwischen Geschäftsleuten aus West- und Osteuropa tun.

Darum braucht die Ukraine
Investoren aus dem Ausland

Überwiegend hängt dieser Prozess aber von den östlichen Partnern der EU selbst ab. Die Ukraine könnte nichts Besseres tun, um Freunde in Europa zu gewinnen, als einen großen Investor ins Land zu holen. Es ist sehr schade, dass trotz der Gebote zweier großer internationaler Unternehmensgruppen bei der Privatisierung von Kryvorizhstal schließlich ein ukrainischer Investor zu einem sehr viel niedrigeren Preis den Zuschlag erhielt. Diese Entscheidung ist symbolisch für ein Jahrzehnt politischer Fehler und enttäuschter Hoffnungen. Die Wirtschaft war von 1997 bis 1998 sehr interessiert an der Ukraine, weil sie sehr gute Bedingungen zu bieten schien – bis die Russlandkrise das Wirtschaftswachstum erstickte. Eine neue, kleinere Welle des Interesses haben die Reformen ausgelöst, die Juschtschenko als Premierminister von 1999 bis 2001 durchgeführt hat. Diese Welle endete mit der Entlassung Juschtschenkos durch das Parlament. Die neuen Nachbarn könnten viel dafür tun, wirtschaftliche Aktivitäten attraktiver zu machen. Das würde weit über die wirtschaftliche Sphäre hinaus Frucht tragen.

Erlor
NGOs fördern die europäische Integration
außerhalb der offiziellen Diplomatie

Als Beispiel für die lebendigen Kräfte, die die europäische Einigung außerhalb der offiziellen Diplomatie sehr stark bestimmen, möchte ich ein Lemberger Projekt erwähnen. Deutsche NGOs, deutsche Partner von Lviv, haben sich schon frühzeitig gefragt, was in dieser so nah an der polnischen Grenze gelegenen Stadt eigent-

Die europäische Integration und Nachbarschaft ist ein Prozess. Wir haben es hier nicht mit der endgültigen Festlegung von Grenzen zu tun.

Schäuble

lich am 1. Mai 2004 passieren wird, wenn plötzlich die Schengen-Grenze die neu zusammenwachsenden Regionen Westukraine und Ostpolen trennt. Diese Personen haben ihre Erfahrungen mit der deutsch-französischen Grenze in einem von der Heinrich Böll-Stiftung geförderten Projekt namens »Gespräch über Grenzen« umgesetzt, das in Freiburg, Berlin und Lviv Ukrainer, Polen, Deutsche und Franzosen zusammengebracht hat. Wichtige Anregungen aus diesen Gesprächen hat die Europäische Kommission in das Konzept vom kleinen Grenzverkehr aufgenommen – ein Musterbeispiel für Beiträge der Zivilgesellschaft.

Wolfgang Schäuble, die Debatten zwischen der EU und ihren Nachbarn kommen um technische Details kaum herum. Eine andere, tiefere Schicht der europäischen Einigung haben Herr Schlögel, Herr Stüdemann und Herr Wagstyl mit ihrer Schilderung der ökonomischen Ströme und Wanderungsbewegungen beschrieben. Aber auch als politisches Gebilde muss die EU über technische Diskussionen hinausgehen und sich fragen, was die Integration ist und in welche Richtung sie gehen soll. Ihr jüngstes Buch trägt den Titel »Scheitert der Westen? Deutschland und die neue Weltordnung«. Der Westen ist auch in Osteuropa gefordert – droht ein Scheitern oder sehen Sie die Entwicklung optimistisch?

Ich verstehe die europäische Integration und damit auch die europäische Nachbarschaft sowohl zeitlich als auch räumlich als Prozess. Wir haben es hier nicht mit der endgültigen Festlegung von Grenzen zu tun, sondern mit Übergängen und Entwicklungen – und hoffentlich mit einem Voranschreiten. EU-Nachbarschaft und Erweiterung sind deshalb nicht als strenge Alternativen zu verstehen, denn das eine kann durchaus in das andere übergehen.

Solange unsere Debatten über die Finalität der europäischen Einigung keinen Konsens ergeben – auch zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten –, bleibt das Wort von der »ever closer union« die Leitschnur auf unserem Weg. Um auf diesem Weg und in der Frage der Nachbarschaft der EU voranzukommen, müssen wir klären, was die Union eigentlich ist. Denn auch wenn, wie Herr Schlögel eindrücklich betont hat, Europa mehr ist als die EU, so strahlt die Union doch eine beträchtliche Anziehungskraft aus und viele Hoffnungen und Erwartungen richten sich auf sie.

Für mich bedeutet die Europäische Union die Schaffung einer politischen Einheit, auf die die Mitgliedsstaaten schrittweise Teile ihrer Souveränität übertragen. Die Aushandlung des europäischen Verfassungsvertrags ist ein Schritt in

de Weck

Schäuble

Referat

Nachbarschaft ist ein Prozess

diese Richtung. Hier treten auch die vielfältigen Widerstände gegen die Abgabe von Souveränität zutage, spätestens wenn es um Mehrheitsentscheidungen und die Abschaffung des nationalstaatlichen Vetos geht.

Wir müssen die europäische
Integration vertiefen ...

Vor dem Hintergrund der globalisierten Welt, die immer enger zusammenrückt und deren Teile sich immer stärker beeinflussen, müssen wir die europäische Integration vertiefen. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, können die europäischen Länder ihren Interessen bei globalen Entwicklungen etwa der Wirtschaft oder der Demographie Gehör verschaffen.

... statt sie über Europa hinaus auf alle
demokratischen Staaten auszudehnen

Die EU ist ein Modell für die Integration von Nationalstaaten in der Welt der Globalisierung. Daraus dürfen wir aber nicht ableiten, dass die Union per se allen Staaten offen steht. Die Erfüllung der so genannten Kopenhagener Kriterien allein darf darum nicht hinreichend für die Mitgliedschaft in der EU sein. Denn diese Kriterien sind globale Kriterien. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Minderheiten und dergleichen haben einen ebenso universellen Charakter wie die Menschenrechte. Weder sollte man sie nur verwirklichen, um Mitglied der EU zu werden, noch sollten wir ihre Verwirklichung nur im Bereich der Europäischen Union anstreben. Mitglied der EU aber sollten nur Länder werden, die über die Kopenhagener Kriterien hinaus noch die Voraussetzung erfüllen, Teil Europas zu sein. Denn die Menschen in den alten und neuen Mitgliedsstaaten müssen ein Gefühl der Identität, der Zugehörigkeit zur EU haben. Nur dann werden sie zustimmen, wenn ihre Länder der Union schrittweise mehr Souveränität anvertrauen.

Die gemeinsame Außen- und
Sicherheitspolitik wird für die
Legitimität der EU immer wichtiger

Die ursprüngliche Triebkraft der Integration war die wirtschaftliche Vereinigung. Deren Erfolg zeigt etwa der Siegeszug des Euro, dem ursprünglich so viele Menschen skeptisch gegenüberstanden. In den kommenden Jahren wird vor allem eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik der Integration in den Augen der Menschen Legitimität verleihen können. Eine Meinungsumfrage in Deutschland vor einigen Jahren ergab, dass zwei Drittel der Bevölkerung lieber eine europäische als eine nationale Armee wollen. Nach der vom Nationalismus bestimmten Geschichte des vergangenen Jahrhunderts haben wir gute Chancen, staatliche Souveränität schrittweise auf ein angemessen gestaltetes Europa zu übertragen.

Wie steht es nun um das Verhältnis von Vertiefung, Erweiterung und Nachbarschaft der EU? Ich bin überzeugt, dass nur eine Verstärkung der politischen Integration die Dynamik des Einigungsprozesses bewahren kann und dass die Gefahr sinkender Zustimmung in der Bevölkerung sehr ernst zu nehmen ist. Ich



fürchte, dass wir im schwierigen europäischen Alltagsgeschäft in Brüssel, ob in der Kommission oder im Parlament, diese Gefahr manchmal unterschätzen. Mein Freund Martin Bangemann erzählte mir als Vizepräsident der Europäischen Kommission vor Jahren, seine Tätigkeit sei viel erfreulicher als die nationale Politik: »Ich habe sehr viel zu arbeiten, aber ich kann mich auf Konzepte konzentrieren und muss nicht ständig in irgendwelche Partei- oder Fraktionsgremien.« Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass er damit eine wunderbare Begründung für den Verdacht liefere, die Politik in Brüssel habe mit der Wirklichkeit in Europa relativ wenig zu tun. Wir brauchen die Akzeptanz der Bürger, und dafür brauchen wir eine Vertiefung der Integration.

Übrigens haben auch Karl Lamers und ich unsere Idee eines Kerneuropas vor 10 Jahren als Instrument der Vertiefung verstanden: Um ihre Dynamik zu erhalten, braucht die EU Führung durch einen Kern, der aber nicht Europa spalten darf, sondern die Integration voranbringen muss. In der aktuellen Debatte um die europäische Verfassung wäre dabei wichtig, dass die institutionellen Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten nicht allzu stark fixiert werden. Denn gerade durch den Beitritt auch einiger kleinerer Staaten sollten wir uns die Möglichkeit offen halten, in einem nächsten Schritt der Vertiefung die Entscheidungsmechanismen der EU weiter zu verändern.

So wichtig die Vertiefung ist, so sehr unterstütze ich andererseits die Aussage von Herrn Wolski, dass europäische Integration nicht die Verschiebung und Vertiefung von Grenzen bedeuten darf. Wir müssen mit jeder Erweiterung nicht nur in die Mitglieds-, sondern auch in die Nachbarländer mehr Offenheit und damit Stabilität transportieren.

Für die Ost-Erweiterung und die Nachbarschaft im Osten der Europäischen Union heißt das vor allem, Russland zu berücksichtigen. Wir müssen auf jeden Fall vermeiden, dass Moskau diese Prozesse als gegen russische Interessen gerichtet begreift. Das ist keine leichte Aufgabe, doch ein Konflikt zwischen der EU-Erweiterung und der Wiederherstellung von Einflussphären im Bereich der ehemaligen Sowjetunion würde tatsächlich eine neue Konfrontation schaffen.

Mutatis mutandis gilt das auch gegenüber der islamischen Welt: Wir müssen die Integration als Verbreitung von Offenheit und Transparenz darstellen. Unser Bemühen um Brücken zur islamischen Welt und zur Unterstützung von Modernisierung, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Trennung von Staat und Religion darf niemals als Vereinnahmung von Teilen und Schaffung neuer Grenzen verstanden werden. Und wir müssen bei der europäischen

Die europäische Integration muss Offenheit und Stabilität auch in Nachbarstaaten fördern ...

... das bedeutet im Osten vor allem, Rücksicht auf Russland zu nehmen

Die EU-Erweiterung in diesem Jahr war die letzte, die noch historisch begründet wurde.

Reiter



Nachbarschaftspolitik eben den Mittelmeerraum ebenso bedenken wie Osteuropa.

Reiter

Künftige EU-Erweiterungen werden anders ablaufen als die von 2004

Die EU-Erweiterung in diesem Jahr war meiner Ansicht nach die letzte, die noch historisch begründet wurde. Weil sie ihre Wurzeln in der europäischen Geschichte hat, konnte sich ihrer moralischen Autorität kaum jemand öffentlich widersetzen. Die Generation von Politikern, die diese Erweiterung in der EU der 15 umsetzte, hätte auch niemals Volksabstimmungen angesetzt, weil sie das als ungerecht gegenüber dem legitimen Beitrittswunsch anderer europäischer Länder empfunden hätte. Alle künftigen Erweiterungen werden jedoch unter anderen Vorzeichen ablaufen.

Während die EU eine neue Rolle als geopolitischer Akteur übernimmt ...

Die heutige Situation in der EU ist widersprüchlich. Einerseits lernt die neue EU mit ihrer Nachbarschaftspolitik strategisches Denken. Sie übernimmt Verantwortung für die Sicherheit in weltpolitisch wichtigen Regionen und geht damit bewusst Risiken ein – eine vollkommen richtige Entscheidung. Auch die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei wird strategisch begründet. Um eine für die europäische Sicherheit wichtige Region zu stabilisieren, wagt die EU das Experiment der Integration eines muslimisch geprägten Landes: sozusagen die europäische Alternative zum Irakkrieg.

... erleben wir eine Innenpolitisierung der Europapolitik in den Mitgliedsstaaten

Andererseits erleben wir eine Innenpolitisierung der Europapolitik in den EU-Mitgliedsstaaten. Der Ruf nach Volksabstimmungen zeigt, wie europapolitische Entscheidungen zunehmend innenpolitischen Zwängen mit all ihren Widersprüchen, taktischen Manövern und Ängstlichkeiten unterstellt werden. Die Politiker haben nicht mehr den Mut zu europapolitischen Schritten, die in der Bevölkerung auf Widerstand stoßen. Mehr noch als für die Türkei gilt das für die Ukraine, Belarus und Moldawien. Wer in den alten EU-Ländern traut sich heute, den Bürgern zu sagen, dass auch diese drei Länder eines Tages Beitrittskandidaten sein könnten – aus Angst vor einer Überforderung der Menschen und damit der Integrationskraft der EU?

Für die Integrationskraft der EU hat Herr Schäuble zu Recht ein europäisches Wir-Gefühl als zentrale Voraussetzung bezeichnet. Diese Identität ist aber keine feste Größe, sondern etwas, das wir aktiv gestalten können und müssen. Wenn die alten EU-Länder ihr Wir-Gefühl nicht bewusst gemeinsam mit den Beitrittskandidaten geformt hätten, wären die zehn neuen Mitglieder heute nicht in der Europäischen Union. Die EU-Erweiterung von 2004 folgte keineswegs dem Wir-Gefühl von 1994, und ebenso wie sich das Wir-Gefühl seitdem verändert hat und weiter

Es ist nun einmal so, dass wir die Ukraine viel weniger kennen.

von Weizsäcker



wächst, können und sollten neue Mitglieder wie Ungarn, Polen und die Slowakei gleichsam stellvertretend für die EU ein Wir-Gefühl mit ihren Grenzländern Ukraine und Belarus entwickeln und es an ihre westlichen Partner weitergeben.

Ich bin nicht bereit, mich einfach damit abzufinden, dass infolge der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg die Türkei vielen Westeuropäern – aus durchaus verständlichen – Gründen näher ist als die Ukraine. Diese Einstellung ist nicht objektiv gegeben. Sie ist durch bestimmte Einflüsse seit 1945 historisch entstanden und kann durch anders gelagerte Einflüsse sehr wohl verändert werden.

Zunächst bin ich Ihnen sehr dankbar für die Eröffnung der Perspektive auf die Türkei, die in unserer Diskussion über die Zukunft und die Erweiterung Europas ganz unvermeidlich ist. Bei einer Konferenz im Zeichen des Weimarer Dreiecks – Frankreich, Polen und Deutschland – über die Türkei haben sich die polnischen Teilnehmer ähnlich geäußert. Sie sprachen sich zwar für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei und eine Beitrittsperspektive aus, aber nur unter der Bedingung, dass die Ukraine ebenso behandelt werde.

Ich möchte um Verständnis dafür werben, dass in Deutschland eine andere Position vorherrscht. Es ist nun einmal so, dass wir die Ukraine viel weniger kennen. Wenn es um strategische Aufgaben der EU geht, denken wir nicht primär an die Ukraine. Unsere Beziehung zu Russland etwa konzipieren wir nicht auf dem Weg über die Ukraine, sondern über Polen: Bei jeder Reise nach Moskau macht der Bundeskanzler seine Reverenz Richtung Warschau.

Das große Interesse an der Türkei verdankt sich weniger der Suche nach einer europäischen Alternative zur amerikanischen Politik im Irak. Es ist vielmehr damit zu erklären, dass vor allem die Deutschen mit der Türkei und türkischen Bürgern unaufhörlich zu tun haben; mit Ukrainern aber kaum. Wir haben zudem ein vitales Interesse daran, den Krisenherd des Nahen und Mittleren Ostens nicht den USA zu überlassen – und der Weg zu einer aktiven Rolle in dieser Region führt eben über die Türkei. Zudem, um noch eine polemische Bemerkung hinzuzufügen, steht uns im Bezug auf seine europäische Leistung Leonid Kutschma ferner als Recep Tayyip Erdogan. Vielleicht beweist dieses Urteil die mangelnde Ukraine-Kenntnis in den EU-Staaten – aber wir sind ja hier, um etwas dazuzulernen. Dabei werden uns hoffentlich gerade unsere polnischen Partner helfen

Herr Michailow und Herr Hrytsak, wünschen Sie sich, dass die Europäer ebenso leidenschaftlich über die Ukraine diskutierten wie über die Türkei? Mich würde

Wir sollten nicht hinnehmen, dass Westeuropäer sich der Türkei näher fühlen als der Ukraine

von Weizsäcker

Für Deutschlands Außenpolitik spielt die Ukraine keine wichtige Rolle ...

... und Deutsche wissen einfach mehr über die Türkei als über die Ukraine

de Weck

Zurzeit fürchten wir, unsere letzte Chance
für einen Anschluss an Europa zu verpassen.

Hrytsak



auch interessieren, weshalb das Türkei-Problem so viele Emotionen weckt, während die Auseinandersetzung um die östlichen Nachbarn vor allem von Vorsicht geprägt ist.

Michailow

Ich weiß nur, dass wir eine Sprache brauchen, die stark genug ist, um der Idee der europäischen Integration in unseren Ländern Kraft und Vitalität zu verleihen. Nur so kann es uns auch psychologisch gelingen, die schwere Last der Vergangenheit hinter uns zu lassen und die Demokratie als neue Normalität anzuerkennen. Diese Sprache aber werden nur Politiker finden, deren Mut sich nicht auf die Erhaltung ihrer eigenen Macht beschränkt.

Hrytsak

Nur durch die europäische Integration
kann die Ukraine das vergangene Jahr-
hundert der Gewalttätigkeit überwinden

In den osteuropäischen Ländern fehlt es auf keinen Fall an Leidenschaft. Für uns steht Europa für die demokratischen Standards und Werte, nach denen wir seit langem streben. Zurzeit fürchten wir, unsere letzte Chance für einen Anschluss an Europa zu verpassen, der es uns erlauben würde, das vergangene Jahrhundert der Gewalttätigkeit zu überwinden. Vom Beginn des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs starb jeder zweite Mann und jede vierte Frau in Osteuropa einen gewaltsamen Tod. Ein Historiker hat es so formuliert: Unsere Geschichte war eine des Wahnsinns mit kurzen hellen Momenten. Die Gefahr, dass unser Versuch der Überwindung dieser Vergangenheit scheitert, lässt uns jedenfalls nicht leidenschaftslos. Vielleicht interessieren sich die Westeuropäer mehr für die Türkei als für uns, weil sie nicht wissen, was Europa für uns bedeutet und welche Vergangenheit wir zu bewältigen suchen.

Erlor

Die Erweiterung am 1. Mai war die Wieder-
herstellung einer europäischen Geografie

Tatsächlich müssen wir begreifen, dass eine Phase des Erweiterungsprozesses unwiderruflich zu Ende ist. Der Beitritt der acht ost- und südosteuropäischen Staaten am 1. Mai – ich nehme Malta und Zypern einmal aus – war die Wiederherstellung einer europäischen Geografie und Geschichte. Bei all diesen Staaten gab es historische Anknüpfungspunkte, die die enorme Geschwindigkeit des Reform- und Beitrittsprozesses erst ermöglicht haben, motiviert durch den Anreiz eines raschen Beitritts. Das wird es nicht mehr geben. Es ist kein Zufall, dass Rumänien und Bulgarien hinterherhinken, denn schon hier werden die geschichtlichen Anknüpfungspunkte weniger.

Künftigen Erweiterungsverhandlungen
fehlt diese klare Zielsetzung

Nach 2007 aber wird definitiv eine andere Seite aufgeschlagen. Bei den fünf Staaten des westlichen Balkans – vielleicht mit der Ausnahme von Kroatien – löst sich der Zusammenhang eines zeitlich absehbaren Beitritts und eines daraus mo-

tivierten Reformtempos auf. In diesen Ländern ist die Politik widersprüchlich, und es gibt Kräfte, die den Beitritt nicht mit aller Kraft verfolgen, sondern bekämpfen. Es ist völlig unabsehbar, wann das Stadium erreicht sein wird, in dem man mit diesen Ländern ernsthaft in Verhandlungen mit einem klar abgesteckten zeitlichen Ziel eintreten kann.

In der Türkei hat schon die Perspektive auf Verhandlungen genug Anreiz geboten, um in einem reformerischen Kraftakt dem Land die politischen Kriterien von Kopenhagen aufzuzwingen. Aber jetzt beginnt eine sehr lange Phase von 14 oder 15 Jahren – Erdogan selbst spricht von 2019 –, deren Ergebnis niemand voraussehen kann. Wer hätte zum Beispiel 1989 sagen können, dass wir im Jahr 2004 eine Erweiterung um 10 Länder haben würden? Damals gab es noch den Warschauer Pakt, die Sowjetunion und den Kalten Krieg.

Die EU hat auch ganz deutlich gemacht, dass sie in Zukunft eine neue Beitrittspolitik betreiben wird. Die von der Kommission vorgeschlagenen drei Säulen verkörpern ein völlig anderes Prinzip: Die Verhandlungen sind ein offener Prozess, der auch scheitern kann; kontrolliert werden nicht nur die Gesetze, sondern auch ihre Umsetzung; und der Prozess kann suspendiert werden, wenn die Reformen nicht ausreichen.

Die Neue Nachbarschaftspolitik ist von der bisherigen Heranführung der Bewerberländer meilenweit entfernt und ähnelt in ihrer Substanz eher diesem Umgang mit den restlichen Beitrittskandidaten. Das müssen wir uns und müssen sich vor allem die Nachbarn der EU viel stärker klarmachen.

Lassen Sie mich zum Ende dieser sehr intensiven Diskussion eine persönliche Bemerkung machen: Als Herr Schlögel die Ukraine als kleines Europa bezeichnete, fielen mir Parallelen zu einem mir nicht ganz unbekanntem Land auf, von dem man dasselbe sagt, nämlich die Schweiz. Vielleicht ist es das Schicksal der Länder, die das europäische Prinzip ganz in sich tragen, nicht Mitglied der Europäischen Union zu sein. Und vielleicht haben gerade Länder, die verschiedenste Traditionen und Kulturen verbinden, zwar gute Diplomaten, aber eine schwache Außenpolitik. Je heterogener ein politisches Gefüge ist, desto schwieriger ist eine kohärente, proaktive und dynamische Außenpolitik. Diese Gefahr könnte früher oder später der Europäischen Union drohen. Ich hoffe, es gelingt uns, aus dem Beispiel von Ländern wie der Schweiz oder der Ukraine zu lernen.

de Weck

III. Das strategische Dreieck EU – neue Nachbarn – Russland

de Weck

Russland als Nachbar ...

Heute geht es mit Russland um ein Land, das zum Thema »Die neuen Nachbarn der EU« in einer doppelten Beziehung steht. Einerseits ist Russland selbst ein neuer Nachbar, der sehr eigene Charakteristika aufweist. Das Land unterscheidet sich nicht nur durch seine Größe von den übrigen östlichen Nachbarn, sondern auch dadurch, dass es in keiner Weise Interesse am mittelfristigen Ziel einer EU-Mitgliedschaft bekundet. Zudem stellt Russlands Exklave Kaliningrad ein besonderes Problem dar. Russlands Ablehnung eines Aktionsplans im Rahmen der Nachbarschaftspolitik hat ja bereits dazu geführt, dass Russland und die EU ihre Zusammenarbeit in herausgehobener Weise konzipieren: Im Rahmen einer strategischen Partnerschaft werden vier gemeinsame Räume aufgebaut.

... und als Rivale ...

Russland ist aber auch noch in einer weiteren Hinsicht relevant für die EU-Nachbarschaftspolitik: Das Land wirkt als zweites Gravitationszentrum neben der Europäischen Union auf Länder wie die Ukraine, Belarus und Moldawien ein – ich nenne nur das Stichwort des Einheitlichen Wirtschaftsraums, mit dem Russland eine eigene Integrationspolitik betreibt.

... der Europäischen Union

Wie verlaufen die Linien der Kooperation und Konfrontation im strategischen Dreieck EU, Russland und neue Nachbarn? Ist Russland ein ganz normaler östlicher Nachbar, oder soll es eine Sonderstellung erhalten? Welche Friktionen könnten durch zwei sich überlappende Integrationsräume der EU einerseits und Russlands andererseits entstehen?

Zunächst werden wir die Beziehungen der EU zu Russland analysieren, die wiederum die Beziehungen der EU zu den neuen Nachbarn entscheidend beeinflussen. Vielleicht kennen Sie die Anekdote vom Antrittsbesuch des neuen EU-Kommissionspräsidenten Barroso bei Russlands Präsident Putin. Barroso fragt Putin: »Auf ein Wort: Wie sind die Beziehungen zwischen der EU und Russland?« Darauf erwidert der russische Präsident: »Gut.« Barroso freut sich, ist aber von dieser positiven Beurteilung doch so überrascht, dass er um eine Nuancierung bittet: »Sagen Sie mir in zwei Wörtern, Herr Präsident: Wie sind die Beziehungen?« Und Putin antwortet: »Nicht gut.« Evgenii Kozhokin vom Russischen Institut für strategische Studien, sagen Sie uns in mehr als zwei Worten: Wie sind diese Beziehungen nun wirklich?

Kozhokin

Referat

Russland will keine EU-Integration mehr,
sondern strategische Partnerschaft

Während der letzten Dekade konnten wir beobachten, wie sich Russlands Haltung gegenüber der EU verändert hat. In den frühen 1990er Jahren haben wir eine ähnliche Diskussion über Russlands Beziehungen zur EU geführt wie jetzt die Ukraine und Moldawien. Damals verlangte ein beträchtlicher Teil der russi-

Heute sieht unsere politische Elite die EU als Partner, mit dem wir auf einer pragmatischen Basis verhandeln müssen.

Kozhokin



schen Elite nach voller Integration. Heute ist wenig von diesen Forderungen übrig. Heute ist Russlands offizielles Ziel eine Strategische Partnerschaft mit der EU.

Beim EU-Russland-Gipfel in St. Petersburg im Mai 2003 vereinbarten die EU und Russland die Intensivierung ihrer strategischen Zusammenarbeit durch die Einrichtung vier sogenannten »Gemeinsamen Räume«, für Wirtschaft, für Freiheit, innere Sicherheit und Justiz, äußere Sicherheit, Forschung und Bildung. Russlands Präsident Wladimir Putin hat vier hochrangige Politiker als Koordinatoren ernannt: Premierminister M. Fradkov ist verantwortlich für die Gesamtkoordination, Energie- und Industrieminister V. Khristenko für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Präsidentenberater V. Ivanov für den Bereich Justiz, Außenminister S. Lavrov für den Bereich innere Sicherheit und Präsidentenberater S. Jastrzhembskiy für den wissenschaftlichen und kulturellen Bereich. Wir haben bereits einige positive Ergebnisse erzielt, aber es gibt noch viel zu diskutieren und zu entwickeln. Ein Zusatzprotokoll zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das das PKA auf die neuen EU-Mitglieder ausdehnt, steht gerade vor der Ratifikation durch die Duma; und der am 11. November stattfindende EU-Russland-Gipfel wird den weiteren Prozess der Ausgestaltung dieser vier Räume fördern.

Derzeit sieht unsere politische Elite die EU als einen Partner, mit dem wir auf einer pragmatischen Basis verhandeln müssen. Wir haben die von der EU für die Unterstützung der Aufnahme Russlands in die WTO genannten Bedingungen akzeptiert, obwohl wir dramatische Folgen für unsere Wirtschaft, wie zum Beispiel einen starken Anstieg des Gaspreises, befürchten müssen.

Die EU ist somit ein sehr wichtiger wirtschaftlicher Partner. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hat zum Ziel, den Handel auf Basis von Meistbegünstigungsklauseln zu liberalisieren und die Gesetzgebung zu harmonisieren.

Unsere Wirtschaft ist bereit, wichtige Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der EU zu unternehmen. Die Russische Vereinigung der Industriellen und Unternehmer hat geplant, eine Vertretung in Brüssel zu eröffnen. Dafür wäre ein von der Europäischen Kommission erhaltener Rechtsstatus notwendig, den diese allerdings nicht gewährt.

In Russland übernimmt der Verband der Industrie- und Finanzgruppen die Umsetzung von EU-Förderprogrammen für den Mittelstand.

Gleichzeitig haben sich aber durch die EU-Erweiterung besonders im wirtschaftlichen Bereich ernst zu nehmende Probleme entwickelt. Transitladungen

Zusammenarbeit in den Vier Räumen

Die EU ist ein wichtiger Wirtschaftspartner und Unterstützer des russischen WTO-Beitritts ...

... doch die Erweiterung verursacht wirtschaftliche Probleme

von und nach Kaliningrad werden durch ein umfangreiches bürokratisches Prozedere behindert. Seit diese Region an die EU grenzt, hat sich die Wartezeit bei der Einreise von fünf auf 24 Stunden, manchmal sogar bis auf fünf Tage, verlängert. Beim Personenverkehr sollte die EU das Schengen-Abkommen flexibler handhaben, um neuen Trennungslinien in Europa vorzubeugen. Russland hat bereits mit Italien, Frankreich und Deutschland während der letzten Monate Visa-abkommen abgeschlossen und verhandelt nun ein Abkommen im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit der EU.

Derzeit ist die innere Sicherheit ein wichtiges Feld der Zusammenarbeit, und die EU scheint nun das Ausmaß der terroristischen Bedrohung verstanden zu haben. Die Zusammenarbeit in diesem Gebiet liegt im Kompetenzbereich unserer Sicherheitsbehörden und sollte auf gegenseitigem Vertrauen gründen. Meiner Meinung nach sollten auch die Sicherheitsbehörden der anderen GUS-Staaten in diesen Prozess miteinbezogen werden.

Migration in die EU ist ein
humanitäres Problem ...

Das Problem der Migration zwischen der EU und ihren Nachbarn Russland, Belarus, Ukraine und Moldawien wird mit der EU-Erweiterung ebenfalls zunehmend akut. Migration findet auf zwei Ebenen statt. Erstens verlassen normale Bürger der Ukraine, Belarus' oder Moldawiens ihr Land und ziehen in die EU oder nach Russland, weil dort die Löhne höher sind. Dieser Menschenstrom wird weiterfließen, solange die Lebensstandards sich merklich unterscheiden. Illegale Immigranten sind nicht nur für die EU ein Problem, sondern auch für Russland, das leider kürzlich den Erwerb der Staatsbürgerschaft sehr erschwert hat. Aus humanitären Gründen müssen wir Wege finden, das Schicksal dieser »neuen weißen Sklaven« zu erleichtern, die zurzeit völlig rechtlos sind.

... und eine wirtschaftliche und
politische Herausforderung

Die Migration von Eliten dagegen ist nicht so sehr ein humanitäres Problem. Wenn die intelligentesten, am besten ausgebildeten und aktivsten jungen Menschen in die EU gehen, tun sie das meist auf legalem Wege. Aber diese Migration ist für Russland und Osteuropa wirtschaftlich und politisch problematisch. Sie verlieren dadurch ihre wertvollsten Wissenschaftler, Ingenieure und Geschäftsmänner.

Aus Sicht der EU ist ein solcher »brain drain« höchstens kurzfristig positiv. Denn auf die Dauer sollte die EU ein Interesse daran haben, qualifizierte politische und wirtschaftliche Eliten in ihren Nachbarländern zu halten, weil das der einzige Weg zur Stabilisierung dieser Regionen ist.

Demographische Veränderungen
in Russland und Europa

Schließlich sollten die EU und Russland damit beginnen, eine Herausforderung offen zu diskutieren, vor der beide Gesellschaften stehen: der absolute



Rückgang der nationalen Bevölkerung einerseits und ihre veränderte ethnische Zusammensetzung andererseits.

Russland und die EU brauchen einen Dialog auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Zusammensetzungen, und die Tatsache, dass in der Russischen Föderation antieuropäische Gefühle unbekannt sind, macht es leichter. Unsere politischen Eliten mögen Schwierigkeiten haben, die Regeln des bürokratischen Spiels und der Machtverteilung in Brüssel zu verstehen. Aber sie sind bereit zu lernen, wenn die Europäer ihr Wissen teilen.

Für die neuen Nachbarn der EU sind gute Beziehungen zwischen der Union und Russland von zentralem Interesse. Die Nachbarn äußern oft ihre Unzufriedenheit über eine Sonderbehandlung Russlands; man spürt das alte Trauma einer russisch-europäischen Kooperation über die Köpfe der osteuropäischen Staaten hinweg. Nur intakte Beziehungen nach Moskau aber erlauben der Union eine Einflussnahme im Interesse der neuen Nachbarn – ich erinnere nur an Interventionen bei Problemen mit Pipelines, der Bezahlung von Energielieferungen oder der Transnistrien-Frage.

Die europäisch-russischen Beziehungen aber stehen zurzeit an einer Wegscheide. Das möchte ich anhand von vier Aspekten zeigen: russische Traumata gegenüber der EU, die Interessen der EU gegenüber Moskau, die Wahrnehmung Brüssels in Russland und schließlich die Folgen der Ereignisse von Beslan für die Beziehungen zwischen Russland und der EU.

Zuerst zu den Traumata: Die politische Klasse Russlands hat die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes bis heute nicht überwunden. Dass die Europäische Union ebenso wie die NATO Teile dieses ehemaligen Imperiums aufgesogen haben, belastet die Beziehungen dauerhaft. Russland empfindet es als schnöde Undankbarkeit, dass die russischen Bürger in den baltischen Staaten in die Rolle einer schutzbedürftigen Minderheit in einem EU-Staat geraten sind. Denn die russische Seite ist überzeugt, in der sowjetischen Zeit viel für die Entwicklung des Baltikums getan zu haben.

Das Trauma des Verlusts ehemaliger Sowjetrepubliken wird überlagert von der Furcht um die Integrität der russischen Föderation. Die Schwäche der Zentralregierung, die zentrifugalen Kräfte der Regionen und damit die Fragilität der Föderation zeigen sich dramatisch im Nordkaukasus und beim Tschetschenien-Problem.

Zweitens: Welche Interessen hat die EU gegenüber Russland? Zunächst und vor allem muss die Union Stabilität für ihren großen Nachbarn wollen, der mit

Erler

Referat

Nur gute Beziehungen der EU zu Russland erlauben Hilfe für die Staaten Osteuropas ...

... doch die europäisch-russischen Beziehungen stehen an einer Wegscheide:

Die EU-Erweiterung verstärkt das russische Trauma des Verlusts der Sowjetunion

Primär hat die EU ein Interesse daran, Russland zu stabilisieren



so vielfältigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die geografische Nähe und die wirtschaftliche Bedeutung des russischen Partners vor allem im Energiebereich sind Grund genug: Deutschland etwa bezieht 30 Prozent seiner Ölversorgung und 40 Prozent seiner Gasversorgung aus der Russischen Föderation.

Aus dem Interesse an Stabilität leitet sich erst der Wunsch nach einer Demokratisierung Russlands ab. Europa weiß, dass funktionierende Demokratie und Marktwirtschaft ein Land stabilisieren. Wenn Stabilität und Demokratisierung aber in Gegensatz geraten, behält das Stabilitätsinteresse die Oberhand.

Die EU will Russland innerhalb
der Strukturen internationaler
Zusammenarbeit halten

Neben der innerrussischen Stabilität hat die EU ein Interesse daran, dass Russland in den Strukturen der internationalen Zusammenarbeit verbleibt. Im NATO-Russland-Rat braucht die EU Moskau als Partner für die Lösung der Konflikte auf dem Balkan oder im so genannten Broader Middle East. Auch bei der Lösung von globalen Problemen geht es nicht ohne Russland – ich erinnere nur an die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls. Schließlich ist nach dem 11. September Russland als Partner in der internationalen Antiterrorpolitik unverzichtbar.

Russland hat Schwierigkeiten mit der
multilateralen Struktur der EU ...

Drittens: die russische Wahrnehmung der EU: Putins Russland hat mit der EU als Partner große Schwierigkeiten, weil das politische System der EU dem russischen Grundsatz widerspricht, dass Außenpolitik bilateral ist. Putin versucht darum, die Beziehungen zu den aus seiner Sicht wichtigen EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und gelegentlich Italien zu bilateralisieren. Wenn Putin mit Bundeskanzler Schröder ein Thema besprochen hat, geht er davon aus, dass die Gesprächsergebnisse automatisch in der EU Gesetz werden. Dieses Problem wird noch drängender werden, wenn mit der Umsetzung der europäischen Verfassung die Integration in allen Bereichen und vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik zunimmt.

... und fühlt sich nach dem Terroranschlag
von Beslan allein gelassen ...

Viertens: Die Geiselnahme in der Schule von Beslan Ende August/Anfang September hat die Beziehungen der EU zu Russland in akute Gefahr gebracht. In einer Krisensituation erfährt Moskau statt der erwarteten Unterstützung harsche Kritik und gerät dadurch in die Gefahr der Selbstisolierung.

Die Woche des Terrors hat Russland in die tiefste Krise der Putin-Zeit gestürzt. Putin ist mit der Strategie gescheitert, den Tschetschenienkonflikt durch Übertragung der Verantwortung an moskautreue Tschetschenen sozusagen zu tschetschenisieren. Stattdessen greift die Gewalt nun von Tschetschenien auf ganz Russland über. Russland empfindet die Situation durchaus als vergleichbar mit der nach dem 11. September 2001 in den USA und erwartet eine entsprechende Anteilnahme.

Die EU muss die Kanäle der Kooperation mit
Russland aufrechterhalten und der Neigung zu
unilateralem Handeln entgegenwirken.

Erler

Doch nach einer kurzen Welle der Solidarität nach Beslan brach sich stattdessen all die aufgestaute Kritik gegenüber der russischen Führung Bahn, die Putin durch seine kooperative Haltung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September sehr geschickt eingedämmt hatte. Jetzt kommen alle zurückgehaltenen Einwände gegen die russische Tschetschenienpolitik an die Oberfläche, gegen die Machtkonzentration in den Händen des Präsidenten, die Behandlung der Opposition und der Pressefreiheit und schließlich das Vorgehen gegen Chodorkowski. Diese Kritik aus der EU kommt dabei nicht etwa von offizieller Seite, sondern Stimmen aus der Gesellschaft in den EU-Mitgliedsstaaten kritisieren Russland, werfen der EU Halbherzigkeit und Schwäche gegenüber Putin vor und verlangen klare Aussagen gegen die russischen Missstände.

Diese in Moskau als unberechtigt empfundene Kritik löst dort eine sehr gefährliche Reaktion aus, nämlich die Tendenz, sich einzuigeln und ohne Abstimmung mit Partnern wie der EU einsame Entscheidungen zu treffen. Die Hauptaufgabe der Europäischen Union muss es darum sein, die Kanäle der Kooperation mit Russland aufrechtzuerhalten und der Neigung zu unilateralem Handeln entgegenzuwirken.

Ich sehe die Gefahr, dass das »alte« und das »neue« Europa sich über Russland genauso zerstreiten werden wie über den Irak. Die neuen Mitgliedsstaaten haben ihre Erfahrungen mit der UdSSR und dem »russischen Joch«. Sie wollen, dass die EU diese Erfahrungen berücksichtigt, und sie sind verärgert, dass Putin ihnen gegenüber keine Schuldgefühle oder Versöhnungswünsche bekundet. Sie sollten aber auch die deutschen, französischen und englischen Erfahrungen berücksichtigen, nämlich die mit der Befindlichkeit von Mächten, die ihr Imperium verloren haben.

Führen Sie sich Folgendes vor Augen, um die russische Psyche zu verstehen: Früher eine Supermacht, hat Russland heute kaum Verbündete in der Welt und gerät zu China wie zur islamischen Welt zunehmend in Frontstellung. Das Land hat mehrere Wirtschaftskatastrophen erlebt und saß bis vor kurzem in einer furchtbaren Schuldenfalle. In Tschetschenien sehen wir Westler einen Kolonialkrieg, die Russen aber sind überzeugt, dass sie gegen vom Ausland finanzierte Terroristen kämpfen.

Vor diesem Hintergrund erlebt das Land die NATO-Osterweiterung nicht wie wir als Konsolidierung Europas, sondern als Ausweitung eines Militärbündnisses

In Russland droht Unilateralismus
und Isolationismus

Rahr

Werden »altes« und »neues« Europa sich über
Russland zerstreiten wie über den Irak?

Russland hat sein Imperium verloren ...

... fühlt sich durch die
NATO-Erweiterung bedroht ...



... und Russland ist seiner europäischen
Märkte beraubt worden

Darum will Putin einen starken National-
staat – wir sollten dafür Verständnis haben

bis an die eigenen Grenzen. Gleichzeitig erweitert die NATO und damit Amerika in Zentralasien im Kampf gegen den Terrorismus ihre Basis.

Die EU-Osterweiterung hat die mittelosteuropäischen Märkte für Russland wegbrechen lassen. Vergeblich hat das Land sich gegen die Ausweitung des EU-russischen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf Mitteleuropa gewehrt – nun sind alle bilateralen Verträge mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten hinfällig. Die Transportwege nach Kaliningrad können Russen nur mit Visa benutzen. Die EU ist in Georgien aktiv; ein Jutschtschenko-Sieg in der Ukraine würde ihren Einfluss auch dort erhöhen; und ein möglicher Kaukasus-Pakt der EU wird auf die nationalen Interessen der Russen ebenfalls keine Rücksicht nehmen.

Russland hat Angst davor, eingekreist zu werden. Das ist in einer Phase, in der Putin versucht, einen Nationalstaat aufzubauen, eine Rechts- und Ordnungsmacht, vielleicht verständlich, denn dabei geht es im Wesentlichen um Macht nach einer Phase der Anarchie. Wir mögen Vorbehalte gegen die demokratische Grundlage seiner Herrschaft haben, aber das russische Parlament wurde erstens vom Volk gewählt, und zweitens hätten auch völlig freie und faire Wahlen dasselbe Resultat erbracht. Die Liberalen haben in Russland versagt, aber die neue Mitte, auf die Putin sich stützt, ist real. Der Machtaspekt, der heute eine zentrale Rolle spielt, scheint Europäern im Zusammenhang mit Russland als gefährlich. Deshalb muss sich Russland einer Wertedebatte stellen, anstatt vom erhofften Wohlstandstransfer vom Westen zu profitieren.

Ich appelliere aber an den Westen, die russische Angst vor einer Einkreisung ernst zu nehmen. Ich hoffe, dass die Wirtschaftsbeziehungen ein vernünftiges und pragmatisches Vorgehen gegenüber Russland fördern werden und dass auch die Presse einmal wieder positiver berichten wird. Der worst case einer weiteren Selbstisolierung eines von Misstrauen beherrschten Russlands ist eine sehr reale Gefahr.

Reiter

Niemals würde ich von mir behaupten, als Pole das »russische Joch« oder die »russische Seele« besser zu kennen als die Westeuropäer. Ich hoffe, wir haben solche Klischees inzwischen hinter uns.

Aber ich bitte Sie, trotz aller unbestreitbar großen Probleme Russlands, von welcher Einkreisung sprechen Sie? Wer soll Russland einkreisen? Russland wird von allen umworben, insbesondere heute als wichtiger Akteur im strategischen Spiel um Rohstoffe.

Aus dem Zerfall der Sowjetunion sind
Moskau oder Petersburg als die
dynamischsten Städte Europas aufgestiegen.

Schlögel

Für mich gibt es Russland als einheitlichen Terminus nicht mehr, sondern den Planeten Moskau, den Planeten Petersburg und ein weites Land, das wir kaum kennen. Aus dem Zerfall der Sowjetunion sind Moskau oder Petersburg als die dynamischsten Städte Europas aufgestiegen – eine großartige Erfolgsgeschichte. Völlig zu Unrecht bezeichnen die Berliner ihre Stadt als größte Baustelle in Europa – in Moskau wird viel mehr gebaut und natürlich auch dramatisch abgerissen, mehr auch als zu Stalins Zeiten.

Ich möchte Gernot Erlers Beschreibung der Asymmetrie der Wahrnehmung von Gewalt in Russland unterstützen. Wir haben die neue Karte Europas noch nicht in unserem Kopf, deren Linien von den Attentaten von Madrid, Istanbul, Moskau und Beslan bestimmt werden. Wir vergessen oft, dass die ersten öffentlich auf Videos und dann im Fernsehen verbreiteten Enthauptungen nicht in Bagdad, sondern in Tschetschenien stattgefunden haben.

Herr Erler hat mit dem Stichwort Bilateralisierung eine zentrale Gefahr für das Verhältnis der EU zu Russland genannt. Nicht nur Putin hat eine Vorliebe für bilaterale Beziehungen, sondern auch die Amerikaner tun sich schwer mit der Erkenntnis, dass die EU nicht bilateral funktioniert. Selbst die Handelnden in der EU geben gelegentlich der Versuchung bilateraler Beziehungen nach.

Ganz gezielt müssen wir der Bilateralisierung der EU-Außenbeziehungen im Bezug nicht nur auf Russland, sondern auch auf die neuen Nachbarn entgegenwirken. Bei diesem Gesprächskreis ist mir noch klarer geworden, wie sehr die Mitgliedsstaaten am Rand der Union an einer proaktiven Politik gegenüber ihren jeweiligen Nachbarländern außerhalb der EU interessiert sind. Für den Mittelmeerraum interessieren sich Spanien und Italien, für neue Nachbarn im Osten wie die Ukraine übernimmt Polen eine besondere Verantwortung. Das darf aber nicht dazu führen, dass diese Länder auf bilaterale Beziehungen setzen. Darum müssen wir im Bereich der östlichen Nachbarländer etwa Polen von Anfang an viel stärker in die Führung der Europäischen Union einbeziehen.

Denn das Einzigartige des europäischen Experiments ist eben die Ersetzung bilateraler Beziehungen durch eine integrierte Außenpolitik. Die im Untergrund wirkenden geschichtsmächtigen Kräfte, die Herr Schlögel beschrieben hat, müssen wir in einer sich dramatisch verändernden globalisierten Welt in integrierte Strukturen einhegen. Die europäische Integration und der Nachbarschaftsprozess transportieren nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand. Sie bieten eine Antwort auf die Instabilitäten und die zerstörerischen Gewaltexzesse, die

Schlögel

Schäuble

Nicht nur Putin versucht, die Beziehungen zur EU zu bilateralisieren ...

... auch die EU-Länder sind der Versuchung des Bilateralismus ausgesetzt



den europäischen Kontinent über Jahrhunderte bestimmt haben. Weder gegenüber den neuen Nachbarn noch gegenüber Russland dürfen wir den Pfad dieser Integration verlassen.

Reiter

Eine Bilateralisierung der EU-Außenpolitik ist gerade nach dem Ende des Kalten Krieges besonders gefährlich. Die klaren und festen Strukturen der bipolaren Welt stellten eine wirksame Barriere gegen außenpolitische Fehler einzelner Länder dar. Heute gibt es Spielräume für Dummheiten, von denen man früher kaum zu träumen wagte. Wir brauchen darum Mechanismen, die das Risiko außenpolitischer bilateraler Fehlritte vermindern. Deshalb ist es so wichtig, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU möglichst schnell zu einem wirksamen und umfassenden Instrument auszubauen.

Hübner

Die EU wirkt der Bilateralisierung durch ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entgegen

Sie haben völlig Recht, was die Gefahr der Bilateralisierung und die Versuchung für die Regierungschefs mächtiger Länder angeht, ihre eigene Außenpolitik zu verfolgen. Die EU hat begonnen, ihren supranationalen Mechanismus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik weiter zu entwickeln. Ein erster Schritt ist die Reform des auswärtigen Dienstes der EU unter dem Mandat des Ministerrates. Der nächste große Schritt wird der Amtsantritt des Außenministers der Union sein, der 2007 nach Annahme der Verfassung – und vermutlich sogar im Falle einer Ablehnung – erfolgen wird. Die EU entwickelt also sozusagen einen gemeinsamen Mund, um sich zu zwingen, mit einer Stimme zu sprechen.

Ilves

Russland versteht den multilateralen Charakter der EU nicht

Russland begreift tatsächlich den multilateralen Charakter der EU nicht. Schon in der Sowjetära missverstand man die Union als Clearingsystem, sozusagen als einen kapitalistischen RGW. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Russland diese Einstellung beibehalten, obwohl sich die politische Integration der EU vertieft hat. Das zeigte sich, als die mitteleuropäischen Staaten 1998 ihre Beitrittsverhandlungen begannen. In völliger Verkennung der Funktionsweise der EU wandte Russland sich an die Regierungen aller EU-Mitgliedsländer und verlangte trilaterale Beitrittsverhandlungen für die sechs ehemaligen Sowjetstaaten. Russland hatte es versäumt, Einspruch gegen den Beitritt dieser Länder zur EU einzulegen wie bei der NATO-Erweiterung, weil es den Charakter der EU nicht verstanden hatte. Als die Russen begriffen, dass die Union eine mächtige politische Einheit ist, an deren Entscheidungen künftig auch Polen und Lettland beteiligt sind, versuchten sie, ihren Fehler wieder gutzumachen.

Die neuen Mitgliedsstaaten werden ein festes Auftreten gegenüber Russland fordern.

Ilves

Russland war tatsächlich recht erfolgreich beim Versuch, seine Beziehungen zu manchen EU-Staaten zu bilateralisieren. Wie George Bush senior baut Putin enge Beziehungen zu europäischen Staats- und Regierungschefs wie Gerhard Schröder oder Jacques Chirac auf, um seine politischen Ziele zu erreichen. In Silvio Berlusconi hat er einen besonders engen Freund gefunden. Berlusconi ist so stolz auf sein gutes Verhältnis zu Putin, dass er bei einer Frage nach Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien während einer Pressekonferenz seinen Arm um Putin legte und sagte: »Lassen Sie mich in dieser Sache Ihr Anwalt sein« – und damit der Position der Kommission und des Rates fundamental widersprach.

Putin hat mehr als symbolische Erfolge erreicht. Wäre die Kommission nicht gewesen, so hätte er mehrfach die europäische Politik beeinflusst. Chirac und Berlusconi übten auf sein Betreiben solchen Druck aus, dass die EU und Russland beinahe über das Visaregime Litauens gegenüber Russland und Kaliningrad entschieden hätten, ohne Litauen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, das zu diesem Zeitpunkt Beitrittskandidat war. Zum Glück hat die Kommission das verhindert. Russland hat auch versucht, die Zustimmung der EU zur erzwungenen Föderalisierung von Moldawien zu erhalten. Das hätte die Legitimierung des kriminellen Staates bedeutet, der sich Transnistrien nennt. Zum Glück hat auch das nicht funktioniert.

Russland ist sich klar darüber, dass die Kommission innerhalb der Union der wichtigste Kämpfer gegen Bilateralisierung sein wird. Sie verteidigt die Interessen aller gegen das Interesse einzelner Länder. Darum versucht Russland, die Ressentiments der einzelnen Mitgliedsländer gegen Brüssel aufzustacheln. Als die Kommission im vergangenen Frühjahr Russland kritisierte, forderte der einflussreiche russische Politologe Sergej Karaganow in der westlichen Presse, die »teutonische Seele und die gallische Vernunft« sollten »den Sieg über die Bürokraten davontragen, die in Brüssel den Gang der Dinge zu bestimmen suchen«.

Die neuen Mitgliedsstaaten werden die EU-Außenpolitik viel eher dadurch beeinflussen, dass sie ein festes Auftreten gegenüber Russland fordern, als dass sie trojanische Pferde für die USA werden. Die russische Grenze zur EU beschränkt sich nicht mehr auf die unbevölkerte Grenze zu Finnland. Drei baltische und vier Visegrad-Staaten grenzen an Russland, und an diesen Grenzen leben Menschen. Die Erfahrungen der 75 Millionen Einwohner dieser Länder mit Russland und der Sowjetunion sind lang und nicht sehr positiv. Ihre Vertreter bringen diese Erfahrungen und ihre kritische Einstellung gegenüber Russland ins Europäische Parla-

Putin hat erfolgreich bilaterale Beziehungen zu EU-Staaten aufgebaut

Vor allem die Kommission bekämpft Bilateralismus ...

... und die neuen EU-Mitglieder werden mehr Festigkeit gegenüber Russland fordern



ment, in die Kommission und in den Rat. Sie werden verhindern, dass die EU aus Inkompetenz Konzessionen gegenüber Russland macht, und sie werden als Partner der Ukraine, Belarus' und Moldawiens verhindern, dass die EU und Russland über deren Köpfe hinweg Geschäfte machen.

Cuntz

Auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sind tatsächlich sowohl in der EU als auch auf Seiten Russlands noch manche bilateralen Denkmuster zu überwinden. Zudem müssen wir ganz klar sehen, dass die Kommission bei ihren außenpolitischen Verhandlungen – etwa über den Personentransit durch Litauen nach Kaliningrad – zurzeit eben noch der Unterstützung der Mitgliedsstaaten bedarf.

Wir müssen den russischen Bemühungen um Bilateralisierung mit aller Entschiedenheit widerstehen. Es ist eine absurde Vorstellung, unsere Verhandlungen EU-Russland in der Konstellation eins zu fünfundzwanzig zu führen. Innerhalb der EU müssen wir noch stärker eine Stimme entwickeln, statt dass wie zurzeit die alle sechs Monate wechselnde Präsidentschaft, die Kommission und noch eine Reihe anderer Akteure mitreden. Wenn wir in einiger Zeit einen europäischen Außenminister haben und Herr Boag nicht nur Botschafter der Kommission, sondern der EU ist, werden wir die gemeinsamen Interessen und auch Probleme mit Russland noch sehr viel konstruktiver diskutieren können.

Wagstyl

Die großen EU-Länder wetteifern um die besten Beziehungen zur Russland

Gerade die großen EU-Staaten sind der Versuchung des Bilateralismus ausgesetzt. Kurz vor Putins erster Wahl zum Präsidenten hat Tony Blair es sich nicht nehmen lassen, ihn als Premierminister und Jelzins designierten Nachfolger in Petersburg zu besuchen und mit ihm in die Oper zu gehen. Auch wenn das Außenministerium das als normale Kontaktpflege zu einem wichtigen russischen Politiker darstellte, war der eigentliche Grund, vor den Franzosen und den Deutschen einen guten Draht zum neuen Präsidenten zu bekommen. Es gibt einen Wettlauf um die besten Beziehungen zu Russland zwischen den großen europäischen Staaten. Das bringt Staatsmänner wie Berlusconi dazu, auf Grundlage ihres angeblich tieferen Verständnisses für Russland ihre eigene Politik zu verfolgen.

Da wir diesen Wettbewerb nicht einfach aus der Welt schaffen können, sollten wir ihn pragmatisch in konstruktive Bahnen zu lenken versuchen. Wieso schaffen wir nicht ein Forum, in dem die Länder, die am meisten Wert auf ihre besonderen Beziehungen zu Russland legen, ihre Bemühungen koordinieren können?

Ich glaube nicht, dass wir Russland wirklich beeinflussen können.

Reiter

Großbritannien hat früher schon einmal geglaubt, ein Monopol für den Zugang zur damaligen Sowjetunion zu haben. Margret Thatcher hat damals gesagt, wer mit Gorbatschow in Kontakt treten wollte, der müsse über London fahren. Blairs Versuch daran anzuschließen war zum Glück nicht vollständig erfolgreich. Eine Bilateralisierung der Beziehungen zu Russland ist kein gangbarer Weg; und es ist in höchstem Maße kontraproduktiv, wenn Putin nach einem Gespräch mit Schröder meint, zugleich eine Verabredung mit der EU getroffen zu haben.

Der Weg zur Überwindung des Bilateralismus führt aber meiner Meinung nach nicht primär über den gemeinsamen Außenminister, den Verfassungsentwurf oder andere vertragliche Bindungen. Wir werden den Bilateralismus erst dann hinter uns lassen, wenn die großen EU-Mitgliedsländer erkennen, dass ihnen Kooperation mehr nützt als ein Eifersuchtswettbewerb in die Oper von St. Petersburg. Der Weg führt darum über London, Paris, Warschau und Berlin. Wenn Großbritannien, Frankreich, Polen und Deutschland ihre Russlandpolitik koordinieren, bildet das eine tragfähige Basis für eine gemeinsame EU-Außenpolitik. Eine solche Politik wird nicht nur allen Mitgliedsländern Vorteile bringen. Sie wird es auch erlauben, unseren neuen Nachbarn sehr viel effektiver zu helfen.

Der Erfolg der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU hängt tatsächlich nicht nur von Institutionen und politischem Willen ab – obwohl wir um beides permanent werden kämpfen müssen –, sondern auch von der Fähigkeit zur Konsensfindung in der Union der 25. Der alte deutsch-französische Kern funktioniert nicht mehr, und einen neuen Mechanismus haben wir noch nicht. Einen Konsens innerhalb eines Kerns wichtiger Mitgliedsstaaten zu bilden – Wolfgang Schäubles Kerneuropa-Konzept – scheint mir ein viel versprechender Weg. Es wird dabei aber nicht leicht sein, Großbritannien wirklich zu integrieren und neue Trennlinien zu verhindern.

Herr Erler hat darauf abgehoben, dass die EU durch die Wahrung guter Beziehungen zu Russland ihre Einflussmöglichkeiten auf Putin bewahren muss. Ich glaube nicht, dass wir Russland wirklich beeinflussen können. Die Erfahrungen der vergangenen 15 Jahre zeigen, dass der Kreml seine eigenen Entscheidungen trifft.

Auf diplomatisch-strategischer Ebene kann man mit Russland Absprachen treffen und sachlich bei der Bewältigung regionaler Krisen und globaler Probleme zusammenarbeiten. Die EU kann auf die russische Politik mit einer klug definierten

von Weizsäcker

Die großen Mitgliedsstaaten müssen ihre Russlandpolitik koordinieren

Hübner

Reiter

Niemand kann die russische Politik von außen beeinflussen

ten Artikulation der eigenen Interessen reagieren und wird dann als ernst zu nehmender außenpolitischer Partner anerkannt werden.

Eine tiefer gehende Einflussnahme mit dem Ziel, durch Zusammenarbeit mit Russland eine Wertegemeinschaft zu begründen, hat sich aber als Illusion erwiesen. Ob es jemals möglich war, Russland zur Akzeptanz der westlichen Spielregeln der Politik zu bringen, scheint mir ohnehin fraglich. Der Westen hat aber nach dem 11. September 2001 auch aufgehört, Druck auszuüben. Die Einladung Washingtons an Russland zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus enthielt die Bereitschaft, auf die Dimension der Wertegemeinschaft zu verzichten. In Moskau wurde das Signal sehr genau wahrgenommen, dass Amerika auf der Suche nach Verbündeten weniger wählerisch geworden ist. Putin kann nun sein Ziel einer »kontrollierten Demokratie« verfolgen und gewinnt mit der Abschaffung gesellschaftlicher Kontrollmechanismen eine außenpolitische Handlungsfreiheit, die weit über die der westlichen Regierungen hinausgeht.

Ich denke, wir müssen Russland deutlich sagen, dass wir die derzeitige innenpolitische Entwicklung nicht akzeptieren können. Ich glaube nicht, dass wir damit die Zusammenarbeit auf der strategischen und diplomatischen Ebene gefährden.

Kozhokin
Äußerer Einfluss auf Russland
hat nur schlechte Folgen

Ich stimme Herrn Reiter zu, dass man Russlands Innenpolitik kaum beeinflussen kann. Die EU kann sie vielleicht etwas zum Schlechteren, aber nicht zum Besseren verändern. Die vereinfachende Kritik der westlichen Massenmedien hat nicht nur Russlands Politik nicht verändert, sondern die Beziehungen zwischen der EU und Russland ernsthaft beschädigt.

Erler
Nein! Russlands Kyoto-Ratifizierung ist
die Folge geduldiger Einflussnahme

Es stimmt nicht, dass wir Russland nicht beeinflussen können. Übersteigerte Kritik ist zweifellos schädlich. Aber gerade die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls zeigt, dass lange diplomatische Bemühungen durchaus zu Erfolgen führen können. Das Gleiche gilt für den angepassten KSZE-Vertrag, und auch im Bereich von Zivilgesellschaft und Menschenrechtspolitik hat Europa durch intensiven Austausch manches erreicht. Hier geht es nicht nur um die offizielle Politik, sondern etwa auch um die Arbeit von Stiftungen. Der Geschichtswettbewerb der Körber-Stiftung zum Beispiel hat tausende junge Russen dazu gebracht, sich kritisch mit der eigenen Geschichte zu befassen.

Fundamentalkritik wie der auch von Janusz Reiter unterschriebene offene Brief an die EU, der Russland in die Nähe einer Diktatur rückt, scheint mir dage-



gen völlig kontraproduktiv zu sein. Wir müssen an die positiven Aspekte anknüpfen. Putin hat am 13. September sieben Antworten auf Beslan gegeben. Zu diesen Antworten gehört nicht nur, dass Russland in Zukunft ebenso wie Amerika ein Recht auf Präventivschläge gegen Terroristen beansprucht. Putin hat auch explizit auf die sozialen Ursachen von Terrorismus Bezug genommen und eine regionale Initiative im Nordkaukasus angekündigt, für die er eine föderale Kommission unter Leitung seines wichtigen Mitarbeiters Dmitri Kosak eingesetzt hat. Sehr zu Recht verfolgt die deutsche Politik das Ziel, solche positiven Ansätze zu unterstützen, statt dramatische Kritik-Aktionen zu inszenieren.

In der krisenhaft zugespitzten Lage in Russland dürfen wir Putins Belastbarkeit nicht überfordern. Wir dürfen aber auch nicht in den Geruch kommen, es ginge uns in Russland nur um die Wahrung unserer Interessen und Investitionschancen. Die Ukrainer fragen mich als deutschen Botschafter übrigens häufiger nach der Russland-Politik unseres Landes als nach der Politik gegenüber der Ukraine, weil sie meinen, dass das Verhältnis zu Russland dasjenige zur Ukraine bestimmt.

Die Bemühung um eine Modernisierungs- statt einer Wertegemeinschaft bietet hier sehr brauchbare Ansätze. Modernisierung ist schlicht die Herstellung eines Institutionengefüges und einer Marktwirtschaft, die unseren Institutionen genügend entsprechen, um kooperieren zu können. Zurzeit ist die Rede von einem russischen Parlament irreführend, die Duma ist nämlich kein solches. Auch von einem russischen Rechnungshof oder Rechtsstaat dürfte man eigentlich nicht sprechen. Solche Institutionen zu entwickeln und damit Russland in einen gemeinsamen Zivilisationsrahmen einzubinden, wird sicher auch dem Investitionsklima zugute kommen.

Natürlich können wir Russland nicht nach unserem Bilde neu schaffen oder seine Politik direkt beeinflussen. Aber es gibt einen Hebel zur langfristigen Einflussnahme. Anders als China hat Russland zu einem gewissen Grade teil an der europäischen Kultur und Geschichte. Die Russen sind darum zwischen europäischen und anderen Traditionen hin- und hergerissen und erklären oft ihre Bereitschaft, sich europäischen Standards anzupassen und sich an ihnen messen zu lassen. Viele Russen wollen Westeuropa bereisen und ihre Kinder an westeuropäischen und amerikanischen Universitäten ausbilden lassen. Diese Anziehungskraft Westeuropas ist ein wirksames Mittel, um die russische Debatte von innen heraus zu beeinflussen – nicht sofort, aber über einen Zeitraum von 10 oder 20 Jahren.

Stüdemann

Wir brauchen ein modernes Institutionengefüge und eine Marktwirtschaft in Russland

Wagstyl

Die Neigung der Russen zu westlichen Werten kann ein Hebel sein

Nur eine Zusammenarbeit mit den
östlichen Nachbarn kann die globale
Wettbewerbsfähigkeit der EU bewahren.

Hübner

de Weck

Als Professorin der Wirtschaftswissenschaften, ehemalige polnische Vertreterin bei der UNO und schließlich Europaministerin bringt Danuta Hübner die denkbar reichsten Erfahrungen für ihr neues Amt als Europäische Kommissarin für Regionalentwicklung mit. Mit Polen vertritt sie einen neuen EU-Mitgliedsstaat, der mit Russland, der Ukraine und Belarus eine Grenze und eine lange gemeinsame Geschichte teilt.

All dies prädestiniert sie dafür, die Perspektive unserer Diskussion auszuweiten. Zum einen werden wir nach den Beziehungen der EU zur Russland nun das strategische Dreieck EU-Russland-Ukraine/Belarus/Moldawien betrachten. Zum anderen soll es neben der Analyse um konkrete Strategien gehen: Was muss die EU tun, und was erwarten die neuen Nachbarn von ihr?

Hübner

Referat

Die EU braucht Osteuropa ...

Die Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland, der Ukraine, Belarus und Moldawien ist nicht nur für die Länder in Osteuropa von überragender Bedeutung, sondern auch für die EU. Terrorismus und andere Bedrohungen der europäischen Sicherheit können nur in enger Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn erfolgreich bekämpft werden. Die Menschen in der EU haben Angst vor der unberechenbaren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in manchen Nachbarstaaten. Wir müssen ihnen zeigen, dass die Union Instrumente besitzt, um regionaler Instabilität entgegenzuwirken und die Entwicklungen politisch zu steuern. Schließlich hängt die Aufnahmekapazität der Union, ihr politisches Gewicht und letztlich ihr Überleben von ihrem wirtschaftlichen Potential ab. Nur eine Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn, die diese Länder von gefährlichen Wettbewerbern in Verbündete verwandelt, kann die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU bewahren oder wieder herstellen.

... darum muss sie alle Möglichkeiten
der Nachbarschaft nutzen

Deshalb sollte die Nachbarschaftspolitik sich nicht nur darauf konzentrieren, so viele Barrieren wie möglich abzubauen, sondern ein positives Ziel verfolgen: Die EU muss die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen, die die neuen Nachbarn bieten. Diese Politik muss die komplexen und sich ständig ändernden Beziehungen und Machtverteilungen zwischen dem russischen Riesen und der Ukraine, Belarus und Moldawien berücksichtigen.

Entscheidungsfindung in der Gemeinschaft
der 25 muss die Union noch lernen

Die jüngste Erweiterung hat das Gewicht, den Charakter und die Verantwortlichkeiten der EU als politischer Akteur signifikant verändert. Sie hat auch die Vielfalt der Akteure in der Union erhöht, die ihre individuellen und historisch begründeten Einstellungen etwa gegenüber den USA, Russland oder der Ukraine mitbringen. Das wird vielleicht weder den Stil noch die Substanz der EU-Außen-



politik fundamental verändern, aber subtile Unterschiede können in kritischen Momenten entscheidend werden. Ich denke, die Kontroverse über den Irak war der erste Schritt eines Lern- und Anpassungsprozesses. 25 statt 15 Mitglieder bedeuten nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Veränderung.

Ebenso wie alle neuen Mitglieder in der Vergangenheit bringen auch die zehn am 1. Mai 2004 beigetretenen Staaten eine neue geographische Dimension und neue politische Schwerpunkte in die EU. Der Beitritt Spaniens und Portugals hat zur Entwicklung einer mediterranen und einer lateinamerikanischen Dimension und auch der Kohäsionspolitik geführt. Schweden und Finnland haben nicht nur die Nördliche Dimension eingeführt, sondern auch demokratischere und transparentere institutionelle Strukturen.

Die jüngste Erweiterung erhöht vor allem die Bedeutung der russischen Dimension. Sie macht Russland nicht nur zu einem wichtigen Nachbarn, sondern bringt Staaten in die EU, die früher stark von der Sowjetunion abhängig waren oder zu ihr gehörten. Diese neuen Mitglieder werden sich für eine proaktivere Politik gegenüber Russland einsetzen.

Die neuen Mitglieder stärken wegen ihrer historischen Verbindungen zu den USA und ihrer großen Zahl an Auswanderern dort auch die euro-atlantische Dimension. Die gemeinsamen Bedrohungen der EU und der atlantischen Gemeinschaft – wie Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder organisiertes Verbrechen – können nur zusammen mit den östlichen Nachbarn der EU gemeistert werden. In diesem Bereich ist die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen eine wichtige Grundlage der Zusammenarbeit.

Darum möchte ich etwas detaillierter über die wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn sprechen. Wir haben noch nicht verstanden, welche enormen Konsequenzen die Erweiterung und die neue Nachbarschaft haben werden.

Die Erweiterung hat die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs signifikant verändert. Frankreich oder Deutschland fürchten eine Abwanderung von Unternehmen nach Litauen oder Polen. Wir vergessen dabei gerne, dass die noch weiter östlich gelegenen und noch billigeren Unternehmen nicht nur für die alten, sondern auch für die neuen Mitgliedsstaaten bedrohliche Wettbewerber sind. Die Ukraine und Russland sind nicht nur im Energiebereich ernst zu nehmende Akteure. Ihr landwirtschaftliches Potential könnte die europäische Wirtschaft dramatisch verändern, und zwar nicht nur langfristig, sondern in der nahen Zukunft. Aus der globalen Perspektive könnten sich diese Wettbewerber aber als Trümpfe

Die neuen Mitgliedsstaaten bringen neue Schwerpunkte in die EU, nämlich ...

... einen Fokus auf die Beziehungen zu Russland ...

... und die euro-atlantische und östliche Dimension

Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarn im Osten sind sehr wichtig ...

... weil nur deren Potential die EU global wettbewerbsfähig macht



Die Angleichung wirtschaftlicher
Standards hilft allen

erweisen, wenn es uns gelingt, eine funktionierende wirtschaftliche Zusammenarbeit aufzubauen. In einer globalisierten Welt steht die EU im Wettbewerb mit so weit entfernten und dynamischen Gebieten wie China. Nur die Nutzung des komplementären Potentials der unmittelbaren osteuropäischen Nachbarn wird es der Union ermöglichen, mit diesen Herausforderungen fertig zu werden.

Ich bin überzeugt, dass erst die Angleichung der Normen und Standards uns erlaubt, die Gelegenheiten zu nutzen, die unsere osteuropäischen und russischen Nachbarn bieten. Die EU-Nachbarschaftspolitik berücksichtigt das, aber unsere Nachbarn müssen sich ernsthaft anstrengen, um ihre Regulierungsvorschriften anzupassen und damit eine Grundvoraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Potentials zu erfüllen. Das wird sich vor allem für die Nachbarn positiv auswirken. Nachdem Polen seine Standards denen der EU angepasst hatte, wuchsen die ausländischen Direktinvestitionen deutlich und gaben unserer wirtschaftlichen Entwicklung einen Schub nach vorne. Es hat allerdings fünf Jahre gedauert, bis dieser Trend sich voll auswirkte. Deshalb sollten die Nachbarn sofort alles Nötige tun, um diese mittelfristig so wichtige Entwicklung in Gang zu bringen.

Nicht nur unsere globale Wettbewerbsfähigkeit erfordert die Stärkung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mit unseren östlichen Nachbarn. Die Geschichte der EU zeigt, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit wohl die sicherste Grundlage für Integration im Sozial- und Sicherheitsbereich ist. Frieden, Stabilität und Sicherheit sind den Vertretern der Wirtschaft innerhalb und außerhalb der Union gleichermaßen wichtig. Auf der anderen Seite sind Terrorismus und Verbrechen für sie alle gleichermaßen gefährlich.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit muss
aber auf gemeinsamen Werten gründen

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn kann sich darum auf pragmatische wirtschaftliche Interessen gründen, wie Alexander Rahr vorgeschlagen hat. Wir sollten aber nicht vergessen, dass gemeinsame Werte den Kern dieser Zusammenarbeit bilden müssen. Die Gesellschaften unserer osteuropäischen Nachbarn teilen tatsächlich viele Werte mit der EU. Eher als Konditionalitäten einzusetzen – Zuckerbrot und Peitsche können ein sehr erniedrigendes Instrumentarium sein –, sollten wir auf diesen gemeinsamen Werten aufbauen. Der russischen Gesellschaft bei der Internalisierung unserer Werte zu helfen würde uns erlauben, auf Heuchelei und ungleiche Maßstäbe zu verzichten. Die Psyche der Menschen in Osteuropa unterscheidet sich gar nicht so sehr von der unseren, wie Sie meinen, Herr Rahr. Herr Hrytsak hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die europäischen Werte so früh hierherimportiert wurden, dass sie mit

Europa darf sich nicht einfach
höflich abwenden, während Russland
seinen Einfluss massiv ausbaut.

Reiter

der Identität der Menschen in Russland, und noch mehr in der Ukraine, Belarus und Moldawien, verschmolzen sind. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

Ich möchte auf Russlands Rolle als Machtzentrum und Initiator einer eigenen Integrationspolitik eingehen. Der russische Einfluss strahlt in die Ukraine, nach Belarus und nach Moldawien unvergleichlich viel stärker aus als nach Frankreich, Deutschland oder sogar Polen. Viktor Juschtschenko hat vor einigen Wochen in der International Herald Tribune vor der Teilung Europas zwischen einem realen Machtzentrum in Moskau und einem symbolischen Machtzentrum in Brüssel gewarnt. Die Ukraine, Belarus und Moldawien seien ohne eine Einbeziehung in die Brüsseler Strukturen in der Gefahr, in den Bannkreis des Machtzentrums in Moskau zu geraten.

Die neuen Nachbarn haben schwache politische und wirtschaftliche Strukturen und sind damit in hohem Maße beeinflussbar. Die Europäische Union könnte Einfluss ausüben, wenn sie sich zu einem Vorgehen wie früher in Polen und den übrigen neuen Mitgliedsländern entschließt. Wenn die EU das nicht tut, wird Russland die Lücke füllen und seine vielfältigen Einflussmöglichkeiten nutzen. Das staatliche Energieunternehmen Gasprom etwa ist ein gewaltiges Machtinstrument. Ohne Putin imperiale Absichten unterstellen zu wollen: In Ländern mit schwachen Strukturen kann man mit wenig Aufwand viel erreichen. Ich wünsche mir, dass auch die EU das begreift und nutzt.

Europa darf sich nicht einfach höflich abwenden, während Russland seinen Einfluss massiv ausbaut. Ohne in ein verbissenes Ringen um die Ukraine einzutreten, müssen wir erkennen, dass die Entwicklung in der Ukraine, Belarus und Moldawien Teil eines strategischen Spiels ist, das Konsequenzen für die europäische Ordnung haben wird. Es ist nicht nur im direkten Interesse der EU und der östlichen Nachbarn, dass Brüssel dieses Spiel intelligent spielt. Ein festes Auftreten gegenüber den russischen außenpolitischen Ambitionen wird letztlich sogar einen positiven Beitrag zu einer demokratischen Entwicklung in Russland leisten.

Tatsächlich glaube ich, dass das Dreieck EU, Russland und neue Nachbarn auch für die Ukraine, Belarus und Moldawien sehr viel mehr Chancen bietet, als unsere Rede von Blöcken suggeriert. Wenn die EU und Russland darangehen, die vier Räume auszufüllen, kann das sehr wohl zum Nutzen unserer Nachbarn sein. Die Zusammenarbeit im Bereich äußere Sicherheit etwa wird die Möglichkeit substan-

Reiter

Russland betreibt seine eigene Integrationspolitik und versucht ...

... die politisch und wirtschaftlich schwachen Staaten Osteuropas zu beeinflussen

Die EU muss das strategische Spiel mit Russland um Osteuropa klug spielen

Cuntz

EU-russische Zusammenarbeit kann die »frozen conflicts« Osteuropas beenden



tieller Fortschritte in den eingefrorenen Konflikten in Georgien oder in Transnistrien eröffnen.

Pidluska

Wir überschätzen Russlands Rolle für die Beziehungen der Ukraine zur EU ...

... denn Russland kann die Ukraine nicht gegen deren Willen integrieren ...

... und die Ukraine kann ihren Kurs später immer noch ändern

Wir neigen dazu, die Bedeutung Russlands für die Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarn zu übertreiben. Es stimmt zweifellos, dass die EU und Russland ihre gegenseitigen Beziehungen für wichtiger halten als die EU ihre Beziehungen zu den neuen Nachbarn. Die EU hat zwar die Ukraine nicht Russland ausgeliefert, wie viele sagen, aber sie hütet sich davor, russische Interessen zu verletzen.

Das heißt aber nicht, dass die Ukraine unvermeidlich in eine vollständige Integration in den russisch dominierten Einheitlichen Wirtschaftsraum hineingezogen wird und so der EU wegen deren mangelnder Entschlusskraft verloren geht. Erstens bezweifle ich, dass Russland zurzeit in der Lage ist, einen starken wirtschaftlichen Block zu schaffen. Zweitens kann man ein Land kaum gegen dessen Willen in eine Integrationsstruktur zwingen. Wenn bestimmte Kräfte in der Ukraine die Idee eines Einheitlichen Wirtschaftsraums vertreten, ist das nicht der Fehler der EU. Wir würden uns natürlich über deutlichere Signale der EU freuen, dass sie an engeren Beziehungen und an der Eröffnung eines Dialogs über andere Fragen als Justizwesen und innere Sicherheit interessiert ist. Auch so rasche Fortschritte bei Visa- und Wirtschaftsfragen, wie sie zwischen der EU und Russland stattfinden, würden wir begrüßen.

Aber wenn wir uns an Herrn Stüdemanns Aussage erinnern, dass die Ukraine und die übrigen neuen Nachbarn Akteure und nicht Opfer sind und sich auch als solche benehmen sollten, verliert die Perspektive einer in die russische Einflussosphäre gezogenen Ukraine an Schrecken. Deshalb sollte man die nächsten taktischen Schritte der Ukraine nicht überbewerten. Das Land kann seinen Kurs später immer noch ändern, wenn es will. Trotzdem müssen wir klar zum Ausdruck bringen, was unsere strategische Vision ist: Integration in die Europäische Union. Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Ukrainer ebendies will, und nicht die Integration in eine russische Einflussosphäre.

Braghis

Die EU sollte Russland nicht bevorzugen ...

... aber einbeziehen

Die EU muss ihre östlichen Nachbarn gleich behandeln. Wenn sie mit Russland Visafragen diskutiert, warum bietet sie dann nicht auch Moldawien, Belarus und der Ukraine das Gleiche an? Noch schlimmer als das: Die EU verhandelt mit Moldawien oft erst, nachdem sie Russland konsultiert hat.

Auf der anderen Seite ist es natürlich unabdingbar, Russland in diejenigen Verhandlungen der EU mit ihren östlichen Nachbarn einzubeziehen, die Russ-

Ich sehe Transnistrien als ersten echten Test für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber Russland.

Chirtoaca

lands fundamentale Interessen berühren und bei denen Russlands Kooperation unverzichtbar ist. Ohne Russland werden wir etwa das Transnistrien-Problem nicht lösen können.

Die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn lassen sich am wirksamsten verbessern, indem man konkrete Projekte im politischen und wirtschaftlichen Bereich definiert. Die Lösung des Transnistrien-Problems, die Verbesserung der Sicherheit an der ukrainischen Grenze, die Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens und der Aufbau wirtschaftlicher Projekte verbessern nicht nur die Beziehungen der Regierungen untereinander, sondern beziehen auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft mit ein.

Anstelle der beiden Blöcke der Ära des Kalten Kriegs ist heute ein dynamisches Beziehungsgeflecht von Westeuropa, Mitteleuropa, Osteuropa und Russland getreten. Putins Russland macht dieses Widerspiel noch komplexer, weil seine innere Entwicklung von gegensätzlichen Trends bestimmt wird. Autoritäre Züge im politischen System und die Rolle der Oligarchen machen eine stabile und kohärente Innen- und Außenpolitik schwierig. Die daraus folgende Unberechenbarkeit ist gefährlich für Moldawien. Wir wollen ein demokratisches Russland, das in die internationale Gemeinschaft integriert ist, ihre Werte achtet und die territoriale Integrität seiner Nachbarn wie Georgien, Aserbaidshan, Moldawien und Ukraine respektiert.

Der »eingefrorene Konflikt« in Transnistrien bildet den Kern unserer Probleme mit Russland. Transnistriens kriminelles Regime – Igor Smirnov und sein Sohn – kontrolliert eine paramilitärische Formation, deren Kampfkraft fast so groß ist wie die der moldawischen Armee. Ein Korridor für den Schmuggel verschiedenster illegaler Güter führt vom separatistischen Südossetien in Georgien bis nach Transnistrien. All das ist nur möglich, weil Russland noch immer Soldaten und große Munitionsvorräte in Transnistrien hat, Smirnov unterstützt und damit unser Land seit fast 15 Jahren geteilt hält. Wir sind das einzige Land Europas, in dem ausländische Truppen gegen den vom Parlament formulierten Willen der Bevölkerung und entgegen den Forderungen wichtiger internationaler Foren wie des NATO-Gipfels in Istanbul stationiert sind.

Ich sehe Transnistrien als ersten echten Test für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber Russland. Kann die EU mehr als Worte produzieren? Kann sie die Stabilität fördern, indem sie Russland zum Rückzug seiner Truppen und Munition zwingt und ein neues friedenserhaltendes Mandat auf-

Chirtoaca

Moldawien will ein demokratisches Russland – nur dessen Außenpolitik ist berechenbar

Der Transnistrien-Konflikt mit Russland behindert Moldawiens Demokratisierung ...

... und ist der Lackmустest für eine effektive Russlandpolitik der EU



baut? Wird sie sich für den Kurs von Präsident Voronin einsetzen, Russlands Unterstützung für das separatistische Regime zu bekämpfen und den Konflikt mit einem Stabilitäts- und Sicherheitspakt zu lösen, den man im Rahmen einer internationalen Konferenz aller beteiligten Länder entwickelt?

de Weck

Unser Gespräch begann mit der Sorge und Resignation der östlichen Nachbarn über das Schweigen und die leeren Worte der EU. Wir haben den Wunsch nach Eindeutigkeit gehört, nach einem Ende der Ambivalenz. Das Trennende etwa im Bereich der Menschenrechte kam zur Sprache, aber auch das Verbindende, das aus der Wirtschaft erwächst.

Osteuropa zwischen Aktionsplänen und tiefgreifenden Änderungsprozessen

Der Macht einer von Gewalt geprägten osteuropäischen Geschichte, die oft stärker ist als alle Aktionspläne, wurde das Prozesshafte des europäischen Einigungswerks gegenübergestellt. Zu diesem Prozesshaften gehört es, die Menschen im Bezug auf die geografischen Grenzen Europas zu überzeugen, wie etwa beim Präzedenzfall Türkei. Aber es gehören dazu auch Veränderungen innerhalb der Europäischen Union. Heute muss die Union strategischer denken, wenn sie etwa mit ihrer neuen Nachbarschaftspolitik das Feld der Weltpolitik betritt.

Komplexität war ein Stichwort, das immer wieder fiel: nicht nur die komplexe Europäische Union, sondern auch die komplexen Verhältnissen in den neuen Nachbarstaaten, auch und gerade in Russland.

Betont wurde die Schlüsselrolle der neuen Mitglieder in der Europäischen Union, die ihre Erfahrungen mit Russland und mit ihrer eigenen Transformation mitbringen. Entscheidend aber sind natürlich die neuen Nachbarn selbst. Hier stand die Idee im Zentrum, dass die Ukraine, Belarus und Moldawien sich nicht als Objekte verstehen und bemitleiden dürfen, sondern als Subjekte handeln müssen.

Nachbarschaftspolitik ist Friedenspolitik

Ein Wort von Danuta Hübner fasst ein zentrales Ergebnis unseres Gesprächs zusammen: Nachbarschaftspolitik ist im Grunde Friedenspolitik.

von Weizsäcker

Lviv ist eine zutiefst europäische Stadt

Unsere Konferenz hat an einem Ort stattgefunden, der die europäischen Traditionen der neuen Nachbarn ebenso symbolisiert wie die historische Wegscheide, an der diese Länder stehen. Nicht nur die Spuren einer deutsch-polnisch-jüdischen Geschichte in der zutiefst europäischen Stadt Lemberg haben mich beeindruckt. Junge, unternehmende und optimistische Menschen dominieren das Straßenbild und zeigen, welches riesige Potential die osteuropäischen Nachbarn haben und welche Bereicherung eine gegenseitige Annäherung auch für die Europäische Union bedeuten könnte.

Ich glaube, dass Juschtschenkos junge Anhänger
wesentlich die Ukraine ausmachen,
dass Europa sie nicht vergessen darf
und dass sie für die Zukunft des Landes eine
entscheidende Rolle spielen werden.

von Weizsäcker

Schließlich erleben wir hier einen dramatischen Wahlkampf zwischen dem europäisch orientierten Viktor Juschtschenko und seinem prorussischen Rivalen Janukowitsch. Es war bei unserem Gespräch umstritten, ob ein Sieg Juschtschenkos der Ukraine tatsächlich einen Weg in die EU eröffnen könnte und ob Janukowitsch wirklich für eine einseitige Annäherung an Russland steht. Aber die jungen Anhänger Juschtschenkos werben hier mit einem solchen Feuer für ihren Kandidaten, dass eines unzweifelhaft ist: Sie sehen in Juschtschenko ihre – vielleicht einzige – Chance darauf, den Weg in das freie und demokratische Europa anzutreten, dem sie sich zugehörig fühlen. Wie immer die Wahl ausgeht, ich glaube, dass diese Menschen wesentlich die Ukraine ausmachen, dass Europa sie nicht vergessen darf und dass sie für die Zukunft des Landes eine entscheidende Rolle spielen werden.

Von Juschtschenko erhoffen sich die
Menschen einen Weg nach Europa

